

Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

Inhalt

Bilanz der Rationalisierung	1345	Die Entwicklung der Beamten-Waren- häuser	1368
<i>Privatdozent Dr. Hans Neisser</i> , Ar- beitsbeschaffung durch Baupro- gramme?	1347	Eine Untersuchung über das Zugabe- wesen	1369
<i>Dr. Otto Veit</i> , Wandel der Wirt- schafts-ideologie in England	1351	Österreichische Anleihe	1370
<i>Georg Tietz</i> , Der Einzelhandel hat die Preise gesenkt!	1357	Überwindung der rumänischen Ölkrise?	1370
<i>Dr. H. D. Salinger</i> , Die wirtschaftliche Bedeutung des eurasiatischen Flug- verkehrs	1359	Die amerikanische Zahlungsbilanz	1371
Glossen		Der Gesetzentwurf über die Golddiskont- bank	1372
Der Weg in den Wirrwarr	1362	Annahme des Aufwertungs-Moratoriums	1372
Zinssenkungs-Aktion	1362	Auftreten von Außenseitern beim Eisen- pakt	1372
Fahrpreis-Erhöhung der Reichsbahn	1363	Die Durchführung des Spiritus- Beimischungszwangs	1372
Weizenkleie-Zoll: das neueste Schiele- Projekt	1363	Auftragsrückgang im Schiffbau	1373
Subventionen für Mansfeld	1364	Personalialia	1373
Die internationalen Zinkverhandlungen	1365	Die Wirtschaft des Auslands (Frank- reich: Die neue Sozialversicherung)	1374
Belgische Beteiligung bei Hirsch-Kupfer	1365	Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Waren- märkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Hamburg, Paris, London, New York)	1375
Zweierlei Maß der Gelsenkirchener Berg- werks AG	1366	Statistik (Der Außenhandel im Juni / Wochen zahlen zu den Marktberichten / Berliner Börsenkurse / Ausweis der Privatnotenbanken)	1381
Publizitätsverbesserung bei Waldhof — ein Börsenerfolg	1366		
Verlustabschluß der Henschel & Sohn AG	1367		
Fusion Reichardt—Stollwerck	1368		

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRLICH 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131



DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Aktienkapital 60 Millionen Reichsmark

Reserven 60 Millionen Reichsmark

Zahlreiche Niederlassungen in allen Teilen Deutschlands

*Rund 400 000 RM
tägliche Schadenszahlung*

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESellschaft

Aktiva . . über **234 000 000 RM**



Bayerische Versicherungsbank
Aktiengesellschaft, München //

Badische Pferdeversich.-Anstalt
Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B.

Globus Versicherungs - Aktien -
Gesellschaft in Hamburg //

Hermes Kreditversichergs.-Bank
Aktien-Gesellschaft in Berlin //

Kraft Vers.-A.-G. des Automobil-
clubs von Deutschland in Berlin

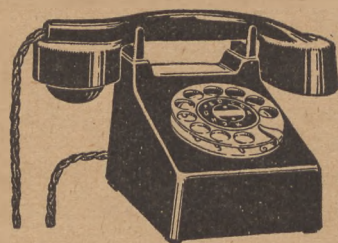
Neue Frankfurter Allgem. Vers.-
A.-G. in Frankfurt a. M. ////

Union Allgem. Deutsche Hagel-
Versicher.-Gesellschaft in Weimar

ALLIANZ UND STUTTGARTER
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Gesamtversicherungssumme über **2800 Millionen RM**

In jeden modernen Raum gehört



„Der Deutsche Fernsprech-Apparat“

der

H. FULD & CO.

Telephon- und Telegraphenwerke
Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main

In Berlin vertreten durch:

**Gesellschaft
für automatische Telephonie**

Aktiengesellschaft

Berlin N 65, Lynarstraße 5-6

Sammelnummer D 6, Wedding 0014



Preußische Zentralgenossenschaftskasse

Berlin

— Preußenkasse —

Frankfurt a.M.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Gegründet 1895

Zentralkreditinstitut der deutschen Genossenschaften

Bilanz der Rationalisierung

Die Rationalisierungsbegeisterung der vergangenen Jahre ist von einem Rationalisierungsmißmut abgelöst worden. Unternehmer, Arbeiter und Konsumenten sind mit den Erfolgen der Rationalisierung unzufrieden. Namentlich die technische Rationalisierung, auf die man sich in Deutschland bisher vielfach beschränkte, hat Enttäuschungen bereitet. Den „Fehlrationisierungen“ stehen freilich beträchtliche Erfolge gegenüber. In Zukunft wird sich die Rationalisierung hauptsächlich auf Maßnahmen zu beschränken haben, die ohne Kapazitätserweiterung und große Investitionen möglich sind.



Der Rationalisierungsidee ist in Deutschland ein hartes Schicksal widerfahren. Mit dem ganzen Eifer, dessen wir Deutsche nun einmal fähig sind, haben wir uns nach der Inflation auf die Rationalisierung gestürzt, haben sie in Amerika studiert und bei uns organisiert und sie als das Allheilmittel gepriesen, das den Ausweg aus allen wirtschaftlichen Nöten weisen sollte. Jetzt, in der Depression, ist alle Welt mit der Rationalisierung unzufrieden. Auf die Rationalisierung führen die Unternehmer die schlechte Beschäftigung ihrer Betriebe zurück, weil sie überall zu Kapazitätserweiterungen geführt habe. Die mit ihr verbundenen finanziellen Belastungen werden als drückend empfunden, und man weist darauf hin, daß die Rationalisierung die Betriebe vielfach noch empfindlicher gegen Konjunkturschwankungen gemacht habe, als sie vorher waren, und demnach an der Schwierigkeit zum guten Teil mit schuld sei, die jetzt die Überwindung der Depression bereitet. Die Arbeiter wiederum machen die Rationalisierung für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Ursprünglich war die Stellung der deutschen Arbeiterschaft zur Rationalisierung musterhaft positiv, fern jeder Maschinenstürmerei. Die Rationalisierung wurde als notwendiges Mittel zur Steigerung der Produktivität anerkannt, und die Arbeiterschaft war bereit, zur Erreichung dieses Zieles vorübergehend Lasten auf sich zu nehmen, wenn sie nur auf die Dauer damit rechnen konnte, an den Früchten der Rationalisierung nach Gebühr beteiligt zu werden. Diese Einstellung hat sich gewandelt. Die dauernd steigende Arbeitslosigkeit hat die Arbeiterführer nervös gemacht. Jetzt wird das bedrohliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit der „überstürzten Rationalisierung“ der Unternehmer in die Schuhe geschoben. Unzufrieden sind schließlich auch die Konsumenten. Sie meinen, daß die Erfolge der Rationalisierung unbilligerweise nur den Produzenten zugute gekommen seien, den Unternehmern wie den Arbeitern. Die Senkung der Selbstkosten durch die Rationalisierung habe sich für sie in den Preisen nicht ausgewirkt, mindestens nicht in dem Maße, wie man hätte erwarten können.

Allenthalben also Unzufriedenheit. Ernüchtert und kühl stehen wir jetzt einer Bewegung gegenüber, die

vor fünf Jahren noch die meisten geblendet hat. Wie sieht in Wirklichkeit eine Bilanz der Rationalisierung aus?

Was die Rationalisierungsbewegung der vergangenen Jahre kennzeichnete, war ihr Tempo, war die Tatsache, daß sie zu einer Bewegung wurde, zu einer organisierten Bewegung sogar, und war schließlich ihre Beschränkung auf eine bestimmte Art, die technische Rationalisierung. Rationalisierung hat es gegeben, seitdem eine Wirtschaft, zumindest seitdem eine kapitalistische Wirtschaft existiert, aber es hat noch keine Zeitspanne gegeben, in der die erwähnten besonderen Umstände so intensiv zusammenwirkten wie in den letzten fünf Jahren. Sie haben das Ergebnis dieser Rationalisierungsperiode zum Guten und zum Schlechten beeinflusst.

Wenn man der Stufeneinteilung folgen darf, die das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit für die Entwicklung der Rationalisierungsbewegung vornimmt, der Dreiteilung in die technische, die kommerzielle und volkswirtschaftliche Rationalisierung, so befinden wir uns ungefähr am Abschluß der technischen und am Beginn der kommerziellen Rationalisierung. Am Abschluß — das bedeutet nicht, daß die technische Rationalisierung überall auch nur in dem durch die Absatzverhältnisse und die kalkulatorischen Gegebenheiten abgesteckten Rahmen durchgeführt sei. Der technische Fortschritt und das Walten der Konkurrenz werden auch weiter technische Verbesserungen zur Folge haben. In der Energiewirtschaft etwa sind noch große, im Zuge der Rationalisierung liegende Umwälzungen zu erwarten. Aber im ganzen ist der einmalige betriebstechnische Umstellungsprozeß, zu dem die Rationalisierungsbewegung und namentlich das Studium des amerikanischen Vorbilds seit der Stabilisierung den Anstoß gaben, zu einem vorläufigen Ende gelangt.

Es wäre ungerecht, nicht die hervorragenden Leistungen anzuerkennen, die auf diesem Gebiet in den letzten Jahren vollbracht wurden. Ebenso falsch wäre es freilich, sich der Erkenntnis der Fehler verschließen zu wollen, die man dabei begangen hat. Die Konzentration auf die technische Rationalisierung, die das Kennzeichen unserer ersten Rationalisierungsperiode war, kam einem

Wesenszug der deutschen Industrie entgegen. Seit jeher hat in ihr vorwiegend der Techniker die Führung gehabt. Die nach der Inflation notwendige Umstellung unseres Produktionsapparates hat diesen Wesenszug noch verstärkt. Damit soll keine „Schuldfrage“ aufgerollt werden. Die „Schuld“ des Kaufmanns, der den Projekten des Ingenieurs gegenüber schwach wird oder in seinem Kalkül irrt, ist nicht geringer als die „Schuld“ des Technikers, der die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht genügend beachtet.

Diese Nichtbeachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge ist es freilich, auf die — wenn man vom Verlauf der Konjunktur absieht — meistens die Enttäuschungen, die das Rationalisieren bereitet hat, zurückzuführen sind. (Wieweit *technisch* fehlrationalisiert wurde, in welchem Maße z. B. Maschinenanschaffungen schon aus technischen Gründen verfehlt waren, kann hier nicht erörtert werden.) Dabei wollen wir absehen von der angesichts des amerikanischen „Wirtschaftswunders“ früher viel diskutierten Frage, wieweit man in Deutschland bei der *Vereinheitlichung* der Produkte, namentlich der Konsumgüter, werde gehen können. In dieser Hinsicht sind die deutschen Produzenten ziemlich vorsichtig verfahren, und sie haben infolgedessen auch nur wenig Fehlschläge verspürt. Eine Ausnahme bildet z. B. die Möbelindustrie, in der eine zu weit getriebene Vereinheitlichung des fertigen Produkts zu einem ausgesprochenen Mißerfolg geführt hat.

Privatwirtschaftlich bezweckt alle Rationalisierung eine Erhöhung der Rentabilität. Sie ist grundsätzlich auf drei Wegen zu erreichen; durch Verringerung der Produktionskosten bei gleichbleibender Produktionsmenge, durch Vergrößerung der Produktion bei gleichbleibenden Kosten und durch progressive Steigerung der Erzeugung bei proportional steigenden Kosten. Man hat in Deutschland bei der technischen Rationalisierung der vergangenen Jahre hauptsächlich den letzten Weg gewählt. Er ist gekennzeichnet durch eine weitgehende *Mechanisierung* des Betriebes, wirtschaftlich also durch *hohen Investitionsbedarf* und *Vergrößerung der Kapazität*.

Wenn der Absatz dem Programm, das der Umstellung des Betriebes zugrunde gelegt wurde, nicht entspricht, müssen die kalkulatorischen Vorteile der Rationalisierung mehr oder minder verloren gehen. Zunächst wird ein solcher Betrieb auf Lager arbeiten; das erhöht die Zinsbelastung. Unter Umständen werden erhöhte Vertriebskosten aufgewendet werden müssen, um den Absatz zu erweitern; auch dies kann die Wirtschaftlichkeit in Frage stellen. Schließlich wird man durch eine Preissenkung der vergrößerten Produktion Absatz zu verschaffen suchen — das ursprünglich durch Ford berühmt gewordene Verfahren, das man zeitweise auch in der deutschen Automobilindustrie angewendet hat. Alle diese Maßnahmen können sich aber nur zweckvoll erweisen bei einer *vorübergehenden* Stockung des Absatzes im Verlauf einer Konjunkturabschwächung. Sie müssen unwirksam bleiben in allen Fällen, in denen

man die Produktionskapazität, um das technische Optimum zu erreichen, so erweitert hat, daß *auf die Dauer* und im Rahmen eines vollen Konjunkturzyklus die mögliche Produktion nicht abgesetzt werden kann. Dieser Fall liegt z. B. in der deutschen Fahrradindustrie vor (vgl. Jahrg. 1928, Nr. 38: „Mißglückter Fordismus in der Fahrradindustrie.“) Ähnlich ist es in der Automobilindustrie, im Personenwagenbau; hier hofft man, daß der Verkehr allmählich in die Produktionskapazität „hineinwächst“. Ein anderes Beispiel ist die Herstellung von Wirkmaschinen, in der ein Unternehmen die Fließfabrikation am laufenden Band einzurichten unternahm, obwohl ein Massenabsatz dieses Produktionsmittels nicht zu erwarten war; eine der ältesten Fabriken der deutschen Maschinenindustrie ist mit an diesem Versuch zugrunde gegangen. *Rückbildungen* sind unvermeidlich gewesen. In der Automobilindustrie sind die laufenden Bänder bei weitem nicht richtig ausgenutzt; man ist deshalb vielfach vom mechanischen zum Hand-Antrieb übergegangen. Ein großes Karosseriebau-Unternehmen muß seine für Serienherstellung berechneten Riesenspressen den größten Teil des Jahres über unbenutzt lassen. In der Schuhindustrie hat man teilweise das Fließband aus den Fabriken wieder herausgenommen und durch die alten fahrbaren Holzgestelle ersetzt.

Auch wo solche Rückbildungen nicht notwendig (oder möglich) waren, hat die mangelnde Ausnutzung der mechanisierten Betriebe vielfach alle Kalkulationen über den Haufen geworfen. Die festen Kosten lassen sich bei sinkendem Beschäftigungsgrad nur in geringem Umfang vermindern; der Anteil der festen Kosten steigt dann also pro Stück. Die Mechanisierung macht den Betrieb unelastisch. Teilweise hilft man sich, wie z. B. bei einer großen deutschen Automobilfabrik, dadurch, daß man den Betrieb überhaupt nur an drei Tagen der Woche, dann aber voll, laufen läßt. In solchen Fällen kann schließlich der Punkt erreicht werden, an dem sich die *Kosten* der Mechanisierung als größer erweisen als die *Kostenersparnisse*, die man durch sie erzielt hat. Diese Grenze wird in Deutschland um so eher und häufiger erreicht worden sein, als hier die Rationalisierung zum großen Teil mit fremden, relativ *hochverzinslichen Mitteln* finanziert werden mußte.

Die Passivseite der Rationalisierungsbilanz ist also stark belastet, und es ist verständlich, daß jetzt das Schlagwort der „Rationalisierung“ in der öffentlichen Diskussion von dem der „Fehlrationalisierung“ abgelöst wird. Freilich — eines ist ein Schlagwort wie das andere. Daß sich technische Maßnahmen und Neuerungen als wirtschaftlich verfehlt erweisen, ist eine Erfahrung, die man auch früher oft hat machen müssen. Tempo und Intensität der Rationalisierungsbewegung haben in den letzten Jahren natürlich zu einer Häufung auch der *Fehlschläge* geführt; nur insofern kann man von einer „Fehlrationalisierung“ sprechen.

Auf die Passivseite der Rationalisierungsbilanz ist zweifellos auch ihr Einfluß auf die *Arbeitslosigkeit*

Die Schriften des Magazins der Wirtschaft

In den nächsten Tagen erscheint in unserer Schriftenfolge:

Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 2

Ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich?

Von Prof. Dr. L. Albert Hahn, Frankfurt a. M.

Umfang etwa 56 Seiten / Preis kartoniert 2,40 RM

Gleichzeitig gelangt zur Ausgabe:

Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 3

Die Schäden der deutschen Milchwirtschaft

Von Prof. Dr. Karl Brandt,

Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Berlin

Umfang etwa 52 Seiten / Preis kartoniert 1,60 RM

Eine Bestellkarte liegt diesem Heft bei

Vorher erschien:

Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 1

Deutschlands Reparationslast

Ein Vergleich zwischen Dawes-Plan und Young-Plan

Umfang 100 Seiten / Preis kartoniert 3,60 RM

Magazin der Wirtschaft Verlagsgesellschaft mBH

Berlin W 62 / Kurfürstenstraße 131 / Postscheckkonto: Berlin 149296

zu setzen. Es wäre töricht, diesen Einfluß leugnen zu wollen. Bei gleichbleibender Produktionsmenge muß jede Betriebsmechanisierung den Arbeiterbedarf verringern. Wieweit Produktionssteigerung dann wieder zur Absorbierung der freigesetzten Arbeiter führt, ist nicht nur vom Erfolg der Rationalisierungsmaßnahmen abhängig, sondern noch von vielen anderen Faktoren (Konjunktur, Lohn- und Zinshöhe u. a.). Wie groß der Passivposten „Arbeitslosigkeit durch Rationalisierung“ gegenwärtig ist, wird wohl nie exakt berechnet werden können. Die Auswirkungen der Rationalisierung trafen in den beiden letzten Jahren unglücklicherweise zusammen mit einer aus *konjunkturellen* Gründen zunehmenden Arbeitslosigkeit, und man kann deshalb nur sagen, daß diese durch den Einfluß der Rationalisierung in gewissem Maße verstärkt wurde. Auf die Frage, ob und in welchem Maße in Deutschland Lohnhöhe und Lohnpolitik die Rationalisierung beschleunigt haben und deshalb auch für deren Wirkungen auf die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen sind, soll dabei in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden.

Viel schwieriger als die Passivposten der Rationalisierung, die uns die gegenwärtige Depression deutlich vor Augen führt, sind ihre *Aktivposten* zu würdigen. Niemand vermag zu sagen, wie sich die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren *ohne* die Rationalisierung vollzogen hätte, wie sich etwa die Preise ohne die Rationalisierung bewegt hätten, ob unsere Fertigwarenausfuhr ohne die Rationalisierung eine so kontinuierliche Steigerung hätte erfahren können, ob der Lohnauftrieb der vergangenen Jahre mit seiner Stärkung des inneren Marktes ohne die Rationalisierung und die damit verbundene Produktivitätserhöhung der Arbeit möglich gewesen wäre. Niemand vermag zu entscheiden, ob nicht diese Erhöhung der Produktivität so groß war, daß im ganzen noch mehr Arbeiter eingestellt werden konnten, als bei einem — natürlich nur konstruierbaren — Stillstand der Rationalisierung dauernd Beschäftigung gefunden hätten. Und allzu leicht vergessen diejenigen, welche die Unbeweglichkeit der rationalisierten Betriebe in der Depression beklagen, daß dem Konjunkturaufschwung von 1926/27 die Rationalisierung teilweise eine Stütze gegeben hat („Rationalisierungs-Konjunktur“). Zu den Faktoren, die eine Verminderung der Stärke der Konjunkturschwankungen herbeiführen können, gehört die technische Rationalisierung nach den bisher gemachten Erfahrungen freilich nicht. Aber es ist ja überhaupt fraglich, ob die Entwicklung, wie bis vor kurzem noch von manchen behauptet wurde, in der Richtung einer relativen Abflachung der Konjunkturkurven verläuft.

Den Fehlerrationalisierungen steht eine beträchtliche Zahl *gelingener Betriebsverbesserungen* gegenüber, die auf der Aktivseite der Rationalisierung zu buchen

sind. Wir erinnern an die erfolgreiche Umstellung bei der Harpener Bergbau AG, die als Beispiel für die Rationalisierung im Ruhrbergbau vor einiger Zeit im MdW ausführlich geschildert wurde (vgl. Jahrg. 1929, Nr. 22, S. 851). In der Porzellanindustrie — um ein Beispiel aus einer verarbeitenden Industrie zu geben — konnten die Gesteungskosten teilweise ohne Kapazitätserweiterung durch bessere Arbeitsvorbereitung und andere betriebsorganisatorische Maßnahmen erheblich gesenkt werden. Man begeht bei der Beurteilung der Rationalisierungserfolge jetzt vielfach denselben Fehler, der zu Beginn der Rationalisierungsbewegung häufig zu beobachten war: man starrt auf die äußerlich imponierenden Erscheinungen der Rationalisierung, wie z. B. das laufende Band, und vergißt, daß sie nur in verhältnismäßig wenigen Industriezweigen haben Anwendung finden können (das laufende Band z. B. hauptsächlich in den „Montage“-Industrien: Maschinenindustrie, Automobilindustrie, Fahrradindustrie). Gerade in Deutschland hat sich aber der Rationalisierungsprozeß vielfach auf anderen Wegen vollzogen: durch Stilllegung unrentabler Betriebe, Bildung größerer Betriebseinheiten, Zusammenschlüsse aller Art, Spezialisierung. Auch hier stehen den Vorteilen der Rationalisierung manche Nachteile gegenüber. Die Spezialisierung hat vielfach das Absatzrisiko erhöht. Bei den Stilllegungen haben Quotenabfindungen (im Kartell) oder Abschreibungen (bei Fusionen) die Gewinnmöglichkeiten der weiterproduzierenden Betriebe beschränkt und eine wirksame Herabsetzung der Preise verhindert. Im allgemeinen haben sich aber diese Formen der Rationalisierung bewährt.

Für den *Fortgang* der Rationalisierung selbst zeigt die aus der Bilanz zu ziehende Erkenntnis deutlich den Weg: Beschränkung auf solche Maßnahmen, die ohne Kapazitätserweiterung und große Investitionen möglich sind. Dazu gehört etwa die Ausschaltung von Verlusten bei der Fabrikation, bessere Arbeitsvorbereitung, Vereinfachung und Vereinheitlichung der verwaltungstechnischen Arbeiten, Verminderung der Lagerhaltung, Rationalisierung im Handel und im Bankgewerbe. Im ganzen wird also in Zukunft das Schwergewicht auf dem Streben nach besserer technischer *Organisation* und dem Ausbau der *kommerziellen Rationalisierung* liegen müssen. Es ist erfreulich, daß sich auch das deutsche Rationalisierungsinstitut, das *Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit*, mehr und mehr diesen Aufgaben zuwendet. Es hat in den ersten Jahren der Rationalisierungsbewegung der technischen Rationalisierung vielleicht allzu große Aufmerksamkeit (und allzu viele Mittel) gewidmet. Wenn es aus den Lehren dieser Periode die richtige Konsequenz zieht, wird es auch den Rationalisierungs-Mißmut überwinden können, unter dem seine Arbeiten jetzt offenbar zu leiden haben.

Arbeitsbeschaffung durch Bauprogramme?

Von Dr. Hans Neisser, Privatdozent an der Universität Kiel

Eine unmittelbare Verbesserung der Arbeitsgelegenheit durch öffentliche Arbeiten ist im allgemeinen nur zu erwarten, wenn diese durch Auslandsanleihen finanziert werden. Der Umfang, in dem das von der öffentlichen Hand oder von Privaten investierte Kapital künftig Arbeiter beschäftigt, ist von der Verwendungsweise dieses Kapitals abhängig. Die von der öffentlichen Hand bevorzugte Verwendungsweise, nämlich Anlage für sogenannte konsumtive oder indirekt produktive Zwecke und für Bauten im weitesten Sinne des Wortes mit einer sehr geringen Abnutzungsperiode, leistet auf die Dauer sehr wenig für Arbeiterbeschäftigung.

Die in großen Teilen der öffentlichen Meinung und in den politischen Parteien verbreitete Auffassung, daß man zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit Arbeit auf dem Wege der Vermehrung der öffentlichen Ausgaben, vor allem auch der „öffentlichen Arbeiten“ beschaffen könne, ist von der Wissenschaft in ihrer Primitivität längst durchschaut und widerlegt worden. Da normalerweise die Erhebung von Steuern und die Aufnahme von Anleihen keine Vermehrung der gesamten Kaufkraft bedeutet — dieses Wort in dem eigentlichen Sinne von Geld als Kaufkraft verstanden —, sondern nur eine Kaufkraftverschiebung von der Schicht der Steuerzahler oder Sparer zur öffentlichen Hand, kann von solchen Aktionen eine weitgehende Belebung des Arbeitsmarkts an sich nicht erwartet werden. Denn was der Staat mit den ihm überlassenen Geldmitteln an Arbeitskräften mehr beschäftigt, das beschäftigen die privaten Unternehmer weniger, deren Aufträge infolge der Schwächung der Kaufkraft der Steuerzahler und des Kapitalmarkts entsprechend zurückgehen. In gewissen Phasen der Konjunkturentwicklung mag eine Stärkung der Kaufkraft der breiten Masse auf Kosten anderer Schichten konjunkturbelebend und produktionsfördernd wirken, eine Frage, zu der ich mich kurz schon in dem Artikel „Lohnsenkung als Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit?“ im vorigen Heft des MdW geäußert habe. Doch ist die Wirkung auf den Arbeitsmarkt begrenzt und keineswegs proportional der öffentlichen Ausgabe.

Zusätzliche Arbeitsbeschaffung ist darum nur auf zwei Wegen möglich: einmal durch bessere Ausnutzung der Kapazität der bestehenden industriellen Anlagen, das andere Mal durch Neukapitalbildung, sei es, daß diese der Errichtung neuer Betriebe dient, sei es, daß die alten ausgebaut und rationalisiert werden. Daß bessere Ausnutzung der Kapazität weder durch eine schematische allgemeine Lohnsenkung noch durch eine schematische allgemeine Lohnerhöhung erreicht werden kann, habe ich in dem erwähnten Artikel wahrscheinlich zu machen gesucht. Vermutlich wird die volle Ausnutzung der Kapazität einzelner Industriezweige heute in erster Reihe durch die monopolistische Stellung der Marktverbände verhindert, deren schärfere Überwachung unzweifelhaft eine wichtige Aufgabe staatlicher Konjunkturpolitik wäre. Ich will dies Problem hier nicht näher behandeln, mich insbesondere auch nicht mit der

schwierigen Frage befassen, ob es während einer Depression zweckmäßig ist, durch öffentliche Anleihen, zunächst auf dem Geldmarkt, einen übermäßigen Schrumpfungsprozeß des Kreditvolumens aufzuhalten. Vielmehr soll in den nachfolgenden Ausführungen die Bedeutung der Kapitalverwendung in das rechte Licht gerückt werden. Dabei ist es gleichgültig, aus welchen Quellen das Neukapital stammt; hervorgehoben werden soll nur, daß unter den heutigen Verhältnissen an eine erhebliche Zwangskapitalbildung durch finanzpolitische Eingriffe — nämlich Konsumeinschränkung der Besteuernten einerseits, produktive Investition von Teilen der Steuererträge andererseits — nicht zu denken ist. Vielmehr kann eine wesentliche Verstärkung der inneren, aus „Sparen“ — d. h. Nichtkonsumieren von Reineinkommensbruchteilen — entstehenden Kapitalbildung nur durch verstärkte Heranziehung von Auslandskapital erfolgen.

Die Gefahr aller staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme liegt nun, wie wir an anderer Stelle schon ausgeführt haben, darin, daß sie erhebliche Mittel des Kapitalmarktes der Verwendung durch die private Wirtschaft entziehen, die nicht imstande ist, mit den Zinsgeboten der öffentlichen Hand zu konkurrieren. Das ist solange unbedenklich, als die Investitionen der öffentlichen Hand in jeder Beziehung nutzbringender sind als die gleiche Kapitalsumme in privaten Händen wäre. Aber es ist äußerst zweifelhaft, ob dies gerade bei all den öffentlichen Arbeiten der Fall ist, die ihre Ausführungen nicht so sehr einem dringenden Bedarf der Staatsbürger verdanken, als dem, wie gezeigt, theoretisch unhaltbaren Bestreben, schnell Arbeit für Erwerbslose zu beschaffen. Der Straßenbau verschlingt ohnehin erheblich größere Summen als vor dem Kriege, und man kann fragen, ob die Nutzleistungen dieser Kapitalanlagen wirklich für die Volksgesamtheit so groß sind, daß sich die Zuleitung von Milliardenbeträgen in den letzten Jahren verantworten läßt. Die Belebung des Kraftwagenverkehrs, die so ermöglicht wurde, bedeutet zwar auch indirekt im Wege über die Automobilindustrie eine gewisse, in keinem Falle aber zu überschätzende Arbeitsbeschaffung; aber abgesehen davon, daß sie zum größeren Teil auch eingetreten wäre, wenn man mit dem Straßenbau langsamer verfahren wäre, muß bedacht werden, daß die Vorteile des Personenkraft-

verkehrs nur einer sehr kleinen Schicht der Bevölkerung zugute kommen, die Vermehrung des Lastkraftverkehrs aber auf der anderen Seite eine direkte Kapitalvernichtung durch schlechtere Ausnützung des Transportapparates der Eisenbahn bedeutet und somit insgesamt weit geringere volkswirtschaftliche Vorteile bietet, als man ursprünglich angenommen hat.

In diesem Zusammenhang sind vor allem auch die sogenannten *konsumtiven* oder besser gesagt *indirekt produktiven* Anlagen der öffentlichen Hand zu erwähnen, diejenigen also, die nicht wirtschaftliche Zwecke verfolgen, sondern, dem ersten Ziel nach wenigstens, der Erfüllung der übrigen Aufgaben des Staates dienen: Schulbauten, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Sportplätze und ähnliche Dinge mehr. Für sie gilt — obwohl es merkwürdigerweise häufig übersehen wird —, daß hier der Kapitalaufwand, so nützlich er in vieler Beziehung sein mag, dennoch vom Standpunkt der *dauernden* Schaffung von Arbeitsmöglichkeit aus völlig ausfällt. Zusätzliche Arbeitskraft wird *in* ihnen ja nicht beschäftigt und ihre Erneuerung geht so langsam vonstatten, daß sich diese indirekt produktiven Anlagen unter dem Gesichtswinkel der Arbeitsbeschaffung mit der Investition gleicher Kapitalbeträge in der Industrie nicht entfernt vergleichen können. Damit sollen natürlich solche Bauten und überhaupt Kapitalbeanspruchung der öffentlichen Hand zu nur indirekt produktiven Zwecken nicht grundsätzlich verworfen werden. Arbeitsbeschaffung ist sicherlich nicht die einzige Aufgabe des Staates. Die Errichtung von Schulgebäuden, Krankenhäusern usw. kann unter anderem Gesichtswinkel doch unerlässlich sein und sozialpolitisch können die Bedenken, die ein großzügig betriebener Kleinwohnungsbau unter dem Gesichtswinkel dauernder Arbeitsbeschaffung erregt, vollkommen gegenüber den sonstigen ungeheuren sozialen Vorteilen einer Behebung der Wohnungsnot zurücktreten, wenigstens wenn man nicht nur Wohnungen für den Mittelstand, sondern auch für die breite Masse der Bevölkerung baut. Nur muß man sich eben über die *Konsequenzen* solchen Kapitalaufwands klar sein. Wenn man *bewußt* steigende Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen will und dafür in starkem Maße öffentliche Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser, Schulgebäude, Sportplätze — oder auch Landstraßen, Kanäle usw. — bauen will, so kann gegen eine solche Entscheidung der zuständigen politischen Organe ein durchschlagender Grund gewiß nicht vorgebracht werden¹⁾. Nur sollte man sich nicht diesen Tatbestand verhüllen und sich einreden, daß der Bau von Sportplätzen, weil er ja „neue Arbeitsgelegenheit“ schaffe — während des Baus nämlich! — auch zur Behebung der Arbeitslosigkeit beitrage, während er sie in Wirklichkeit — infolge von Kapitalimmobilisierung — verschärft. Man könnte im übrigen auch der Meinung

sein, daß eine Verbesserung der Volksgesundheit, die durch Bauten dieser Art erreicht wird, völlig gegen die ungeheuren Schädigungen verschwindet, die dauernde schwere Arbeitslosigkeit auf *demselben Gebiete* hervorrufen muß. Tuberkulose kommt nicht nur von schlechten Wohnungen, sie kommt auch von Unterernährung!

Aber läßt sich demgegenüber nicht zeigen, daß die in Frage stehenden öffentlichen Arbeiten, insbesondere öffentliche Bauten, *während ihrer Durchführung* in viel höherem Grade lebendige Arbeit heranziehen als dies bei den üblichen privaten Investitionen der Fall ist? Man denkt dabei an folgendes: Die meisten dieser öffentlichen Arbeiten sind in ausgesprochenem Maße „*arbeitsextensiv*“, das heißt es wird je Kopf der Arbeiterschaft ein geringerer Realkapitalbetrag — eine geringere Ausrüstung mit Maschinen und Werkzeugen vor allem — verwendet als es im Durchschnitt in der Privatwirtschaft der Fall ist, die darum für den gleichen Kaufkraftbetrag weniger lebendige Arbeit einzustellen scheint. Dieser Vorteil ist aber in der Tat nur ein scheinbarer; denn auch die Auslagen eines privaten Unternehmers für fixes Kapital, Rohstoffe usw., setzen *letzten Endes* lebendige Arbeit in Beschäftigung, nur eben nicht in dem Industriezweig dieses Unternehmens selbst, sondern bei seinen *Lieferanten*, in der Maschinenindustrie, in der Schwerindustrie, in den Rohstoffe erzeugenden Wirtschaftszweigen usw. In kürzester Zeit löst sich der gesamte Kapitalaufwand, durch die Volkswirtschaft hindurchlaufend, in Löhne auf²⁾. Auch die Bauindustrie ist darum nicht in stärkerem Maße „Schlüsselindustrie“ als alle anderen Industriezweige.

Umgekehrt ist man versucht, *gegen* die spezifischen Kapitalanlageformen der öffentlichen Hand — die Notstandsarbeiten also und vor allem auch alle öffentlichen Bauten im weitesten Sinne des Wortes — den Vorwurf zu erheben, daß sie *auf die Dauer* relativ wenig Arbeitskräfte beschäftigen, weil etwa ein von der öffentlichen Hand neu errichtetes Elektrizitätswerk, ist es erst in Betrieb, mit einer sehr großen Kapitalquote je Kopf arbeitet, also dann bei einem Millionenaufwand an Kapital nur wenig Arbeitskraft beschäftigt; in verstärktem Maße würde das von Wohnungs-, Kanal- und Straßebauten gelten. In dieser allgemeinen Fassung wäre ein solcher Vorwurf aber ebensowenig richtig. Das wird deutlich, wenn wir uns klarmachen, daß die erheblichen Beträge fixen Kapitals, die in dem Elektrizitätswerk investiert sind, einer ständigen *Erneuerung* bedürfen; es wird sich also nicht nur dieser eine Wirtschaftszweig — die Erzeugung von Elektrizität — ausdehnen, sondern daranschließend auch eine ganze Gruppe anderer Wirtschaftszweige, die direkt oder indirekt an der Erneuerung des Elektrizitätswerks beteiligt sind. Wenn wir uns vorstellen, daß eine Volkswirtschaft durch Errichtung neuer Betriebe zur

¹⁾ Ohne weiteres ergibt sich freilich, daß es wünschenswert ist, sobald es sich im ganzen um erhebliche Kapitalbeanspruchung handelt, nicht untergeordnete, besonders lokale politische Organe entscheiden zu lassen, sondern die Entscheidung in die gesamte zentral geleitete Wirtschafts- und Sozialpolitik einzuordnen.

²⁾ Wir dürfen davon absehen, daß der Übergang zu arbeitsextensiver Betriebsweise theoretisch in gewissem Umfang auf Erneuerung verschleissenden Sachkapitals zu verzichten, also das Zehren vom *Kapitalstamm*, gestattet, ein für die Zukunft allzu gefährliches Experiment.

Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte jährlich in einem bestimmten Umfange wachsen soll, so muß dieses Wachstum notwendig so vor sich gehen, daß an den großen bestehenden volkswirtschaftlichen Organismus ein kleiner *von derselben relativen Zusammensetzung nach Wirtschaftszweigen* angegliedert wird, es müßten, anders ausgedrückt, alle Wirtschaftszweige ungefähr in derselben Proportion wachsen, die kapitalintensiv arbeitenden ebenso wie die kapitalextensiv arbeitenden, so daß die *durchschnittliche Kapitalintensität* nicht geändert und je Kapitaleinheit in der erweiterten Volkswirtschaft dieselbe Zahl an lebendigen Arbeitskräften beschäftigt wird wie zuvor. Nur grundlegende technische Änderungen — auf lange Sicht auch die relative Bewegung des Zins- und Lohnniveaus — vermögen an der Höhe der Kapitalquote je Kopf etwas zu ändern; diese Änderung trifft dann aber die ganze Volkswirtschaft, nicht nur die neu hinzukommenden Betriebe, und ist völlig unabhängig von der besonderen Kapitalintensität derjenigen neuen Betriebe, in denen dank der Initiative privater Unternehmer oder der öffentlichen Hand das Neukapital zunächst investiert worden ist.

Nichtsdestoweniger steckt in jenem Argument ein richtiger Kern. Die hier charakterisierten öffentlichen Arbeiten, überhaupt die Kapitalinvestitionen der öffentlichen Hand, tragen in ihrer bisherigen Form unter den heutigen Bedingungen in der Tat dazu bei, auf die Dauer — nicht während der Periode ihrer Errichtung, wohl aber während ihres Betriebes — die Arbeitslosigkeit relativ zu erhöhen, weil sie weniger lebendige Arbeit beschäftigen als es im Durchschnitt private Kapitalanlagen getan hätten. Der Grund dafür liegt in der ungewöhnlich *langen Haltbarkeit* — sehr langen Kapitalumschlagsperiode — der in Frage stehenden Bauten. Die Kapitalausrüstung einer normalen Fabrik verschleißt in etwa zehn Jahren. Jährlich verwandelt sich ein Zehntel des investierten Kapitals wieder in lebendige Arbeit, da es neu produziert werden muß. Ein Wohnhaus hält hundert Jahre, ein Kanal beinahe ewig. Nur ein kleiner Bruchteil des *aufgewendeten Kapitals* dient automatisch auf dem Wege der Erneuerung zur Arbeitsbeschäftigung. Man kann sich das an einem ganz krassen Beispiel verdeutlichen: angenommen, man stünde vor der Wahl, mit einem Kapitalaufwand von 100 000 RM ein nützliches Bauwerk aufzuführen, das eine Haltbarkeit von zwei Jahren besitzt oder zwei nützliche Bauwerke genau derselben Gattung mit einer Haltbarkeit von nur einem Jahr. *Je Bauwerk* hätte der Benutzer ungefähr den gleichen Erneuerungsaufwand in der Mietgebühr zu entrichten, nämlich rd. 50 000 RM jährlich. Wenn es aber möglich wäre, Absatz für die Nutzleistungen zweier Gebäude zu schaffen, so stünden aus Erneuerungsrücklage nach Ablauf des ersten Jahres im ersten Fall — dem der zweijährigen Haltbarkeit — nur 50 000 RM zur Verfügung, mit denen lebendige Arbeitskraft beschäftigt würde, im zweiten Falle aber 100 000 RM. Diese, der Wissenschaft längst bekannte große Bedeutung der *langen Haltbarkeit* — die fast stets mit größeren Kapital-

investitionen am Anfang verbunden ist — ist also auch, was häufig übersehen wird, für die Frage der *Arbeitsbeschaffung* von ausschlaggebender Bedeutung.

Wieweit der private Unternehmer höheren Kapitalaufwand bei längerer Haltbarkeit oder geringeren Kapitalaufwand bei kürzerer Haltbarkeit vorzieht, ist eine Sache der Kalkulation, die theoretisch von der Höhe des Zinsfußes abhängig ist. Anders liegt das bei den hier in Frage stehenden Bauten der öffentlichen Hand: erstens kalkuliert sie häufig nicht mit dem Zinsfuß, zweitens aber — und das ist das wichtigste — gibt es bei den hier in Frage stehenden Bauten meist *keine Wahl* zwischen längerer oder kürzerer Haltbarkeit: baut man einen Kanal oder ein Wohnhaus, so ist man unter allen Umständen darauf angewiesen, sie in bestimmten technischen Formen herzustellen, die von sich aus lange Lebensdauer und entsprechend lange Kapitalumschlagsperioden mit sich bringen. Andererseits ist eben nur die öffentliche Hand imstande, so einseitig Kapitalanlagen mit langer Umschlagsdauer zu bevorzugen, weil der private Unternehmer, der nicht gratis oder unter dem Marktpreis verkaufen kann, nicht auf den Absatz der Erzeugnisse und Leistungen solcher Kapitalanlagen rechnen könnte und nicht auf seine Kosten käme.

Bei einer korrekten Berechnung der Erneuerungsquote des einmal in Bauten investierten Kapitals, von deren Höhe die Beschäftigung lebendiger Arbeit durch diese Kapitalinvestitionen auf die Dauer abhängig ist, ist es natürlich nötig, auch die *Reparaturarbeiten* in Rechnung zu stellen, die in manchen Fällen, insbesondere im Falle der Kanalbauten, die Stelle der eigentlichen Erneuerungsfonds vertreten. Aber auch dann liegt die Sache fast immer ungünstig unter dem Gesichtswinkel der Arbeitsbeschaffung: der gesamte Amortisations- und Reparaturenfonds der Wohnhäuser, Verwaltungsgebäude und ähnlicher Bauten beträgt sicher nicht mehr als 1 % des Kapitalwerts jährlich; für die Binnenwasserstraßen veranschlagt der Reichsetat schätzungsweise 50 Mill. RM (einschl. des Beamtenapparates, der Unterhaltung des Kaiser-Wilhelm-Kanals usw.), sicherlich nicht entfernt 10 % der überhaupt investierten Kapitalbeträge; auf den wichtigsten preußischen Wasserstraßen war vor dem Kriege das Verhältnis von Unterhaltungskosten zu investiertem Kapital etwa wie fünf zu hundert. Nur die Landstraßen mögen bei einer solchen Betrachtung günstiger abschneiden, da die Reparaturarbeiten hier recht beträchtlich sind. Doch sprechen gegen weitere zusätzliche Investitionen auf diesem Gebiete die von uns eingangs aufgeführten Gründe. Es ist also nicht zu bezweifeln, daß im Gegensatz zu den privaten Kapitalinvestitionen, die alles in allem die durchschnittliche Lebensdauer des bereits arbeitenden Kapitals aufweisen werden, die öffentlichen Kapitalinvestitionen eine viel längere Kapitalumschlagsperiode haben und also nach ihrer Fertigstellung in relativ geringerem Umfang lebendige Arbeit beschäftigen.

Man wird fragen, welche Verwendung denn die *private* Wirtschaft für die Kapitalbeträge gehabt

hätte, die von dem hier behandelten Gesichtspunkt aus in übermäßigem Grade von der öffentlichen Hand an Anspruch genommen wurden, und an welche anderen zweckmäßigeren Kapitalinvestitionen wir denken. Wäre denn auch der Absatz der anderweit mit dem Neukapital erzeugten Produkte innerhalb der Marktwirtschaft zu Preisen, welche die Kosten decken, möglich gewesen? Wir glauben, daß sich diese Frage bis zu einem gewissen Grade bejahen läßt. In erster Linie ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung *landwirtschaftlicher Siedlung* hervorzuheben. Eine Siedlung von 50 Morgen, die auf die Dauer etwa 3 Arbeitskräfte beschäftigt, fordert an Kapitalaufwand für Inventar und Gebäude rd. 15 000 RM, d. h. 5000 RM je Kopf; den Boden brauchen wir hier natürlich nicht in Rechnung zu stellen, da er bereits vorhanden ist und volkswirtschaftlich keine Kosten verursacht, vielmehr der Kaufpreis für den Boden durch Überlassung von Rententiteln an den bisherigen Eigentümer entrichtet werden kann. (Mit einem Aufwand von 100 Millionen ließe sich also durch Siedlung Arbeitsgelegenheit für 20 000 Arbeitskräfte beschaffen.) Auch die Frage des Absatzes der Produktion löst sich hier verhältnismäßig einfach, weil die Siedler ihre Erzeugnisse zum größten Teil selbst verzehren. Was sie an Überschuf auf den Markt bringen, ist sicherlich weit geringer als derjenige Betrag landwirtschaftlicher Erzeugnisse, der jetzt von dem Großbetrieb verkauft wird, der sein Land zu Siedlungszwecken herzugeben hätte.

Nicht so einfach liegt die Absatzfrage für eigentliche *industrielle Kapitalanlagen*, bei denen in den meisten Fällen wohl je Kopf der Arbeiterschaft ein Kapitalaufwand von 8000 bis 10 000 RM entfällt. Angesichts der Tatsache, daß die Kapazität zahlreicher Industriezweige heute nicht voll ausgenutzt ist, wird man fragen, ob sich nicht eine Mehrinvestition in der Industrie zum Zwecke dauernder Arbeitsbeschaffung deshalb verbietet, weil sie zu einer Verstärkung der Überproduktion und zur Stilllegung zahlreicher, jetzt noch arbeitender Betriebe Anlaß geben muß. Auch ist es unbestreitbar, daß sich auf die Dauer die Errichtung von öffentlichen Bauwerken und Wohnbauten gar nicht vermeiden läßt, weil sonst zahlreiche sich erweiternde Industriezweige keine Absatzmöglichkeiten hätten. Dennoch möchten wir glauben, daß eine stärkere Kapitalzuführung an die privaten Industriezweige, deren fixe Anlagen eine normale Lebensdauer aufzuweisen haben, verhütet hätte, daß die Arbeitslosigkeit den gegenwärtigen Umfang annahm. Denn eine stärkere Zurückhaltung der öffentlichen Hand auf dem Kapitalmarkt hätte eine erhebliche Zinssenkung herbeigeführt und so einerseits eine, wenn auch langsame, so doch kräftige Ausweitung der Ausfuhr, andererseits eine leichtere Anpassung des industriellen Produktionskörpers an die Schwankungen der Nachfrage, billigere Umstellung und Rationalisierung, schließlich, im Zusammenhang mit Kosten- und Preissenkung, eine Erhöhung der realen Kaufkraft aller Schichten ermöglicht.

Um eine Vorstellung von dem Umfang der hier behandelten Kapitalimmobilisierung durch indirekt produktive oder sehr langlebige Kapitalanlagen der öffentlichen Hand zu geben, haben wir im folgenden einige Zahlen für die Jahre 1925—28 aus der neuesten Publikation der Reichsfinanzstatistik (Einzelschriften Nr. 10) zusammengestellt und die Tabelle für die darin nicht enthaltenen Anleihen der verbenden Kommunalbetriebe nach der Statistik ihres Verwendungszwecks für den Schuldenstand vom 31. März 1928 ergänzt. Bei den in der zweiten Spalte unserer Zusammenstellung enthaltenen Angaben für die fünf Jahre 1925 bis 1930 sind wir von der Annahme ausgegangen, daß in den beiden letzten Jahren, für welche die Finanzstatistik noch nicht vorliegt, dieselben Ausgaben gemacht worden sind wie im Etatsjahre 1927/28; bei den Anleihen der verbenden Kommunalbetriebe haben wir eine rohe Gesamtschätzung für die beiden letzten Jahre vorgenommen.

*Straßenbauten der Gemeinden und Gemeindeverbände
(einschl. Hansastädte)*

	3 Jahre 1925—28	5 Jahre 1925—30
	Mitt. RM	
Gesamtausgaben (VI 2 a)	2498	4620
Davon Neubauten und Grundstücksankäufe (Sp. 6 b)	975	2035
<i>Gesamtaufwand der öffentlichen Hand für Bauten</i>		
Verkehr (VI 2)	4125	7497
Wohnungsbau (V)	4147	7403
Sonstige Neubauten und Grundstücksankäufe (Sp. 6 b ohne VI 2 und V)	2029	3553
Anleihen der verbenden Kommunalbetriebe	872	rd. 1500
Davon		
Verkehrsunternehmungen	288	rd. 500
Schlachthöfe und Markthallen ..	51	rd. 80
Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität) ..	533	rd. 920
	insgesamt 11 173	rd. 20 000

Natürlich sind die Gesamtzahlen, die sich hier ergeben, zu hoch. Denn in den Verkehrsausgaben sind die sehr erheblichen Ausgaben zur *laufenden Unterhaltung* der Straßen, Kanäle, Häfen usw. enthalten, wobei auf der anderen Seite allerdings zu berücksichtigen ist, daß hier als Kapitalinvestition nicht nur die unter Neubauten (Spalte 6 b) verzeichneten Beträge zu betrachten sind, sondern auch ein erheblicher Teil der persönlichen Ausgaben und Arbeitslöhne, da ein Teil der Neubauten durch die öffentliche Hand in eigener Regie ausgeführt wird. Ebenso sind in den hier verzeichneten Gesamtaufwendungen auch die Grundstücksankäufe enthalten, die, volkswirtschaftlich betrachtet, keinen Kapitalaufwand darstellen. Die Statistik ist aber auch nicht vollständig. Sie enthält zum Beispiel für die Neubauten und Grundstücksankäufe nur das Material für die Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern; ferner ist wahrscheinlich, daß sich ebenso wie beim Verkehr auch unter den übrigen persönlichen und sächlichen Ausgaben der öffentlichen Hand, insbesondere für die kommunalen Anstalten und Einrichtungen verschiedenster Art (Kanalisation, Straßenbeleuchtung usw.), erhebliche Posten von Kapitalinvestitionen verbergen, die an sich hierher zu zählen wären. Vor allem aber darf nicht außer acht gelassen werden, daß im Wohnungsbau, abgesehen von den öffentlichen Mitteln noch sehr be-

Mit Abkürzungen mit dem zugehörigen

trächtliche private Mittel ständig investiert wurden — in den letzten fünf Jahren sicherlich nicht unter 4 Milliarden —, ferner daß unsere Annahme, die Ausgaben der beiden letzten Jahre entsprächen dem Stand von 1927 und 1928, bei vielen Posten, zum Beispiel auch im Wohnungsbau, die wirklichen Ausgaben sicherlich unterschätzt.

Eine Kapitalimmobilisierung von rd. 20 Milliarden oder, wenn man die Neubauten bei den Landstraßen unberücksichtigt läßt, von rd. 18 Milliarden, dürfte demnach nicht zu hoch gegriffen sein. Von diesen 18 Milliarden entfallen knapp zwei Drittel auf den Wohnungsbau, der Rest, 7 Milliarden auf sonstige langfristige Kapitalinvestitionen der öffentlichen Hand. Nun wäre es natürlich nicht richtig anzunehmen, daß diese Kapitalbeträge nach ihrer Investition überhaupt keine lebendige Arbeit mehr beschäftigen; aber der Abnutzungsprozentsatz ist doch recht klein — ebenso, wenn wir von den bereits unberücksichtigt gelassenen Straßenbauten absehen, die Reparaturen —, da selbst Elektrizitätswerke ein halbes Jahrhundert zu halten pflegen; und die in solchen öffentlichen Betrieben beschäftigte Zahl von Arbeitern ist ebenfalls, verglichen mit der Kapitalinvestition, recht geringfügig. Aber auch wenn man das alles in Betracht zieht, wenn man ferner den Wohnungsbau seiner wichtigen sozialen Funktion wegen ganz beiseite läßt — man denke an die Bevölkerungsvermehrung der letzten fünf Jahre! — wenn man zugeibt, daß ein sehr erheblicher Teil auch der übrigen Kapitalimmobilisierung unvermeidlich war, so bleibt immer noch der Satz berechtigt, daß die übermäßige Tendenz zur Bevorzugung von Bauarbeiten und Kapitalinvestitionen mit lang dauernder Umschlagsperiode in den letzten Jahren die Kapitalversorgung der privaten Wirtschaft um Milliardenbeträge geschmälert, den Zinsfuß entsprechend erhöht und zu einem erheblichen Bruchteil jedenfalls (in der Höhe von mehreren 100 000 Köpfen) zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beigetragen hat. Danach beurteile

man die gegenwärtigen offiziellen Programme schleuniger Arbeitsbeschaffung, bei denen in erster Linie an Wohnungsbau, Straßenbau und sonstige wertschaffende Arbeitslosenfürsorge gedacht ist! Man wird künftig den Zusammenhängen zwischen Kapitalverwendung und Arbeitsbeschaffung eine wesentlich stärkere Aufmerksamkeit als bisher zuwenden müssen.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gegenwart leidet im Grunde genommen an einem Hauptfehler: sie ist auf der einen Seite ausgerichtet auf sehr lange Perioden, d. h. wagt erheblichen Aufwand, um nach Menschenaltern eine Verbesserung der Volkskraft und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu erreichen; auf der anderen Seite berücksichtigt sie vornehmlich die Tagesbedürfnisse und glaubt, den schweren Übeln, welche die Konjunkturschwankungen mit sich bringen, durch rasch aufgestellte und schleunigst durchgeführte, in ihrer Wirkung nur auf wenige Monate berechnete, dazu noch, wie gesagt, theoretisch schlecht durchdachte Programme der Arbeitsbeschaffung begegnen zu können. Es fehlt die Berücksichtigung derjenigen Zeitperiode von einigen Jahren, für die wir die Wirkung wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen in Wahrheit allein mit einer gewissen Sicherheit voraussehen können, die Berücksichtigung also, der Wirtschaftsentwicklung im Verlauf einer Konjunkturperiode, die immer noch mindestens fünf Jahre zu beanspruchen scheint. Hätte man im Jahre 1925 die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Zustände des Jahres 1930 ausgerichtet, die Lage wäre nicht so gefährlich wie sie heute geworden ist. Und die übereilte, jede Einstellung auf längere Frist versäumende Haltung der Regierung und der politischen Parteien in der gegenwärtigen Krise, läßt trotz des günstigen Horoskops, das der Geburtenverlust während des Krieges dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren stellt, die Befürchtung aufkommen, daß wir im Jahre 1935 wieder auf fünf verlorene Jahre zurückblicken werden.

Frank
Thom

Wandel der Wirtschaftsideologie in England

Von Dr. Otto Veit

Das vor kurzem erschienene Manifest der englischen Bankiers hat die Aufmerksamkeit der Welt erneut auf die Lage und Aussichten der protektionistischen Bewegung in England gelenkt. Die von den Bankiers in erster Linie empfohlene Empire Free Trade-Politik wird freilich heute schon in England als unwirksam erkannt; dagegen hat die von der konservativen Partei geforderte Einführung industrieller Schutzzölle große Aussichten auf Verwirklichung. Auch im inneren Aufbau der englischen Industrie will man das Prinzip des *laissez faire* mehr und mehr durch eine Art von Kartellwirtschaft (Cooperation) ersetzen.

Ist Großbritannien heute noch der Hort liberaler Ideen oder wenigstens des „Liberalismus als Wirtschaftsmethode“, der er bis vor kurzem noch war? Oder sind die ideologischen Wandlungen, die sich in den letzten Jahren dort vollzogen haben, wirklich so umwälzend und so endgültig gewesen, daß man denen recht geben muß, die den Liberalismus in England

als tot und begraben bezeichnen? So lautet die bange Frage, die heute, wie man ohne Übertreibung sagen kann, die ganze wirtschaftlich interessierte Welt beschäftigt. Auch dem, der die Dinge nicht aus eigener Anschauung kennt, wird es selbstverständlich erscheinen, daß auf eine solche alternativ gestellte Frage keine eindeutige, hundertprozentig bejahende

oder verneinende Antwort möglich ist. Wäre dies der Fall, so ließe sich die Frage von jedem einigermaßen aufmerksamen Zeitungsleser außerhalb Englands ohne weiteres beantworten. Gerade die Unklarheit der Lage, der Schwebezustand, in dem sich die wirtschaftliche Verfassung und das wirtschaftliche Denken der Engländer heute befinden, macht aber ein eingehenderes Studium des Problems erforderlich (zu dem der Verfasser bei einem Aufenthalt in England Gelegenheit hatte).

Die handelspolitische Einstellung der Labour Party

Seit etwa einem Jahr ist die heutige Labour-Regierung im Amt. Der Regierungswechsel bedeutete damals für die bereits im Gange befindliche protektionistische Bewegung einen erheblichen Rückschlag. Außerlich manifestierte sich dies darin, daß das alte Verfahren für die Neueinführung beantragter Schutzzölle in Kraft blieb, während die vorher amtierende konservative Regierung dieses Verfahren wesentlich zu erleichtern beabsichtigte. Wäre das geschehen, so wären die Chancen für die Einführung neuer Zölle, insbesondere des Zolles auf Eisen und Stahl sowie auch auf Wollgewebe, damals schon recht groß gewesen. Das ist durch den Regierungswechsel zunächst anders geworden. Es blieb bei dem bisherigen, fast prohibitiven Antragsverfahren, mit der Wirkung, daß keine Industrie Aussicht auf Bewilligung eines Schutzzolles hat, da nach dem heutigen System Schatzkanzler und Handelsminister ein absolutes Vetorecht haben, ehe der Zollantrag überhaupt in Form eines Etatsgesetzes (denn das ist in England nach wie vor erforderlich) im Unterhaus eingebracht werden kann.

Die heutige englische Regierung, in der ein überzeugter und radikaler Anhänger des Freihandels wie *Philipp Snowden* als Schatzkanzler eine der einflußreichsten Persönlichkeiten ist, muß noch als freihändlerisch gelten. Das einzige Zugeständnis, das der Premierminister vor kurzem der anderen Seite gemacht hat, war, daß er von der Bereitwilligkeit der Regierung sprach, eine Art *Einfuhrkontrolle* einzurichten für den Fall, daß die englische Industrie vom Kontinent her durch „soziales Dumping“ (sweated labour) bedroht würde. Das bezog sich insbesondere auf die Eisen- und Stahlindustrie, die den Gegenstand besonderer Enquête-Untersuchungen bildete. Der Bericht der Kommission, die mit Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in den Eisenindustrien der kontinentalen Produktionsländer beauftragt war, hat die Frage des sozialen Dumpings mit Bezug auf *Deutschland verneint* (im Gegensatz zu Frankreich und Belgien!). Ich glaube sagen zu können, daß man dieses günstige Urteil über die Arbeitsverhältnisse in der deutschen Industrie an maßgebender Stelle auch nach der Lohnsenkung durch den Oeynhausener Schiedsspruch aufrechterhalten hat. Andererseits darf nicht verschwiegen werden, daß dieser Schiedsspruch in der ganzen englischen Wirtschaft eine Aufregung verursacht hat, von der man sich hier kein richtiges Bild machen

kann, und daß er die Tendenzen innerhalb der Arbeiterpartei, die eine Einfuhrkontrolle befürworteten, verstärkt hat.

Dabei muß man sich vor Augen halten, daß die englische Arbeiterpartei in der Schutzzollfrage überhaupt keineswegs eine so klare Haltung einnimmt wie die Arbeiterregierung selbst. Innerhalb der Partei sind zwei große Strömungen zu unterscheiden. Die eine basiert auf der alten Fabier-Bewegung. Ihr gehören die Kreise der Intelligenz an, insbesondere auch aus der jüngeren Generation, die sich der Labour-Party ohne ein wirtschaftliches Interesse, sondern aus Überzeugung angeschlossen haben. Dieser Flügel der Partei bildet auch das aufnahmewillige und aufnahmefähige Sammelbecken für die nach der radikalen Seite hin neigenden früheren Angehörigen der liberalen Partei, die zur Labour-Party übergehen, weil sie in der einem vollständigen Auflösungsprozeß entgegengehenden liberalen Partei keine persönliche Entfaltungsmöglichkeit und keinen Boden für wirklichen politischen Einfluß sehen. Dieser Flügel, der durch den Auflösungsprozeß der liberalen Partei mehr und mehr erstarkt und durch den die Arbeiterpartei zur eigentlichen Nachfolgerin der liberalen Partei wird (während ein kleiner Teil in das konservative Lager abwandert), ist durchaus freihändlerisch gerichtet und wird dies sicherlich auch bleiben.

Anders steht es jedoch mit der weiteren Hauptgruppe der Arbeiterpartei, dem Gewerkschaftsflügel. Daß die Labour-Party mit Sozialismus im doktrinären Sinne wenig zu tun hat, ist bekannt. Aber auch die eigentliche Gewerkschaftsbewegung hat in dieser Beziehung einen anderen Charakter als bei uns: die wirtschaftspolitische Einstellung der englischen Gewerkschaften basiert weit mehr auf den speziellen Bedingungen des betreffenden Industriezweiges; denn der Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer beschränkt sich fast ausschließlich auf Lohnfragen. So kommt es, daß *viele Gewerkschaften* je nach der besonderen Interessenlage ihrer Industrie *durchaus protektionistisch denken*, und daß von diesem Flügel der Arbeiterpartei her die Sache des Freihandels einigermaßen bedroht ist. Allerdings ist die Situation heute noch so, daß die Bedrohung weniger wirksam sein wird, solange die Arbeiterregierung selbst im Amt ist, da diese sich vorwiegend aus Elementen der anderen Parteirichtungen zusammensetzt. Anders wird es jedoch, wenn sich die Arbeiterpartei wieder in der Opposition befindet, da dann der Einfluß der beiden Richtungen wieder ziemlich ausgeglichen sein dürfte. Mit anderen Worten: wenn eine konservative Regierung über kurz oder lang ans Ruder gelangt, so wird die Opposition aus den Reihen der Arbeiterpartei gegen protektionistische Maßnahmen der Regierung kaum noch stark genug sein, um eine entscheidende Wirkung auszuüben. Ob es dann überhaupt noch eine liberale Partei gibt, oder ob sie bei den nächsten Wahlen ganz fortfällt — wie man vielfach annimmt —, wird für diese Frage ziemlich gleichgültig sein. Denn

weder wird der Zufluß an liberalen Elementen zur Arbeiterpartei ausreichen, um diese zu einer wirklichen Opposition zu befähigen, noch wird der kleine Zuwachs an Liberalen, den die konservative Partei erhalten wird, diese von der protektionistischen Richtung wieder abbringen können, in welche die Mehrheit der Partei inzwischen eingeschwenkt ist.

Die Konservativen und die Empire-Bewegung

Der deutlichste Beweis hierfür ist das vor kurzem veröffentlichte *Manifest der Bankiers* (vgl. Nr. 28, S. 1317. Die Red.). Es läßt erkennen, welche parteimäßigen Konsequenzen die englische Hochfinanz aus dem Niedergang der liberalen Partei, der sie früher vorwiegend angehörte, gezogen hat. Trotzdem darf die Bedeutung dieser Erklärung nicht überschätzt werden; insbesondere darf man sie nicht als Fanfare für die unter der Bezeichnung „*Empire Free Trade*“ bekannte Sonderform des Protektionismus ansehen, für die sie wohl eher als Folie dienen soll, um den *Übergang zum industriellen Protektionismus im engeren Sinne* (also für das englische Mutterland allein) zu vollziehen.

Auf jeden Fall hat sich der protektionistische Gedanke im Laufe des letzten Jahres in der konservativen Partei erschreckend verstärkt. Daran hat auch der Zusammenbruch der von *Lord Rothermere* und *Lord Beaverbrook* gegründeten *United Empire Party* nichts ändern können. Im Gegenteil: der Mißerfolg, den die beiden Presselords mit ihrer Sonderpartei-Gründung hatten, ist im wesentlichen gerade auf den geschickten Schachzug von *Baldwin* zurückzuführen, der mit einem durchaus richtigen Instinkt für die seiner Partei erwachsende Konkurrenz den Lords den Wind aus den Segeln nahm, indem er *selbst in das protektionistische Lager einschwenkte*.

Wir brauchen uns an dieser Stelle nicht mit den verschiedenen Richtungen und Nuancierungen des Protektionismus aufzuhalten, die zwischen *Rothermere* und *Beaverbrook* einerseits und zwischen den beiden *Pressemagnaten* und *Baldwin* bzw. der offiziellen Parteileitung andererseits bestehen. Die Richtung, auf die sich *Baldwin* nach seinen letzten Äußerungen nunmehr ziemlich eindeutig festgelegt hat, ist hinreichend bekannt: *Einführung von Industrieschutzzöllen und Volksabstimmung über Lebensmittelzölle*.

Vielfach wird nun angenommen, *Baldwin* werde die Stärkung seiner protektionistischen Position, die ihm durch das *Manifest der Bankiers* zuteil geworden ist, wahrnehmen, um auch den Lebensmittelzoll in sein Wahlprogramm einzubeziehen und die mißliche und unsichere Verlegenheitslösung des Volksreferendums über *Bord* zu werfen. Ob sich der vorsichtige und taktisch gewandte konservative Parteiführer so weit vorwagen wird, bleibt abzuwarten. Bis zu den Neuwahlen bzw. bis zum Regierungswechsel, den er vorläufig nicht zu beschleunigen gedenkt, hat er mit der Verkündung einer neuen Parole Zeit. Vorläufig kann er also den Sturm der protektionistischen Leidenschaften ruhig noch weitertoben lassen, um in

aller Ruhe seine wohlabgewogenen Entschlüsse zu fassen. Wenn es ihm nicht mehr erforderlich erscheinen sollte, sich eine Rückzugslinie zu sichern, wird er jedenfalls versuchen, von der Volksabstimmung über den Lebensmittelzoll loszukommen, die das ganze Schutzzoll-Programm überhaupt über den Haufen werfen könnte. Fällt sie nämlich — was noch immer wahrscheinlich ist — negativ aus, so muß es sich sofort zeigen, daß die ungleiche Behandlung von Landwirtschaft und anderen Lebensmittelgewerben einerseits und Industrie andererseits nicht auf die Dauer aufrecht zu erhalten ist. Es wird sich das in verstärktem Maße zeigen, was heute bereits in Konsequenz der bestehenden *McKenna- und Safeguarding-Duties* erkennbar wird, daß nämlich das schlimmste Kreuz des Protektionismus darin besteht, daß man auf der einmal eingeschlagenen Bahn kaum noch stillstehen oder gar umkehren kann.

Auch das wissen die Engländer nur gar zu genau. In der großen Mehrzahl fühlen sie sich deshalb bei der gegenwärtigen Lage durchaus nicht wohl und werden es um so weniger tun, je mehr sich die praktischen Konsequenzen der konservativen Schutzzollpolitik zeigen. Denn soviel ist klar: von einer Aufgabe der liberalen Handelspolitik kann die englische Volkswirtschaft, die in erster Linie auf Außenhandel eingestellt ist und immer eingestellt sein wird, auf die Dauer in ihrer Gesamtheit nichts gewinnen. Es bedarf keines besonderen Nachweises, daß die Vorteile, die für die zollgeschützten Industriezweige entstehen, vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt wesentlich überkompensiert werden müssen durch die Nachteile, die der dann unvermeidliche Rückgang des englischen Exports für das ganze Land mit sich bringen wird. Die wirtschaftlichen Tatsachen sprechen in keinem anderen Land der Welt (vielleicht mit Ausnahme von Holland) eine so klare Sprache gegen den Protektionismus wie gerade in England.

Die Gewalt der Tatsachen ist es denn auch, die heute schon die sogenannte *Empire Free Trade-Politik* von *Rothermere* und *Beaverbrook* zum Scheitern verurteilt. Abgesehen von der parteitaktisch geschickten Haltung *Baldwins* haben sich die beiden *Presselords* durch ihre einerseits allzu reklamemäßige, andererseits allzu sprunghafte Propaganda sowie durch ihre internen Differenzen schon hinreichend diskreditiert. Nicht nur das Wort *Empire-Freihandel*, das mit dem Gegenteil von dem, was eigentlich dahintersteckt, Eindruck machen will, sondern auch die mit großen und zugkräftigen Mitteln betriebene Propaganda wird heute schon in England nicht allzu ernst genommen. Daran wird auch das *Bankier-Manifest* nichts ändern können. Denn entscheidend ist schließlich die Tatsache, daß man die *Dominions*, die heute schon mehr mit der übrigen Welt in Warenaustausch stehen als mit dem englischen Mutterland (vor allem Kanada), niemals dazu bringen könnte, eine Politik der Abschließung gegen das übrige Ausland mitzumachen. Der Warenaustausch innerhalb des britischen Imperiums, der nach

den Zahlen für 1927 nur 25 % des Gesamtaußenhandels der britischen Besitzungen ausmacht, hat in den letzten Jahrzehnten trotz der Preference-Zölle, die zum Teil schon bestehen, eine ständig fallende Tendenz. Diese Tatsachen machen auf den common sense der Engländer weit mehr Eindruck als die lärmende Propaganda der Presse magnaten.

Hat aber diese Empire-Bewegung schon von vornherein so stark an Kredit verloren — wie kommt es, daß man sich für die Industrie-Schutzzollpolitik im engeren Sinne immer mehr erwärmt, ohne die Tatsachen zu sehen, die auch diese auf die Dauer als schädlich erweisen müssen?

Psychologische Motivation

Man darf sich die Beantwortung dieser Frage nicht allzu leicht machen. Mit dem Hinweis auf den Gradunterschied zwischen den Bedenken gegen den Schutz der heimischen Industrie einerseits und den sinnfälligeren Hindernissen des Empire-Protektionismus andererseits ist es nicht getan. Natürlich ist es richtig, daß dem Wunschtraum des geschlossenen Empire Schwierigkeiten im Wege stehen, die schon den Versuch einer praktischen Verwirklichung im Keime ersticken würden (wenn nämlich die Domänen nicht mitmachen). Mag also hier die bei der Mehrzahl aller Engländer feststehende Ablehnung der Beaverbrook-Pläne, wenn sie auch durchaus richtig begründet wird, zum wesentlichen Teil darauf beruhen, daß auf alle Fälle die Trauben zu hoch hängen — so ist auf der anderen Seite der Gedanke der heimischen Industriezölle natürlich zunächst durchaus praktikabel. Technische Schwierigkeiten würden ebensowenig entstehen wie bei den McKenna- oder Safeguarding-Zöllen. Hier beginnt aber erst das eigentliche Problem. Es fragt sich nämlich, wie es in England überhaupt zu einem derartigen Erstarken der protektionistischen Bewegung kommen konnte, daß man in weiten Kreisen des Landes — auch außerhalb der Industriezweige, die eine Begünstigung zu erwarten haben — hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen buchstäblich nicht von heute auf morgen denkt.

Sicherlich genügt es nicht, die wachsende Enttäuschung über den Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz und den Zollwahnsinn der Vereinigten Staaten zu zitieren. Die Wirtschaftslage ist in England zur Zeit sehr schlecht. Sie unterscheidet sich damit nicht allzu sehr von unserer eigenen oder der in den Vereinigten Staaten oder in anderen Ländern. Sie unterscheidet sich damit aber recht wesentlich von dem, was die Engländer etwa 200 Jahre hindurch gewohnt waren. Erst seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts mußte man erkennen, daß die englische Industrie nicht allein auf der Welt ist und daß es aller menschlichen (sprich: englischen) Erfahrung und aller durch eine glorreiche Wirtschaftsvergangenheit belegten göttlichen Willensäußerung zum Trotz noch andere Völker gibt, die als ernstliche Konkurrenten in Frage kommen. Damals waren die protektionistischen Strömungen, zu deren Wortführer sich *Josef Cham-*

berlain gemacht hatte, noch verhältnismäßig schwach. Anders wurde dies aber schon unmittelbar nach dem Kriege, als in den Jahren 1920/21 eine empfindliche Wirtschaftskrise eintrat, unter deren Eindruck es zur Einführung der Safeguarding-Zölle kam. In jenen Jahren war es für die Engländer eine bittere Erfahrung, zu sehen, daß der Weltkrieg, der mit der militärischen Niederlage des stärksten Wirtschaftskonkurrenten aus der Vorkriegszeit geendet hatte, in anderen Weltteilen neuen, in mancher Beziehung noch gefährlicheren Konkurrenten zur Entfaltung verholfen hatte: den Vereinigten Staaten und Japan.

Der Krieg und seine weltwirtschaftlichen Folgen bedeutete also für die Engländer das Ende einer „großen Illusion“. Die Verbitterung darüber wird heute verstärkt durch den Vergleich mit Frankreich, dem es im Gegensatz zu fast der gesamten übrigen Welt besser geht, als man noch vor kurzem hatte erwarten können. Auch das wird in England als unbegreifliche Ungerechtigkeit des Schicksals empfunden. Man hat den Franzosen im Kriege geholfen, man hat ihnen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber den besiegten Mittelmächten zur Seite gestanden, man hat ihnen den Hauptanteil an der Reparationsbeute zugebilligt, ja, man hat sogar seinerzeit ein Auge zugeedrückt, als sich der französische Nationalismus an dem für England in mancher Beziehung recht ungemütlichen Ruhr-Abenteuer abreagierte — „all das haben wir für die Franzosen getan und geduldet; und nun geht es uns so schlecht und ihnen so gut!“ Entspricht das wirklich dem göttlichen Willen, zu dem den Engländern doch seit alters her die besten Beziehungen zustehen?

Eine „große Illusion“ war der Weltkrieg für die Engländer insbesondere aber dadurch, daß das besiegte Deutschland selbst keineswegs auf dem Weltmarkt ausgeschaltet werden konnte, daß es im Gegenteil sehr rasch wieder in fast ungebrochener Kraft auf dem Plan war.

Nichts liegt mir nun ferner, als das Märchen vom englischen Wirtschaftsneid als Hauptkriegsursache hier aufzutischen. Aber es steht fest, daß das Wiedererstarken Deutschlands in so kurzer Zeit in England nicht erwartet worden war. Obgleich uns diese Entwicklung im heutigen England nicht etwa Feindseligkeit und Neid, sondern Sympathien und vielfach Bewunderung einträgt, so hat doch die Tatsache, daß man sich durch den Krieg nur neue Konkurrenten zugezogen hat, ohne einen alten loszuwerden, eine Atmosphäre von Verbitterung geschaffen, die der Ausbreitung protektionistischer Ideen förderlich ist. Auf diesem Boden gedeiht auch die ständig anwachsende nationale Warenpropaganda, die nicht allein auf das Beispiel anderer Länder zurückzuführen ist, wie im allgemeinen innerhalb und außerhalb Englands behauptet wird.

Entscheidend war schließlich die Wirkung der seit zwei Jahren anhaltenden, immer empfindlicher werdenden Wirtschaftskrise, die heute nachgerade zu einer verzweifeltten Stimmung geführt hat, in der die Engländer mit dem wirtschaftlichen Schicksal, das

sie bisher verwöhnt hatte, hadern und meinen, schlimmer könne es ja doch nicht werden. Deshalb müsse man nur irgend etwas anderes versuchen als das Bisherige, das sich nicht mehr bewährt.

Diese Stimmung ist es, die heute in dem alten Heimatland des wirtschaftlichen Liberalismus den Nährboden dafür liefert, daß weite Kreise an jenem Wirtschaftsprinzip, das die Nation reich und mächtig gemacht hat, verzagen. Das drückt sich nicht nur in der Einstellung zur auswärtigen Handelspolitik aus. Vielmehr ist man dem wirtschaftlichen Individualismus und der freien Konkurrenz gegenüber überhaupt äußerst skeptisch geworden, so daß die Auffassungen auch über den Aufbau und die Organisation der englischen Wirtschaft im Innern sich vollständig gewandelt haben. Selbst diejenigen, die an sich am Freihandel, d. h. an unbehinderter Konkurrenz auf den Weltmärkten festhalten, bezeichnen den Individualismus als Grundprinzip der binnenwirtschaftlichen Verfassung als überlebt und wünschen ihn durch irgendein anderes mehr oder minder kollektivistisches Prinzip ersetzt zu sehen. Die Forderung nach „Cooperation“, unter der man sich im allgemeinen nur recht unbestimmte Dinge oder auch gar nichts Greifbares vorstellt, ist heute in England fast ebenso sehr zum Schlagwort geworden wie bei uns vor einigen Jahren der Ausdruck „Rationalisierung“. Ebenso wie diesem Ausdruck aber bei uns ganz konkrete und berechtigte Reformmöglichkeiten zugrunde lagen, über deren Durchführung man sich nur sehr häufig nicht klar war — ebenso hat das allzu allgemein gebrauchte und schon vielfach abgenutzte Schlagwort von der Cooperation im heutigen England seinen durchaus berechtigten Kern.

„Cooperation“ und Kartellierung

In dieser Beziehung liegen die Dinge keineswegs so einfach wie hinsichtlich der äußeren Handelspolitik, bei der man zu dem Pro oder Contra eindeutig und ohne Umschweife Stellung nehmen kann. In Deutschland ist es selbst für den grundsätzlichen Befürworter des liberalen Wirtschaftsaufbaus eine Selbstverständlichkeit, daß heute nicht mehr der Liberalismus gemeint sein kann, der vor hundert Jahren oder auch noch vor vierzig Jahren galt. Inwiefern es notwendig und nützlich geworden ist, die absolute Wirtschaftsfreiheit von seiten des Staates einerseits und von seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer andererseits durch Gemeinschaftsarbeit in irgendeiner Form zu ersetzen oder zu durchsetzen, braucht hier nicht im einzelnen ausgeführt zu werden. Ich kann mir es an dieser Stelle auch versagen, auf die Überspannung im Organisationswillen einzugehen, insbesondere nachzuweisen, daß die Ablösung der direktionslosen freien Konkurrenz im Sinne des alten Liberalismus noch keineswegs eine Bejahung der Kartellwirtschaft sans phrase zu bedeuten braucht. Während man aber in Deutschland nach den anfänglichen Überspannungen des Kollektivismus sowohl von sozialistischer wie auch von unternehmerischer Seite allmählich anfängt, die Spreu vom Weizen zu scheiden, ist man in dieser Be-

ziehung in England noch meilenweit zurück. Man steht etwa an dem Punkt, wo wir uns vor acht bis zehn Jahren befanden. Man verweist darauf, daß der Aufbau der Industrie trotz mancher Organisationsansätze noch auf dem alten Prinzip des *laissez faire* beruhe, dem man nun die größte Schuld an allem wirtschaftlichen Ungemach zuschieben möchte. *Mit diesem laissez faire soll jetzt endlich gebrochen werden.* An seine Stelle soll irgendeine Art von „Cooperation“ treten, über deren konkrete Gestalt man sich indes noch keineswegs klar ist.

Die Lage in den Hauptindustriezweigen, Baumwollindustrie, Kohle, Eisen usw., ist nun dadurch gekennzeichnet, daß eine *große Überkapazität* vorliegt, deren man nicht Herr zu werden weiß. Es ist nicht unrichtig, wenn die Engländer behaupten, daß das Nebeneinanderbestehen vieler kleiner und mittlerer Unternehmungen, das selbst in der englischen Schwerindustrie in einem bei uns unbekanntem Maße anzutreffen ist, zu dieser Überkapazität geführt habe. Die Ausscheidung der unwirtschaftlich arbeitenden Produzenten auf natürlichem Wege gehe nur allzu langsam vor sich. „Unsere überalterten und überschüssigen Betriebe“, so sagte mir ein englischer Nationalökonom, „wollen und wollen nicht sterben“. Die Unwirtschaftlichkeit und Kapitalverschwendung, die sich aus diesem Zustand ergibt, hält man teilweise für schwerwiegender als die Gefahren der Unwirtschaftlichkeit, die sich aus einem Übergang zur Kartellwirtschaft ergeben könnten.

Klar denkende Wirtschaftler wissen sehr wohl, daß gerade Überkapazität mit Kartellen bekämpfen in gewisser Weise bedeutet, den Teufel mit Beelzebub austreiben. Sie geben auch zu, daß das Kartell im allgemeinen den rettenden Hafen für die absterbewürdigen Unternehmungen bildet, und daß es grundsätzlich keine Beseitigung, sondern eine Verewigung oder unter Umständen (durch den Anreiz zu Erweiterungen aus Quotenkampfründen) eine *Verschlimmerung* der Überkapazität zeitigen muß. Charakteristisch für die ganze Situation in England ist aber, daß selbst diejenigen, die diese Gefahren mit aller Deutlichkeit erkennen, trotzdem den Übergang zur *Kartellwirtschaft in irgendeiner Form für das kleinere Übel im Vergleich zur heutigen Wirtschaftsverfassung* halten, und zwar aus folgenden Gründen.

Was jetzt in erster Linie not tue, seien Zusammenschlüsse in den Industriezweigen, in denen Überkapazität herrscht. Man hat dabei *finanzielle* Zusammenschlüsse, Fusionierungen, Konzernbildungen usw. im Auge. Die Schwerfälligkeit der meisten englischen Unternehmer sowie das Festhalten an dem alten Selbstständigkeitsideal erschwere aber solche Zusammenschlüsse in einem Maße, daß man zu einer Art Überlistung greifen müsse. Nun liege die Bildung von Kartellen, die dem unwirtschaftlich arbeitenden Unternehmer handgreifliche Vorteile biete, ohne ihm von vornherein seine Selbständigkeit zu nehmen, auf der Linie des geringsten Widerstandes. Innerhalb dieser Kartelle müsse dann durch die Möglichkeit des Quotenaufkaufs und durch andere Maßnahmen ver-

sucht werden, die unwirtschaftlichen Betriebe nach und nach stillzulegen. Wenn schließlich nur noch einige auf breiter und ertragreicher Basis arbeitende Konzerne übriggeblieben seien, würde es schon in irgendeiner kritischen Lage des Kartells zu dessen Auflösung kommen, und die eigentlich angestrebte rationelle Konzernwirtschaft sei erreicht. — Dem Einwand, daß bei diesem Verfahren die Kosten der Ausscheidung unwirtschaftlicher Betriebe auf den Warenpreis überwälzt, d. h. der Allgemeinheit aufgebürdet werden, während sie bei freier Konkurrenz von den wegen Unwirtschaftlichkeit ausscheidenden Unternehmern selbst getragen werden müssen, verschließt man sich zwar nicht grundsätzlich; man bezeichnet ihn aber als wirklichkeitsfremd; denn die selbständigen Unternehmer stürben eben *doch* nicht, und so sei es unvermeidlich, daß diese „Umstellungskosten“ vorübergehend auf die Allgemeinheit umgelegt würden.

Existieren nun diese Gedanken ohnehin nur in einer beschränkten Anzahl klar denkender Köpfe, so wird die Anzahl der Fälle, in denen sie wirklich zur zielstrebigsten und erfolgreichen Durchführung gelangen könnten, noch geringer sein. Die Gefahren, auf dem klippenreichen und für viele allzu bequemen Wege der Kartellwirtschaft hängenzubleiben, sind nur allzu groß. Selbst wenn Gewißheit oder wenigstens Aussicht vorhanden ist, jene Klippen und Hemmnisse erfolgreich zu überwinden, so bleibt noch die Frage, welcher Weg weniger *Zeit* erfordern würde: das Warten auf das Absterben der schwachen Betriebe, die bei freier Konkurrenz doch schließlich einmal ausfallen müssen, oder der Umweg über die Kartelle. Die Engländer werden mit ihrer Cooperation ebenso ihre eigenen — schlechten und guten — Erfahrungen machen müssen, wie wir mit unserer Kartellwirtschaft. Daß z. B. die in der neuen Kohlen-Bill vorgesehenen Kartelleinrichtungen durchaus die Gefahr einer Verewigung der im englischen Kohlenbergbau vorhandenen Überkapazität in sich bergen, wurde mir gerade von Verfechtern der Cooperation bestätigt. Geringer ist diese Gefahr bei der bisher sehr gut arbeitenden „Beama“ (British Electrical and Allied Manufacturers Association), einem in der elektrotechnischen Industrie gegründeten Verband, der die Auftragsverteilung zentral regelt. Auch die beiden mit Unterstützung der Bank von England ins Leben gerufenen Industriefinanzierungs-Banken, die *Bankers Industrial Development Co. Ltd* und der zur Kapitalbeschaffung eingerichtete *Securities Management Trust*, verfolgen m. E. sinnvolle Ziele. Die Rationalisierung der englischen Industrie, die hier durch finanziellen Zusammenschluß einzelner Unternehmungen in Verbindung mit der Kreditgabe angestrebt wird, hat bereits einzelne gute Erfolge aufzuweisen. Man geht dabei allerdings nicht so weit, daß man die Kredite von der Durchführung festumrissener produktionstechnischer oder sonstiger Maßnahmen abhängig macht, sondern man begnügt sich damit, auf die Besetzung der leitenden Posten bei den Industriefirmen entscheidenden Einfluß auszuüben.

Wenn heute noch unter „Rationalisierung“ in England kaum etwas anderes verstanden wird als Zusammenschlüsse irgendwelcher Art, und wenn man deshalb glaubt, daß Cooperation stets auch Rationalisierung sei, so wird man auch in dieser Beziehung erst eigene Erfahrungen machen müssen. Man wird insbesondere erkennen müssen (was einsichtige Engländer längst zugeben), daß die englische Industrie sich gerade in technischer Beziehung keineswegs auf der allermodernsten Stufe befindet, und daß hier noch sehr viel zu tun ist. Typisierung und Spezialisierung stecken noch in den meisten Industriezweigen in den Anfängen. Wenn die jetzt herrschende Hausse in Cooperation zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit in dieser Richtung führt, so wird sie ihren Berechtigungsnachweis geliefert haben.

Die kartellfreundliche Stimmung in der englischen Industrie hat aber noch eine weitere Ursache. Dem besonderen Charakter der englischen Volkswirtschaft entspricht es, daß seit alters her *der Händler gegenüber dem Produzenten ein Übergewicht* hatte. Die Vorstellung oder (wenn man so will) das Vorurteil, daß der Verteiler der Güter oder der Finanzier „unproduktiv“ seien, während die eigentlich „produktiven Kräfte“ nur in der Warenherstellung stecken, konnte in einem so stark auf Handel, Schifffahrt und Durchfuhr eingestellten Lande nicht an Boden gewinnen. Außerdem ist es auch heute noch in manchen Wirtschaftszweigen üblich, daß die Fabriken nur auf Grund spezieller Aufträge des Handels und mit Kreditmitteln, die vom auftraggebenden Handel beschafft werden, Waren herstellen. Das geht vielfach so weit, daß man sich an das alte Verlagssystem erinnert fühlt, bei dem der Auftraggeber sogar die benötigten Rohmaterialien in natura zur Verfügung stellte. Die Abhängigkeit mancher Industriezweige vom Handel wird nun verstärkt dadurch, daß es im Großhandel schon vielfach kartellistische Vereinbarungen gibt, die diesem auskömmliche Preise sichern, zugleich aber den Produzenten und den Verbraucher belasten. Dagegen wollen sich die Produzenten jetzt mit gleicher Waffe wehren. *Die ganze Cooperation-Bewegung ist also zum Teil ein Kampf des englischen Produzenten gegen die traditionelle Suprematie des Handels.* Mit dem Schwinden der unbestrittenen Vormachtstellung als Welthandelsland beginnt die kontinentale Ideologie von den „produktiven Kräften“ auch in England allmählich vorzudringen. Dabei stehen wiederum ähnlich wie bei der Schutzzollbewegung industrielle Unternehmer und Arbeiter in einer Front. Beide wollen sich jetzt endlich die Stellung im Wirtschaftsaufbau erkämpfen, die ihnen zukommt und die man ihnen in der auf Handels- und Konsumenteninteressen eingestellten englischen Wirtschaft bisher versagt hatte.

*

So sieht in großen Zügen der *Wandel der Wirtschaftsideologie* aus, der sich heute in England vollzieht. Er ist aus der Nähe betrachtet doch etwas komplizierter und differenzierter, als es im allgemeinen wohl den Anschein hat. Was werden wird,

* J. Lipp 26

zu welchem Ergebnis insbesondere der Kampf um die handelspolitische Richtung führen wird, das hängt von der Weiterentwicklung all der Faktoren ab, über die oben gesprochen wurde. Entscheidend wird es sein, wann und mit welcher Mehrheit die Konservativen wieder ans Ruder kommen. Vorläufig ist ihnen die Stellung als Oppositionspartei wohl noch ganz angenehm; denn sie fühlen sich gerade in ihrem handelspolitischen Programm noch nicht so gefestigt, um einen Sturz der jetzigen Regierung herbeizuführen, zu dem schon manches Mal Gelegenheit gewesen wäre.

Kommt es aber über kurz oder lang wieder zu einer konservativen Regierungsbildung, so wird die Verwirklichung des Industrieschutzzoll-Programms, auf das sie sich allzusehr festgelegt haben, unvermeidlich. Die Weiterentwicklung wird dann davon abhängen, ob und in welchem Tempo sich die Erkenntnis von der gesamtwirtschaftlichen Schädlichkeit dieser Politik in England durchsetzt.

Der alte Liberalismus ist in seinem Heimatlande noch nicht ganz heimatlos geworden — aber er macht jetzt schlechte Zeiten durch.

Der Einzelhandel hat die Preise gesenkt!

Von Georg Tietz, Berlin

Wir veröffentlichen die Ausführungen des Verfassers, der als Mitinhaber der Warenhausfirma Hermann Tietz in die Preisgestaltung des Einzelhandels, insbesondere der Warenhäuser, einen guten Einblick hat, als Beitrag zu der jetzt viel erörterten Frage, ob der Einzelhandel der Senkung der Großhandelspreise hinreichend gefolgt sei. Der Problematik von Preisvergleichen, wie sie der Verfasser anstellt, sind wir uns wohl bewußt. Wir glauben aber, daß der Versuch, für die Urteilsbildung Tatsachenmaterial beizubringen, auf jeden Fall Beachtung verdient, auch wenn den folgenden Darlegungen nicht in allen Einzelheiten beizupflichten ist.

Der Wochenbericht des „Instituts für Konjunkturforschung vom 2. Juli 1930 (Nr. 14) veröffentlicht eine recht wertvolle Materialsammlung für die Beurteilung der viel erörterten Frage, ob es möglich sei, durch bewußte Eingriffe in die Preis- und Lohngestaltung die gegenwärtige Depression in möglichst kurzer Zeit zu überwinden. Bei der Erörterung der Einzelfrage „Rohstoffbaisse — Fertigwarenpreise — Lebenshaltungskosten“ fällt folgender Satz auf:

„Wenig Klarheit besteht darüber, ob der Rückgang der Rohstoffpreise und der Großhandelspreise sich in einem entsprechenden Grad auch in den Einzelhandelspreisen und in den Lebenshaltungskosten ausgewirkt hat. Vielfach wird — zum Teil wohl mehr gefühlsmäßig — die Ansicht vertreten, daß der Preisrückgang an den Großhandelsmärkten den Verbrauchern zum Teil nicht zugute komme, sondern durch eine Erweiterung der Verarbeitungs- und Verteilungsspanne aufgefangen worden sei.“

Wie „gefühlsmäßig“ in der Tat diese Auffassung ist, und wie wenig sie den tatsächlichen Vorgängen auf der letzten Stufe der Güterverteilung entspricht, beweist besser als jede Theorie eine Gegenüberstellung von Preisen aus den Inseraten der mir nahestehenden Firma aus den Monaten Mai bis Juni 1914 und aus den gleichen Monaten des Jahres 1930. Es waren angeboten:

	1914	1930
	M	RM
Lebensmittel		
Kalbschnittzel	2,30	2,50
Kalbskeule	1,10	0,98
Junge Gans	1,65	1,05
Suppenhühner	2,10	1,05
Edamer Käse	0,80	0,85
Schweizerkäse	0,78	0,80
Stachelbeeren	0,35	0,35
5 Pfund neue Kartoffeln	0,50	0,44
Kabeljau	0,14	0,14

	1914	1930
	M	RM
Schellfisch	0,22	0,22
Gurke	0,50	0,44
Erdbeeren	0,55	0,40
Kakao (Päckchen)	0,65	0,58
(Pfund)	2,10	1,05
Reis	0,18/0,23	0,19/0,23
Sultaninen (Pfund)	0,60	0,50
Auszugsmehl	1,25	1,20
Viktoriaerbsen	0,18	0,17
Steinbuscher	0,95	0,80
Salat (2 Köpfe)	0,15	0,15
Apfelwein	0,58	0,48
Kohlrabi (Mandel)	0,15	0,15
Weiß- und Wirsingkohl	0,07/0,10	0,07/0,10
Bundaale (Bund)	0,42	0,30
Ölsardinen (Dose)	0,30	0,25
Spargel	0,15/0,75	0,08/0,75
Fruchtsäfte (Flasche)	0,95	0,95

Textilien

Vollvoile	1,25	0,90
Washkunstseide	1,10	0,95
Bastseide	2,—	2,25
Wollecrêpe	3,90	2,65
Voilekleid (ähnliche Form)	14,50	9,75
Damen-Seidenflorstrumpf	0,90	0,90
Damenstrumpf aus Baumwolle	0,45/0,58 ¹⁾	0,50 ²⁾
Herrensocke, meliert	0,55	0,50
Oberhemden, weiß, mit Fältchen	2,90	2,90
Selbstbinder	0,75	0,58
Herren-Flanellhosen	12,—	11,90
Herren-Sporthemd	12,50	9,50
Badehandtücher, Frotté	0,95	0,68
Bademantel	9,25	8,75
Badehaube, Naturgummi	1,25	0,20
Damenhemd mit Stickerei	0,95	0,78
Wollmousseline	0,45	0,48
Mädchenhemden, 55—70 cm	0,95	0,95
Hausschürzen	0,75/0,95	0,95
Kinderschürzen	1,45	0,95

1) Ohne verstärkte Sohle.
2) Mit verstärkter Sohle.

Haushaltsartikel	1914	1930
	M	RM
Tasse	0,18	0,16
Teller, flach	0,57	0,50
Teller, tief	0,55	0,50
Kaffeekanne	0,95	0,95
Bratenplatte	0,95	0,95
Waschgarnitur	5,90	5,90
Bahnkoffer, 80 cm, Sperrholz	26,—	24,—
Rasierapparat mit Klinge und Etui	4,50	0,95
Fliederseife, 6 Stück	1,—	0,90
Zahnbürste	0,25	0,25
Aluminiumschmortöpfe	0,95	0,95
Einkochapparat	8,—	4,90
Eimer	0,65/0,75/0,95	0,75/0,95

Wenn ich auch nur Zahlen aus dem mir nahestehenden Betrieb zu geben vermag, so werden die Verhältnisse in den ähnlich gelagerten Betrieben bestimmt nicht anders sein, so daß ihnen ein allgemeiner Vergleichswert zugesprochen werden kann. Gewiß lassen sie nicht ohne weiteres erkennen, in welchem Ausmaß der Einzelhandel einer Preissenkung der Vorlieferanten gefolgt ist. In dieser Beziehung darf ich mich jedoch darauf beschränken, auf die Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung in seiner eingangs erwähnten Untersuchung hinzuweisen. Aus der Gegenüberstellung der Rohstoff- und Großhandelspreise für diejenigen Waren, deren Einzelhandelspreise die Bewegung der Indexziffer der Lebenshaltungskosten bestimmen, ergibt sich nämlich, „daß sich der Rückgang der Rohstoffpreise bereits zum größten Teil auf die Einzelhandelspreise und Lebenshaltungskosten ausgewirkt hat. Vielleicht ist auf einzelnen Gebieten noch ein gewisses Nachziehen der Einzelhandelspreise zu erwarten; doch wird sich diese Abwärtsbewegung, soweit sie von der Rohstoffseite her ausgelöst ist, in recht engen Grenzen halten“. Danach ist dem gegenüber dem Einzelhandel erhobenen Vorwurf, er habe den Preisrückgang auf den Großhandelsmärkten den Verbrauchern nicht in genügendem Ausmaß zukommen lassen, der Boden entzogen. Die oben von mir wiedergegebenen zahlreichen Preisvergleiche scheinen mir aber darüber hinaus in mehr als einer Hinsicht Beachtung zu verdienen.

Zunächst einmal überrascht im Hinblick auf die amtliche Indexziffer der Lebenshaltungskosten die Feststellung, daß bei einer ganzen Anzahl von Bedarfsgütern, die für die Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen von ausschlaggebender Bedeutung sind, *das Preisniveau der Vorkriegszeit erreicht, zum Teil sogar unterschritten ist*. Das bedeutet zugleich die Feststellung einer verstärkten Kaufkraft breiter Verbrauchermassen, deren Einkommen nicht nur absolut, sondern auch relativ eine Steigerung erfahren hat.

Sodann ermöglichen die angeführten Zahlen interessante Rückschlüsse auf die *Preisbildung* der Großbetriebe der Warenverteilung. Die Einstandspreise der angeführten Artikel liegen im allgemeinen *nicht* unter der Friedenshöhe, vielfach sogar nicht unwesentlich darüber. Die Handlungskosten der Betriebe sind nicht gesunken; im Gegenteil ist eine

ganze Reihe einzelner Unkostenpositionen gestiegen. Löhne und Gehälter liegen um 60 bis 80 % über dem Friedensstand. Die sozialen Lasten sind nicht nur automatisch im selben Prozentsatz gestiegen, sondern durch den Ausbau der Sozialgesetzgebung darüber hinaus nicht unwesentlich erhöht. Steuern und Abgaben belasten namentlich durch die Anspannung der Gewerbesteuer in den Kommunaletats die Geschäftsunkosten wesentlich stärker als im Jahre 1914, ganz abgesehen von der den Großbetrieben auferlegten hohen Umsatzsteuer von 1,35 %, die teils durch Gesetz, teils infolge vertraglicher Abmachung nicht auf den Lieferanten abgewälzt werden kann. Auch alle übrigen Unkostenfaktoren: Vorspesen (erhöhte Fracht- und Verkehrstarife), Wasser, Gas, Elektrizität, Miete (infolge der Hauszinssteuer), Zinsen usw. sind ausnahmslos höher als in der Vorkriegszeit. Wenn trotz dieser Tatsachen, die als bekannt angesehen werden dürfen, die aus den oben angeführten Zahlenbeispielen ersichtliche Preisgestaltung durchgeführt werden konnte, so war es neben planmäßigen, systematischen Rationalisierungsmaßnahmen nur möglich durch die bewußte Einengung der eigenen Gewinnmarge dieser Betriebe. Tatsache ist, daß trotz der gesteigerten allgemeinen Geschäftsunkosten die Preisspanne der Großbetriebe im Einzelhandel heute niedriger ist als im Frieden, eine Feststellung, die bei der Beantwortung der Frage nach der rationellsten Form der Warenverteilung von ausschlaggebender Bedeutung sein muß.

Schließlich geben diese Feststellungen, die von jedem nachgeprüft werden können, auch Richtlinien für die eingangs schon erwähnte Frage, ob es eines behördlichen Eingriffs in die Preis- und Lohngestaltung bedarf. Die Großbetriebe der Warenverteilung sind der mit Recht allgemein gestellten Forderung jeder nur möglichen Senkung der Lebenshaltungskosten mit allen Mitteln organisatorischer und kalkulatorischer Art nachgekommen. Es bedurfte hierzu keines Eingriffs von dritter Seite. Die neuzeitlich geleiteten Großbetriebe des Einzelhandels haben in ausgeprägtem Verantwortlichkeitsbewußtsein aus eigener Initiative durch einen wirkungsvollen Preisabbau auf eine Steigerung des Reallohns der arbeitenden Schichten hingearbeitet. Eine Steigerung des Verbrauchs und damit eine Befruchtung der Produktion bzw. eine Minderung der Arbeitslosigkeit durch eine der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression in höchstem Maße angepaßte Preiskalkulation darf dabei als eine gewollte Nebenwirkung erwähnt werden. Es erscheint mir aber angebracht zu sein, darauf hinzuweisen, daß diese Preissenkungsaktion der Großbetriebe der Warenverteilung von gewisser Seite nicht ohne Widerspruch geblieben und unter dem Gesichtspunkt des unbequemen Wettbewerbs zum Anlaß genommen worden ist, durch gesetzgeberische Maßnahmen die freie Entfaltungsmöglichkeit dieser Unternehmungen künstlich zu unterbinden. Die *Einführung der Sonderumsatzsteuer* auf Großbetriebe des Einzelhandels war der erste Versuch

in dieser Richtung und muß leider als Symbol einer drohenden wirtschaftsfeindlichen und zugleich verbraucherfeindlichen Wirtschaftspolitik bewertet werden. Die Weiterführung der zahlenmäßig nachgewiesenen Preissenkungsaktion der Großbetriebe hängt deshalb nicht zuletzt davon ab, daß der breiten

Masse der Bevölkerung zum Bewußtsein kommt, um was es sich bei diesen Absichten in Wirklichkeit handelt, und daß Parlament und Behörden erkennen, wo im Hinblick auf die berechtigten Interessen der Verbraucher ihre Aufgabe auf dem Gebiet der Preis- und Lohngestaltung liegt.

Die wirtschaftliche Bedeutung des eurasiatischen Flugverkehrs

Von Dr. H. D. Salinger, Zentralverband der Blech-, Eisen-, Metall- und Stahlwaren-Industrien

Kürzlich hat der Reichsverkehrsminister die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit eines transeurasiatischen Flugverkehrs verneint. Diese Stellungnahme muß auf irrigen Voraussetzungen beruhen; denn die Wirkung einer Fluglinie nach dem Fernen Osten wäre für die deutsche Wirtschaft außerordentlich groß, da die Fahrtdauer von Berlin nach Schanghai auf 2½—5 Flugtage zusammenschrumpfen könnte. Der Verkehr, der in erster Linie als Postverkehr gedacht ist, weist zugleich eine sichere Rentabilität auf. Auf die Bedeutung des ostasiatischen Marktes für die deutsche Wirtschaft hat erst kürzlich eine deutsche Studienkommission auf der Hamburger Exporttagung hingewiesen.

Die Behandlung, die das *Flugverkehrsprojekt Berlin — Moskau — Peking — Schanghai* kürzlich im Haushaltsausschuß des Reichstags erfuhr, hat weite Kreise der Wirtschaft nachdenklich gestimmt. Der Reichsverkehrsminister gab zu dem Plan die folgende Erklärung ab:

„Die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des transeurasiatischen Flugverkehrs muß ich verneinen. Diese Linie Moskau—Peking—Schanghai führt über die ödesten und menschenleersten Gebiete der Erde. Sie würde Reichszuschüsse in einem Umfang erfordern, für die der Etat keinen Raum bietet. Eine deutsch-russische Betriebsgemeinschaft in Verbindung mit diesem Projekt würde uns auch nicht den erwarteten Absatz deutscher Flugzeuge nach Rußland verschaffen, denn dazu ist die russische Luftfahrt-Industrie viel zu entwickelt. Ich lehne es für meine Person ab, den von der Luft Hansa mit der Chinesischen Luftverkehrs-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag zu unterschreiben.“

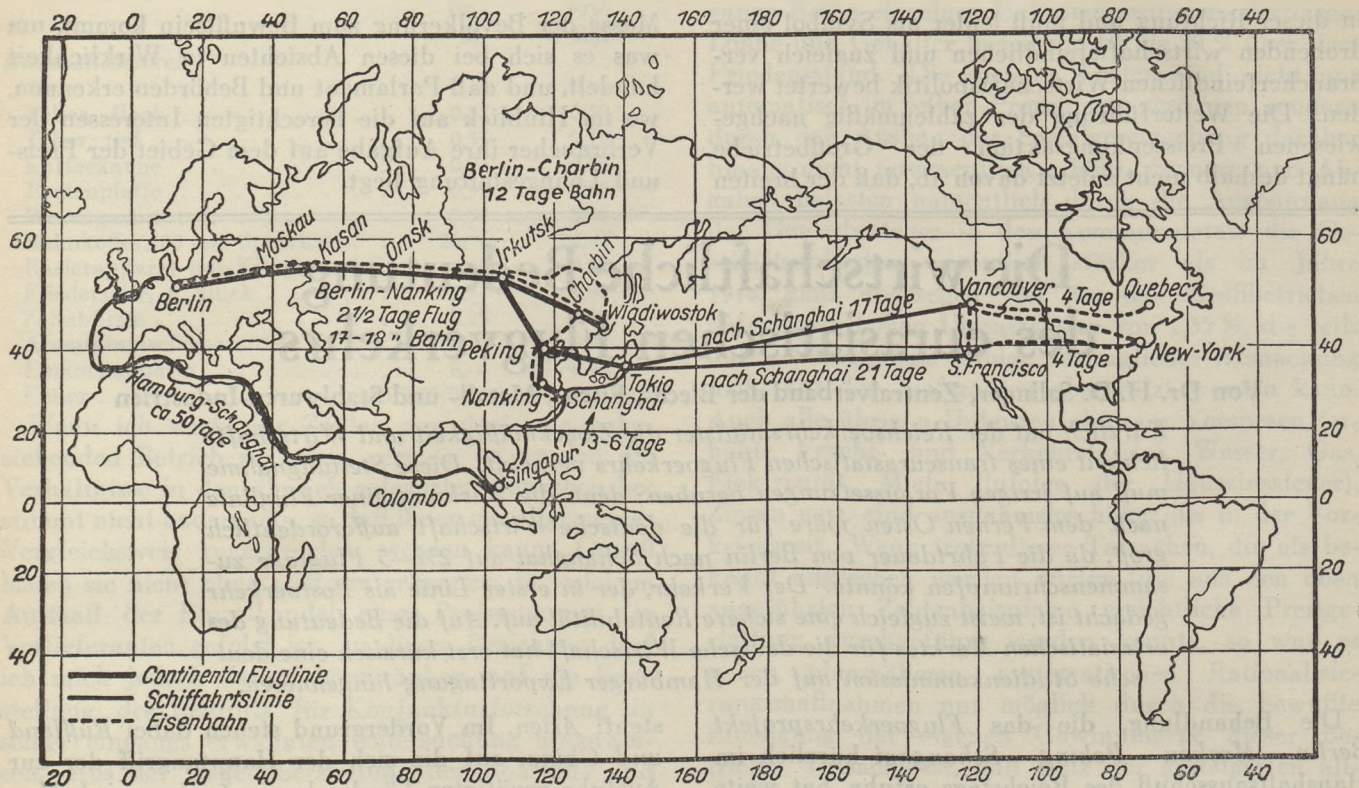
Verlagerung des weltwirtschaftlichen Schwerpunkts

Deutschland steht unter dem *Zwang zu gesteigerter Ausfuhr*, dem nicht ohne weiteres ihre Möglichkeit entspricht. Unter einem ähnlichen Zwang, alle Kräfte zur Steigerung der Ausfuhr anzuspannen, stehen England und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die forcierte Erschließung des Weltmarktes ist für alle drei Länder mehr oder minder zur Existenzfrage geworden. Aber dieser Weltmarkt ist ein imaginäres Terrain, das von den sich industrialisierenden Staaten immer als das Gegenteil dessen angesehen wird, als was es die bereits industrialisierten Staaten betrachten.

Mehr und mehr hat die Überzeugung Raum gewonnen, daß das aussichtsreichste Absatzfeld der Zukunft derjenige Länderkomplex ist, der mit seiner ungeheuren Flächenausdehnung und Bevölkerungszahl erst an der Schwelle der Industrialisierung

steht: *Asien*. Im Vordergrund stehen dabei *Rußland und China*, auf die sich der Hauptangriff der zur Ausfuhr genötigten Länder konzentrieren wird. Man spricht in diesem Zusammenhang seit längerer Zeit von einer Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunktes der Welt; das atlantische Zentrum tritt hinter dem neuen pazifischen Zentrum zurück. Eine kleine Drehung des Globus (vgl. S. 1360) veranschaulicht diesen Gedanken, der sich davon abwendet, Europa in den Mittelpunkt zu stellen und von ihm die Kräfte nach Osten und Westen ausstrahlen zu lassen. Diese Drehung läßt Europa und die Vereinigten Staaten als gleich starke aktive Pole wirtschaftlich und politisch die in sprunghafter Aufwärtsbewegung begriffenen asiatischen Gebiete flankieren. In dem wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder liegt die große Absatzchance der Zukunft, und man weiß bereits, mögen die politischen Verhältnisse heute auch noch ungeklärt sein, um den hohen wirtschaftspolitischen Zukunftswert jener Räume.

Um die Kräfte der gegenwärtigen Ausfuhrstrahlung Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika auf China und Rußland messen und vergleichen zu können, seien im folgenden einige Zahlen genannt: Die *Einfuhr Chinas* aus Europa betrug im Jahre 1926: 580,33, 1927: 408,9 und 1928: 725,7 Mill. RM. Deutschland exportierte nach China 1926: 145,8, 1927: 125,4, 1928: 169,8 und 1929: 185,0 Mill. RM. Großbritannien führte in den gleichen Jahren 334,6, 197,9, 320,5 und 286,2 Mill. RM nach China aus. Demgegenüber war der Export der Vereinigten Staaten nach China 1926: 588,4, 1927: 532,1, 1928: 575,0 und 1929: 522,3 Mill. RM. Diese Zahlen zeigen die Vereinigten Staaten bereits stärker als das gesamte Europa und verdeutlichen, daß Großbritannien eine etwa doppelt so große Ausfuhr nach China besitzt als Deutschland. Bei der *Ausfuhr nach Rußland* steht dagegen Deutschland vorläufig noch an der Spitze, und zwar im Jahre 1926/27 mit 340,6, 1927/28 mit 522,7 und



1928/29 mit 353,9 Mill. RM gegenüber Großbritannien mit 209,7 bzw. 98,1 und 95,7 und den Vereinigten Staaten mit 309,7 bzw. 392,0 und 325,3 Mill. RM. Diese Zahlen erfassen den Export, der nach Rußland über die europäische Grenze ging. Auch die Vereinigten Staaten exportieren also nach Rußland in der Hauptsache über Europa. Die Einfuhr Rußlands über die pazifische Küste sowohl aus Amerika wie aus Europa ist gegenüber der Einfuhr über die trockene Grenze so gering, daß sie in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben kann. Die Kräfteverteilung der Vereinigten Staaten und Europas auf den russisch-chinesischen Märkten wird durch die untenstehenden Bilder verdeutlicht.

Der Vorteil der Amerikaner für ihre Ausfuhrstellung liegt hauptsächlich in der Kreditfähigkeit. Dazu kommt, daß die Vereinigten Staaten durch Hunderte von Millionen aus privaten Stiftungen — man denke an die Rockefeller-Stiftung — in China Universitäts-

ten, Krankenhäuser, Bibliotheken oder technische Lehranstalten unterhalten und durch kulturpolitische Initiative und wirtschaftliche Erziehung ihrem Warenfluß den Weg zu ebnen suchen. Auch Englands wirtschaftliche Stellung in Asien wird durch seine Kreditfähigkeit und seine politische Initiative gekräftigt. Demgegenüber besitzt Deutschland nicht nur eine ausgesprochen schwache Kapitalsituation, sondern ist bis zu einem gewissen Grade auch politisch neutralisiert und zu manchem Verzicht auf politische Initiative in Asien gezwungen. Dazu kommt, daß diesen drei Konkurrenten noch zwei weitere durch ihren günstigen Verkehrsstandort gefährliche Konkurrenten gegenüberstehen: die einheimische Industrie und Japan.

Bei dieser Sachlage gewinnt das Projekt eines regelmäßigen Flugverkehrs zwischen Berlin und dem fernen Osten für die deutsche Wirtschaft außerordentliche Bedeutung.

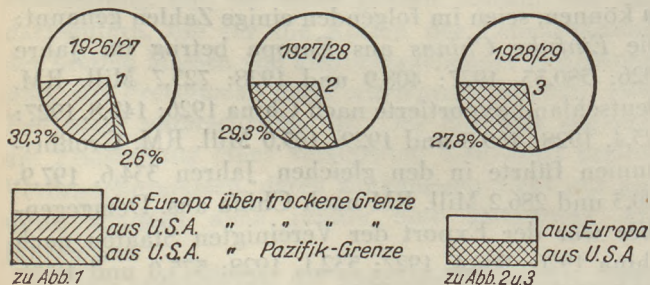


Bild 1: Die Einfuhr Rußlands

Die Gesamteinfuhr Chinas aus Europa ist der chinesischen Statistik entnommen. Die Zahlen umfassen sämtliche europäische Länder. Für 1929 ist noch keine Angabe vorhanden. — Die Ausfuhrzahlen Deutschlands, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten nach China sind den jeweiligen amtlichen Veröffentlichungen der genannten Staaten entnommen. Sie zeigen bei Deutschland eine Zunahme, bei England und den Vereinigten Staaten eine wesentliche Abnahme. — Im Vergleich der europäischen Ausfuhr mit der Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach China ist

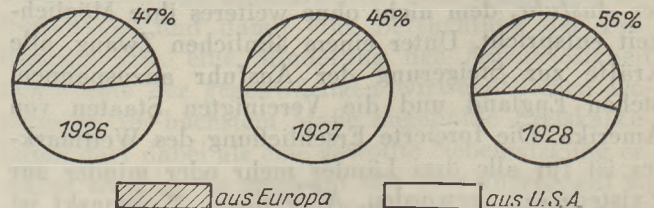


Bild 2: Die Einfuhr Chinas

festzustellen, daß die Vereinigten Staaten 1926 und 1927 stärker waren als die gesamte europäische Ausfuhr, 1928 dagegen beträchtlich hinter der europäischen Gesamtausfuhr zurückgeblieben sind. — Die Einfuhrzahlen Rußlands zeigen auch im Jahre 1928/29 eine Spitzenstellung Deutschlands. In der neuesten russischen Statistik ist eine Trennung nach Ausfuhr über trockene bzw. Pazifikgrenze nicht mehr vorhanden. Für die Jahre 1927/28 und 1928/29 ist daher die Zahl der Vereinigten Staaten als Gesamtzahl der Einfuhr über beide Grenzen gesetzt worden. Da die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nur zu einem Bruchteil über die Pazifikgrenze geht (vgl. Bild 1), dürfte hierin keine allzu große Fehlerquelle liegen.

Neue Nachbarschaft

Zur Orientierung werfen wir einen Blick auf die Karte. Sie zeigt zunächst die bisherige Verteilung des Verkehrsstandorts der einzelnen Länder zu China. Für den Postverkehr stand Berlin und den europäischen Staaten die *sibirische Bahn* zur Verfügung, die bis zu dem Staubecken des chinesischen Handels, dem Umkreis von Schanghai, über Mukden etwa 18 Reisetage brauchte. Die gleiche Strecke wurde von dem Eilfrachtverkehr benutzt. Der normale Frachtverkehr und ein Teil des Postverkehrs benutzte den *Seeweg* und brauchte dazu etwa 50 Tage (eine Frachtsendung von Haus zu Haus hatte eine noch längere Reisedauer). Demgegenüber waren die Vereinigten Staaten von Schanghai im Durchschnitt 21 bis 25 Tage, je nach Lage der Industrie, entfernt. Japan hatte nur mit 5—6 Reisetagen zu rechnen.

Die bekannten Leistungen des Zeppelinfluges haben schlaglichtartig die Bedeutung gekennzeichnet, die der Luftverkehr mit seinem umwälzenden Ineinerschieben weiter Erdstrecken für die Wirtschaft besitzt. Ein regelmäßiger Flugverkehr von Berlin nach China (und zwar nach Schanghai) würde bewirken, daß bereits in seiner Anlaufzeit die Entfernung zwischen Berlin und Schanghai nur fünf Reisetage beträgt und daß diese Entfernung nach drei bis vier Jahren auf *zweieinhalb Tage* zusammenschrumpfen würde. Damit rückt China für Deutschland, gemessen an einer Eisenbahnreise, in die Nähe des Balkans, und gemessen an einer Schiffsreise auf die halbe Entfernung zwischen China und Japan. Es bedeutet, daß Deutschland zum Fernen Osten gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, die vorläufig auf den Seeweg angewiesen sind, einen um rund zwanzig Tage günstigeren Verkehrsstandort besitzt, und daß sein Verkehrsstandort auch noch dann um sieben Tage günstiger ist, wenn die Vereinigten Staaten über Europa die Flugnähe Deutschlands zu China für ihren Wirtschaftsverkehr ausnutzen. Entsprechendes gilt für den Standort Deutschlands zu Zentralrußland und Sibirien.

Die wirtschaftliche Wirkung

Was bedeutet dieser Vorsprung wirtschaftlich? Nur ein geringer Teil des Ostasiengeschäftes läßt sich auf telegraphischem Wege erledigen. Die Einholung und Abgabe spezifizierter Offerten, die Übersendung von Zeichnungen, von Dokumenten oder ausführlichen Nachrichten kann nunmehr mit der Schnelligkeit des Telegraphen erfolgen. Gleichzeitig vermag der teure Telegrammverkehr auf die ungleich billigere Flugpost abzuwandern. Damit werden die *Generalunkosten unseres Handels stark gemindert*, denn die Telegrammspesen stellen heute einen außerordentlich großen Anteil zu den „general expenses“ jedes Ostasienhändlers.

Schnelligkeit der Bearbeitung entscheidet häufig genug das Geschäft. Um mindestens fünfzehn bzw. sieben Tage könnten wir schneller sein als die Vereinigten Staaten. Die Ausdehnung des Luftverkehrs auf bestimmte Eilgüterarten, mit der in kurzer Zeit zu

rechnen wäre, läßt die wirtschaftliche Tragweite des Projekts noch weiter wachsen. Der Kunde verlangt Muster oder Ersatzteile, oder er verlangt Fachleute als Gutachter, deren schnellste Herbeischaffung das Schicksal der Offerte beeinflusst.

Diese Wirkung für die deutsche Wirtschaft wird zwar dadurch beeinträchtigt, daß nicht nur Deutschland, sondern auch seine industriellen Nachbarstaaten, ja sogar die Vereinigten Staaten Nutznießer dieses Flugverkehrs werden. Deutschland, die durchführende Instanz des Projekts, würde aber damit gleichzeitig zum *Knotenpunkt des Verkehrs*, und die Wirtschaftsgeschichte lehrt, daß sich an derartigen Knotenpunkten der Handel massiert. Aus der verkehrspolitischen Zusammenarbeit mit Rußland würde für Deutschland auch ein engerer Arbeitskontakt für die Erschließung der ostrussischen Märkte erwachsen. So würde in mehrfacher Hinsicht die Fluglinie Berlin—Schanghai zu einer Schicksalslinie für unsere Wirtschaft werden.

Die Verwirklichung des Projekts

Man hat in den letzten Jahren hin und wieder von den Vorbereitungen zu einem transeurasischen Luftverkehr gehört. Wie weit sind diese Dinge praktisch gediehen? Bei den im Verhältnis zu der möglichen Nutzlast großen Kosten des Luftschiffbaues bleibt die Durchführung des internationalen Luftverkehrs vorläufig Domäne des Flugzeugs. *Die technischen Vorbereitungen der Luft Hansa und der Russen*, die bis Irkutsk die Strecke mit Dobroflot bereits regelmäßig befliegen, sind bis auf die Vollendung der Bodenorganisation, die eine im Zusammenhang mit dem gesamten Projekt stehende Kapitalfrage ist, bereits so weit vorgeschritten, daß *eigentlich jeden Tag gestartet werden kann*. Auch die Frage der *Rentabilität* erscheint geklärt, wenn man berücksichtigt, daß das für den Dienst in Aussicht genommene Postflugzeug eine Nutzlast von etwa 500 kg Post mitnehmen kann. Durch den Postdienst wird die Frage der Wirtschaftlichkeit entschieden, und seine Möglichkeit wird von allen Stellen, die mit dem Ostasiengeschäft zu tun haben, sei es von Handelskammern oder Exporteuren, ohne Einschränkung bejaht.

Rechnet man mit einer Gebührenbelastung von 100 RM pro kg (d. h. 2 RM für den 20 g wiegenden Brief — reichlich niedrig im Vergleich zu Telegrammspesen, die etwa 3 RM je Wort betragen), so ergibt sich für jeden Flug bei nur 50%iger Ausnutzung der Kapazität, d. h. bei 250 kg Post, eine Bruttoeinnahme von 25 000 RM. Demgegenüber sind die Betriebskosten eines solchen Fluges bei 2 RM je km und etwa 9000 km Strecke mit 18 000 RM zu veranschlagen. 2 RM Kosten je km sind ein höherer Betrag als der deutsche Erfahrungssatz für die in Aussicht genommenen Postflugzeuge, so daß hierin und in den restlichen 250 kg Zulademöglichkeit ein Ausgleich für einen Mindereingang hochwertiger Post enthalten ist, da Güter aller Art zugeladen werden können.

Man sieht also, daß die Einnahmen nicht nur die Betriebskosten decken, sondern darüber hinaus noch

genügend Spielraum lassen, um das investierte Kapital zu verzinsen und zu amortisieren. Aus folgendem mag das noch deutlicher werden: Rechnen wir mit einer Nutzlast von nur 200 kg Post, d. h. für die Rundreise mit 400 kg, so hätten wir bei rund 300 Flugtagen im Jahr eine Gesamtnutzlast von 120 000 kg. Diese Post bringt bei einem Satz von 100 RM je kg 12 Mill. RM. Die Betriebskosten dieses Verkehrs belaufen sich bei 2 RM je km und einer Gesamtjahresleistung von rund 5½ Mill. Flugkm auf etwa 11 Mill. RM. Bei zwei Fünftel Ausnutzung der Kapazität sind also die Betriebskosten des Verkehrs gedeckt, und es verbleibt sogar noch ein Einnahmerest von 1 Mill. RM. Jedes weitere Fünftel ausgenutzte Kapazität bringt eine *zusätzliche Einnahme von rund 6 Mill.*, da die Betriebskosten, ganz gleich wie das Flugzeug ausgenutzt ist, ziemlich dieselben bleiben. 6 Mill. bedeuten eine 8%ige Verzinsung und eine 2%ige Amortisation eines Kapitals von 60 Mill.

Man wird dabei zu berücksichtigen haben, daß auf der 8740 km langen Strecke von Berlin bis Schanghai das Flugzeug *nur mit Kopfstationspost* zu beladen ist, da die Wirtschaftsbasis des Verkehrs durch die beiden Endpunkte gebildet wird. Das würde zugleich möglichst wenig Etappen (vielleicht 6—7) für einen

Staffettenflug ermöglichen und so dem Flugzeug einen großen Aktionsradius, der es Wetterstörungen umfliegen läßt, vorschreiben. Gleichzeitig würden dadurch Bodenorganisationskosten gespart.

Daß bei dieser Sachlage das Luftverkehrsprojekt bisher noch nicht verwirklicht wurde, lag in *politischen Schwierigkeiten* und in den Schwierigkeiten der *Kapitalbeschaffung*. Die politischen Schwierigkeiten ergeben sich aus der Besitzverteilung der geplanten deutsch-russischen bzw. deutsch-chinesischen Gesellschaft. Die Verhandlungen darüber, wem die Bodenorganisation gehören soll, wieviel jeder Beteiligte zu der Finanzierung beizutragen hat und auf welche Weise die Einheitlichkeit der Betriebsführung zu garantieren ist, sind noch nicht abgeschlossen. Diese Schwierigkeiten werden um so leichter überbrückbar sein, je eher das Kapital gefunden ist.

Man beginnt, sich in Wirtschaftskreisen gerade nach dieser Richtung für das Projekt zu interessieren. Um so bedauerlicher bleibt es, daß sich die *Regierung* in einem Augenblick, der durch Abschluß eines Luft-Hansa-China-Vertrages die Verwirklichung des Projekts in greifbare Nähe rücken könnte, am Luftverkehr nach dem Fernen Osten desinteressiert, anstatt die Initiative zu ergreifen.

Glossen

Der Weg in den Wirrwarr

Die Regierung Brüning, die im Zeichen des Artikels 48 der Reichsverfassung ihr Amt angetreten hat und die ihren Mangel an schöpferischen Ideen durch die ständige Drohung mit der Auflösung des Reichstags ersetzen zu können glaubte, hat, wie vorauszusehen war, den Etat schließlich doch nicht durchzubringen vermocht. Die Vorschläge des Ministers Dietrich haben wir in Nummer 27 (S. 1268) geschildert. Sie sind ein Kompromiß, auch in der Hinsicht, daß sie keine völlig ausreichende Deckung der Ausgaben vorsehen und allzu viel der für den Herbst versprochenen einschneidenden Reichsfinanzreform vorbehalten. Dies Programm ist auf Grund des Artikels 48 oktroyiert worden. Man glaubt also, daß durch die Nichtannahme der Deckungsvorschläge „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet“ ist. Neu hinzugekommen ist zu Dietrichs ursprünglichem Programm die *Kopfsteuer* und die *Schankverzehrsteuer* für die Gemeinden, über die hier später noch gesprochen werden soll. Während ihres Bestehens hat die Regierung Brüning, die den Kreisen, die ihr so bereitwillig Vorschußlorbeeren spendeten, schon wegen ihres in Finanzfragen besonders erfahrenen Führers als das Kabinett der großen Finanzreformen galt, nichts anderes getan, als nach den Gruppen und Grüppchen zu schießen, deren Stimmen sie im Reichstag zur Mehrheitsbildung brauchte. Um ein solches Deckungsprogramm zu oktroyieren, hätte man gewiß nicht Monate zu verstreichen lassen brauchen, abgesehen davon, daß ernste Zweifel daran bestehen, ob mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung überhaupt ein Etat zum Gesetz gemacht werden kann. Die Männer, die dem Reichspräsidenten hierzu rieten, sind um

die Verantwortung, die sie damit übernommen haben, nicht zu beneiden. Wie wenig die Regierung *der „parteimäßig nicht gebundenen Minister“* bei den jetzt dem Lande aufgezwungenen Steuermaßnahmen wirklich führend war, zeigt die Trennung in zwei Notverordnungen. Die erste enthält die „Reichshilfe“ der Beamten und Behörden-Angestellten, in die auch die Aufsichtsratsmitglieder einbezogen wurden, die fünfprozentige Erhöhung der Einkommensteuer, die Ledigensteuer, die „Bürgersteuer“ für die Gemeinden und die Verkürzung der Zahlungsfristen bei der Tabaksteuer (in Verbindung mit einer Verlängerung des Kontingents um ein Jahr). Die zweite Notverordnung regelt die Gemeinde-Getränksteuer. Diese Trennung ist erfolgt, weil die Regierung schließlich des Wirrwarrs auch innerhalb der Regierungsparteien nicht mehr Herr werden konnte und befürchten mußte, daß für einen Antrag auf Aufhebung der zweiten Notverordnung auch zur Regierungsgruppe gehörende Parteien stimmen würden. Man kann über den Wert der einzelnen von der Regierung vertretenen Steuermaßnahmen verschiedener Ansicht sein, über das klägliche Ende der monatelangen Bemühungen der Regierung, ihr oftmals abgewandeltes Steuerprogramm im Reichstag zur Annahme zu bringen, kann nur eine Meinung bestehen.

Zinssenkungs-Aktion

Nachdem sich vor einiger Zeit schon der preußische Wohlfahrtsminister sehr nachdrücklich für den Übergang zum 7%igen Pfandbrief ausgesprochen hatte, haben nunmehr im Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen mit den Verbänden der privaten und öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute sowie mit

dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband stattgefunden, deren Ergebnis der einmütige Entschluß gewesen ist, den Übergang zum 7%igen Nominalzinsfuß mit allen Mitteln zu fördern. Die Verbände wollen auf ihre Mitglieder dahin einwirken, daß das künftige Neugeschäft möglichst nur noch auf der Grundlage einer 7%igen Nominalverzinsung vorgenommen wird und daß insbesondere jede öffentliche Werbung für den Absatz 8%iger Werte unterbleibt. Namentlich bei im Kurs hinter den Pfandbriefen zurückgebliebenen Werten soll der Kurspflege erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die Verbände haben sich auch bereit erklärt, eine *Beschränkung der Bonifikationen* und der sonstigen Vermittlungsgebühren herbeizuführen; der Bonifikationssatz von 1½% soll nicht mehr überschritten werden. Man braucht die praktische Bedeutung dieser Aktion, die im wesentlichen nur konstatierenden Charakter tragen kann, nicht überschätzen. Der Übergang zum 7%igen Pfandbrieftyp hat sich ohnehin bereits auf der ganzen Linie vollzogen, und zwar unter fortwährender Steigerung der Emissionskurse, die bei Pfandbriefen jetzt nur noch 1½% unter Pari betragen. Der tiefere Stand der *Kommunalobligationen* und *Stadtanleihen* ist eine seit langem beobachtete Erscheinung, die man nicht von heute auf morgen beseitigen kann, die vielmehr nur durch eine *systematische Hebung des Kommunalkredits* zu beseitigen ist. Übrigens werden trotz des niedrigeren Kurses der Kommunalwerte auch neue Emissionen dieser Art nur zum 7%igen Nominalzins herausgebracht, abgesehen von kleinen Resten 8%iger Umschuldungs-Emissionen, die nicht öffentlich aufgelegt, sondern an die Sparkassen begeben werden. Der Übergang zum 7%igen Nominalzinssatz hat sich also dank der Steigerung der Kurse von selbst vollzogen, ohne eine behördliche Hilfsstellung, die sich nur auf den Nominalzins, nicht auf den Realzins erstrecken kann, weil dieser ausschließlich von den den Angebot und Nachfrage bestimmten Kursverhältnissen abhängt. Trotzdem ist diesen Einwirkungsversuchen ein gewisser Wert nicht abzuspochen, solange sie sich darauf beschränken, vorhandene Entwicklungstendenzen zu verstärken. Die öffentliche Sanktionierung des 7%igen Typs ist nicht ohne psychologische Wirkung, und auch bei der angestrebten Senkung der Emissionskosten und Vermittlungsgebühren ist es möglich, daß durch eine autoritative Stellungnahme Überhöhungen, die sich aus dem Beharrungsvermögen erklären, rascher beseitigt werden.

Fahrpreis-Erhöhung der Reichsbahn

Vor vierzehn Tagen wurde hier über die Ermäßigung der Kohlen-Ausfuhrtarife durch die Reichsbahn berichtet (vgl. Nr. 27, S. 1270). „Die Reichsbahn erniedrigt den Konkurrenten der deutschen Exportindustrien ihre Selbstkosten“, so schrieben wir damals, „in demselben Augenblick, in dem sie angesichts des Einnahmenrückgangs im laufenden Jahr mit der Forderung einer allgemeinen Tarifierhöhung an die Öffentlichkeit tritt.“ Jetzt ist dieser Senkung der Kohlen-Ausfuhrtarife eine *Erhöhung der Personentarife* gefolgt, nachdem sich das Reichsverkehrsministerium aus konjunkturpolitischen Gründen gegen eine allgemeine Frachterhöhung ausgesprochen hatte. Das Maß, um das der Fahrpreis

(vom 1. September an) gesteigert wird, ist zwar gering; schärfste Bedenken muß aber *der unsoziale Charakter* der Einzelbestimmungen hervorrufen. Während die Preise der ersten und zweiten Wagenklasse nur um 3,6% heraufgesetzt werden, findet bei der dritten Klasse eine Erhöhung um mehr als 8% statt. Anlässlich der Tarifreform im Oktober 1928, bei der die vierte Wagenklasse abgeschafft worden war, hatte man die Preise der dritten (nunmehr untersten) Klasse ermäßigt und gleichzeitig durch starke Senkung der Preise für die zweite Klasse eine „Heraufwanderung“ der Reisenden in die oberen Klassen erreicht. Glaubt die Reichsbahn-Gesellschaft, daß eine gleichmäßige Erhöhung der Fahrpreise sämtlicher Klassen zu einer wesentlichen Rückwanderung in die dritte Klasse geführt hätte? Beabsichtigt die Reichsbahn, den minderbemittelten Fahrgästen jenen Vorteil zu entziehen, den sie ihnen seinerzeit bot und der allein die Abschaffung der vierten Klasse einigermaßen erträglich machte? Offenbar muß diese Frage bejaht werden. Eine der wesentlichsten Vergünstigungen war im Jahre 1928 die Beibehaltung der Preise für *Zeitkarten*; die Sätze der früheren vierten Klasse galten seitdem für die Zeitkartenfahrer der dritten Klasse. Bei der neuen Tarifierhöhung hat die Reichsbahn aber die Zeitkartenpreise noch wesentlich stärker heraufgesetzt als die Preise der gewöhnlichen Fahrten dritter Klasse. So liegt der neue Monatskartenpreis — je nach der Entfernung — um 11—19%, der Preis für Arbeiterwochenkarten um 8½—12% über dem bisherigen. Wenn die Mitteilung der Reichsbahn davon spricht, daß die Preise der Zeitkarten um fast 10% unter den neuen Kilometerpreisen der dritten Klasse „bleiben“, so dürfte diese Formulierung dem tatsächlichen Verhältnis kaum gerecht werden; denn bisher war die Differenz größer als 10%. — Mehrfach haben wir dargelegt, daß die Reichsbahn zur Überwindung ihrer gegenwärtigen Finanzanspannung einer Tarifierhöhung nicht bedarf. Auf eine neue, allerdings mehr prinzipiell als materiell bedeutsame *Sparquelle* weist der Reichsverkehrsminister von Guérard in einem Brief an den Präsidenten des Verwaltungsrats der Reichsbahn, von Siemens, hin: „Trotz der von der Reichsbahn selbst betonten schweren Notlage zahlt die Gesellschaft an ihre leitenden Beamten, denen die Ansprüche der Reichsbeamten gesichert sind, *Gehälter*, die diejenigen der gleichgestellten Reichsbeamten ganz außerordentlich übersteigen... Auch die *Leistungszulagen*, denen beim Reich und den Ländern nichts Ähnliches gegenübersteht und die neben dem Betriebspersonal auch an Beamte des Büro- und Innendienstes gewährt werden, entbehren bei der gegenwärtigen Notlage der Reichsbahn, jedenfalls in ihrer jetzigen Höhe, der Berechtigung, da der Verkehr erheblich zurückgegangen ist und deshalb von Spitzenleistungen nicht mehr die Rede sein kann.“ Es scheint, daß die Reichsbahn noch nicht in solchem Umfang auch an kleineren Posten spart, wie sie bisher zu behaupten pflegte.

In jeder Woche beglückt uns das Reichsernährungsministerium mit einem neuen Projekt zur Rettung der Landwirtschaft. Diesmal ist es ein Zoll auf Weizenkleie, der vom Minister Schiele geplant wird. In einer Zeit, in der die Hebung der deutschen Milch-

Weizenkleie-Zoll! Das neueste Schiele-Projekt

wirtschaft allgemein als die wichtigste Voraussetzung für eine dauernde Rentabilität der Landwirtschaft erkannt ist, wird also eine Maßnahme vorgeschlagen, die für die deutsche Milcherzeugung eine schwere Gefahr darstellt. Die Weizenkleie, von der wir schätzungsweise die Hälfte einführen und bei vernünftiger Fütterung einführen müssen, hat in der Molkereiwirtschaft eine Schlüsselstellung inne. Sie ist ein ausgesprochenes „Milchfutter“, d. h. sie hat eine günstige Wirkung auf Beschaffenheit und Menge der Milch. Während sie aber darin vom Ölkuchen immerhin vertreten werden könnte (vorübergehend wollte man sogar Ölkuchen mit einem Zoll belegen!), ist sie in anderer Hinsicht einfach unersetzlich: als Diätfutter. Sie wirkt verdauungsregelnd — im Gegensatz z. B. zur Roggenkleie — und verhütet bei der milchenden Kuh Verstopfung und sich daraus ergebende Krankheitserscheinungen. Diese Wirkung der Weizenkleie ist geradezu unersetzlich bei einer Umstellung der tierischen Ernährung auf Getreideschrot, vor allem auf Roggenschrot, wie sie gegenwärtig vor sich geht. Die Ansichten über die Bekömmlichkeit des Roggens sind schon für die Schweinemast geteilt, noch mehr aber für die Rinderfütterung. Sicher ist, daß die Verfütterung von Roggenschrot einen Wandel in der Ernährungsweise darstellt, an den sich das Tier erst ganz allmählich gewöhnen kann, und es ist widersinnig, ihm in diesem Augenblick das wichtigste Milch- und Diätbeifutter zu entziehen. Die Wirkung kann nur sein, daß die Milch verteuert oder die Menge der Tierkrankheiten gesteigert wird. Man darf annehmen, daß der zweite Fall auch in den Kreisen des Landbundes Entsetzen hervorrufen würde. Eine Verteuerung der Milch scheint dagegen weniger gefürchtet zu sein, weil weite landwirtschaftliche Kreise noch immer unter dem Eindruck der (bereits abebbenden) Milchschwemme dieses Frühjahrs stehen und eine künstliche Verringerung der erzeugten Mengen von Milch, Butter und Käse trotz der nachweisbaren allgemeinen Zuschußbedürftigkeit Deutschlands wahrscheinlich nicht bedauern würden. Es wird allerdings behauptet, daß der Plan zum Weizenkleie-Zoll nicht im Kreis der Landwirte, sondern der Müller entstanden sei, aber die Zustimmung der Landwirte und ihres Ministers bleibt trotzdem unverstänlich. Eine weitere Steigerung der Weizenpreise wird wohl selbst Dr. Schiele nicht vertreten wollen, denn sie liegen zur Zeit bereits erheblich über seinem Durchschnittspreis.

Subventionen für Mansfeld

Die Gruben- und Hüttenbetriebe der Mansfeld AG liegen seit Anfang Juni still, weil ein Einverständnis der Belegschaft zu einem Lohnabbau um 15 % nicht zu erreichen war. Im vergangenen Jahre waren die Löhne nach der Kupferhaube um 12 % heraufgesetzt worden. Die verlangte Lohnsenkung sollte die Selbstkosten dem erzielbaren Erlös, der bei einem Kupferpreissturz von 18 auf 11½ cts je lb erheblich zurückgegangen ist, wieder angleichen. Nach einer Erklärung der Reichsregierung vom 2. Juni entsprach damals das „Gerücht, daß für die Mansfeld AG Reichs- oder Staatssubventionen in Aussicht genommen sind, nicht den Tatsachen“; „grundsätzliche Erwägungen über die Finanzlage“ verböten jede Maßnahme dieser Art. Man darf deshalb einige Ver-

wunderung darüber äußern, daß die Regierung neuerdings zu einer *Subvention* bereit ist. Für diesen Zweck sollen der Gewerkschaft *Consolidierte Stolberger Kupferschieferbergwerke*, die formal Eigentümerin der Mansfelder Kupfergerechtsame ist und deren Kuxe sich im Besitz der Mansfeld AG befinden, die gesamten Kupferschieferbergwerke von Mansfeld übertragen werden. Verhüttung und Verarbeitung der von dieser Gewerkschaft geförderten Erze sollen dann von der Mansfeld AG zu *Selbstkosten* übernommen werden, so daß die Gewerkschaft die Gewinne und Verluste aus dem Verkauf der Kupferfabrikate zu tragen hat. An diese Gewerkschaft geht der *Zuschuß des Reichs*, der aus einem festen und variablen Teil besteht. *Fest ist ein Zuschuß zu den Lohnkosten*. Die Löhne sollen auf Grund einer Vereinbarung mit den Gewerkschaften um etwa 9½ % gesenkt werden; außerdem wird in Höhe von weiteren 5½ % der Lohnsumme ein Reichszuschuß geleistet werden, der sich auf etwa 3 Mill. RM im Jahre errechnen läßt. Noch höher ist der *variable Zuschuß*, der sich nach dem Kupferpreis richtet. Bei den gegenwärtigen Kupferpreisen ist mit einem variablen Zuschuß von über 4 Mill. RM jährlich zu rechnen, so daß der Gesamtzuschuß nicht weniger als *sieben Millionen*, d. h. etwa 70 % der 1929 insgesamt für Steuern und soziale Zwecke von Mansfeld geleisteten Aufwendungen, betragen wird. Der variable Zuschuß wurde zunächst für die Zeit vom 15. Juni bis 31. Dezember 1950 bewilligt, doch soll eine unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers zu bildende Kommission die maßgebenden Unterlagen für die definitive Neuordnung der Löhne und die im Jahre 1951 zu bewilligenden *neuen Zuschüsse* schaffen. Bei einem weiteren Absinken der Kupferpreise, das angesichts der unter 11½ cts liegenden Selbstkosten vieler überseeischer Kupfererzeuger durchaus möglich ist, könnte der variable Zuschuß noch erheblich anwachsen. Diese *Notmaßnahmen* sind das Gegenteil dessen, was Anfang Juni als Auffassung der zuständigen Stellen verbreitet wurde. Damals wurden alle in Aussicht genommenen Erleichterungen (deren Umfang übrigens mit der neuen Subvention nicht zu vergleichen ist) davon abhängig gemacht, daß die Wirtschaftlichkeit der Unternehmung durch Herabsetzung der sonstigen Gestehungskosten sichergestellt werde. „Das Mißverhältnis zwischen Gestehungskosten und Absatzerlös“, hieß es damals sehr richtig, „das bei der Mansfeld AG durch Preisänderungen am Weltmarkt entstanden ist, kann durch Staatsmaßnahmen allein nicht ausgeglichen werden.“ Die Mansfeld AG hatte aus der Unrentabilität des Kupferschieferbergbaus die richtige Konsequenz gezogen, ihr Schwergewicht allmählich in andere Betriebszweige (Kohlenbergbau) zu verlegen. Wenig glücklich aber war ihr Übergreifen in die *Zinkhüttenindustrie*, d. h. der Ankauf von Stollberg-Aktien aus dem Besitz der Großaktionäre von Mansfeld. Abgesehen davon, daß infolge des Kurssturzes dieser Aktien große Abschreibungen notwendig wurden, war der Stolberger Zinkerzbergbau das denkbar ungeeignetste Expansionsobjekt. Anstatt daß Mansfeld den Anschluß an die überseeischen Erzproduzenten suchte, erfolgte eine Anlehnung an den Zinkbergbau von Stolberg, der unter denselben Rentabilitätsschwierigkeiten wie Mansfeld selbst leidet. Wenn Subventionen für Mansfeld aus sozialen Gründen notwendig sind — und angesichts der Lage in Eisleben sind Hilfsmaßnahmen

in der Tat erforderlich —, so dürfen sie doch nur als *Übergangsmaßnahmen* ergriffen werden, mit dem Ziel, neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die Belegschaft vorzubereiten. Wir denken dabei besonders an einen Ausbau der Verarbeitungsstätten von Kupfererz und Rohkupfer, der allerdings nur durch Beteiligung an ausländischen Erzgruben (nach dem Vorbild der Metallgesellschaft) möglich ist. Je mehr Geld in den Kupferschieferbergbau hineingesteckt wird, um so schwieriger wird der Anschluß an die ausländischen Gruben. Die Reichsregierung darf sich keinesfalls mit der primitiven Rechnung begnügen, daß die Subventionssumme kleiner ist als die bei stillliegenden Mansfeldbetrieben zu leistenden Fürsorgezahlungen. Sie hat vielmehr mit der Subvention aus öffentlichen Mitteln die Verpflichtung übernommen, dafür zu sorgen, daß sich in Zukunft derartige Subventionen auf Kosten der Steuerzahler erübrigen. Das Ziel der Subventionen muß die Aufgabe jenes Kupferschieferbergbaus sein, dessen oft behauptete „allgemeinwirtschaftliche Bedeutung“ lediglich darin besteht, daß ein Großbetrieb durch die Entwicklung auf dem Weltmarkt hoffnungslos unrentabel geworden ist.

Die internationalen Zinkverhandlungen Der Zinkpreis, der bereits seit Anfang Mai unter 17 £ je Tonne lag, ist am 1. Juli unter 16 £ gesunken. Die Verhandlungen über eine internationale Verständigung der Erzeuger, die im Juli wieder eingesetzt haben und über die bisher ziemlich optimistisch berichtet wurde, haben diese Abwärtsbewegung kaum verlangsamt. Da sich der Druck der Überproduktion infolge der Elektrolyse-Neubauten verschiedener Erzeuger verschärft (vgl. MdW Nr. 27, S. 1255), geht es bei diesen Verhandlungen hauptsächlich um die *Produktions-Kontingierung*. Als besonders günstiges Moment der gegenwärtigen Verhandlungen hat man die *Teilnahme der Amerikaner* hingestellt. Schon im November vorigen Jahres hatte die American Smelting and Refining Co. (die hauptsächlich am Export interessierte Gesellschaft) dem damals bestehenden Zinkkartell Vorschläge gemacht, doch scheiterte die Verständigung an dem Widerstand der deutschen Hütten, die sich jeder Produktionsbeschränkung widersetzen und als einziges Zugeständnis für die nächsten zwei Jahre eine Vermeidung jeder Produktionserweiterung versprochen. Die Stärke der Amerikaner beruht auf zwei hochmodernen Hütten: In Mexiko hat die amerikanische Firma auf ihren dortigen Gruben, die bisher Zinkerz nach den Vereinigten Staaten oder Europa exportierten, zwei *Zinkelektrolysen* errichtet. Die Kapazität dieser Hütten soll 90 000 t jährlich betragen, eine Menge, die fast ausschließlich im außeramerikanischen Export absetzbar ist und deshalb nur auf Kosten der europäischen Erzeuger untergebracht werden kann. Die Amerikaner nutzen ihre Überlegenheit dadurch aus, daß sie sich eine Exportbeschränkung dieser beiden Hütten hoch bezahlen lassen: Für eine Einschränkung der europäischen *Gesamtproduktion* bieten sie eine *Einschränkung ihres Exports* um 25 %. Abgesehen davon, daß nichts davon bekannt geworden ist, ob die American Smelting and Refining Co. für *alle* amerikanischen Zinkerzeuger spricht, bedeutet dieses Angebot eine Pro-

duktionsbegrenzung in Europa um 25 % oder 180 000 t gegenüber einer amerikanischen Exportbeschränkung um 3200 t oder 0,5 % ihrer Gesamtproduktion. Wenn die europäischen Hütten ihre Erzeugung um diese Menge beschränken, können sie ihrerseits auf jeden Export verzichten, ohne daß die Einschränkungmaßnahmen der Union in nennenswertem Umfange auf die europäische Zinkversorgung zurückwirken würde.

Europäische Zinkerzeugung	718 000 t
Vorgeschlagene Einschränkung um 25 %	179 500 t
Zinkausfuhr nach Außereuropa	10 000 t
Europa-Absatz der europäischen Erzeuger	708 000 t
Zinkeinfuhr nach Europa	101 000 t
Zinkverbrauch Europas	809 000 t
Zinkausfuhr der Vereinigten Staaten	12 700 t
Vorgeschlagene Einschränkung um 25 %	3 200 t

Da die Amerikaner ihre eigene Erzeugung kaum vermindern werden, würde nach ihrem Vorschlag zwar der Überfluß auf dem europäischen Markt beseitigt werden, nicht aber der Druck auf dem amerikanischen Markt. Die Zinkpreise in den Vereinigten Staaten würden deshalb wohl kaum die Preissteigerung der europäischen Märkte mitmachen, die sich zweifellos aus einer 25 %igen Produktionsbeschränkung in Europa ergeben würde. Noch unwahrscheinlicher ist es, daß die amerikanischen Zinkproduzenten außerhalb der Guggenheim-Gruppe die günstige Gelegenheit zum *Zinkexport* ungenutzt vorübergehen ließen. Das Angebot der American Smelting and Refining Co., im Falle der Annahme ihres Vorschlages den europäischen Hütten mexikanische *Erze* zur Verfügung zu stellen, ist kein besonders großes Entgegenkommen. Den Verarbeitungsgewinn, der den Amerikanern bei einer Beschränkung des Zinkexports entgeht, wollen sie offenbar durch Erzverkauf teilweise wieder hereinholen. — Das amerikanische Angebot war von vornherein *auf zwei Jahre begrenzt*, d. h. auf dieselbe Zeitspanne, für die die deutschen Hütten seinerzeit eine Einstellung jeder Produktionserweiterung zugesagt hatten. Berücksichtigt man noch, daß die *belgische Vieille Montagne* auf der einen Seite zwar Anhängerin des Kartells ist, andererseits aber ihre Zinkelektrolyse in Viviez (Südfrankreich) erheblich erweitert, so erscheinen die *Kartellbestrebungen für Zink wenig aussichtsreich*. Die Schwierigkeiten, die sich bei Beginn der zum 15. Juli anberaumten Verhandlungen ergaben, waren so groß, daß man die Eröffnungssitzung auf den 19. Juli verschieben mußte.

Belgische Beteiligung bei Hirsch-Kupfer Die von der Hirsch-Gruppe vor kurzem noch dementierte Mitteilung, daß ein Aktienpaket der Hirsch-Kupfer- und Messingwerke AG an die Union Minière du Haut Katanga verkauft worden sei (vgl. Nr. 20, S. 942), wird nunmehr bestätigt. Die Hirsch-Gruppe kann zwar darauf verweisen, daß nicht sie die Verhandlungen darüber geführt habe, sondern ein ihr nahestehendes Bankenkonsortium, also wahrscheinlich die Danat-Bank, aber sie wird nicht ganz ohne Kenntnis der Vorgänge gewesen sein. Diese Methode der „Publizität“ scheint uns wenig geschickt zu sein; was konnte es dem Unternehmen schaden, wenn die Beteiligung der Belgier bekannt wurde? Die Transaktion kann für Hirsch von großem

Vorteil sein, auch für die Gruppe, die heute noch nach ihrer Angabe die Majorität des Aktienkapitals in der Hand hat. Die Übernahme durch die Belgier ist offenbar zu einem guten Kurs erfolgt, das Interesse von Haut Katanga muß also recht groß gewesen sein. Hirsch-Kupfer hat im letzten Geschäftsjahr ungefähr 46 000 t Fabrikate hergestellt. Davon besteht ein erheblicher Teil aus Messingfabrikaten, nur ein kleinerer Teil aus Kupferfabrikaten. Der Kupferbedarf der Gruppe darf also nicht etwa nach der Gewichtsmenge der Fabrikate-Erzeugung berechnet werden; er ist erheblich niedriger. Man kann ihn für das vergangene Jahr wohl ungefähr auf 30—34 000 t schätzen. Bei voller Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Anlagen dürfte der Verbrauch noch wesentlich höher sein. In jedem Fall ist Hirsch-Kupfer einer der größten europäischen Kupferverarbeiter, und wenn das Unternehmen jetzt an den bisher größten außer-amerikanischen Kupferproduzenten Anschluß gefunden hat, so ist die natürliche Grundlage der Beziehung ohne weiteres als gegeben anzusehen. Dazu kommt noch, daß sich die Interessen der beiden ausländischen Großaktionäre von Hirsch, des britischen Chemietrusts, der gleichzeitig der größte englische Metallverarbeiter ist, und der Katanga-Gruppe, in der Amalgamated Metal Corporation treffen. Von dieser wiederum führen Verbindungen zur deutschen metallverarbeitenden Industrie (über die Metallgesellschaft). Man kann bereits in großen Zügen erkennen, wie sich die beiden bedeutendsten Werke der deutschen metallverarbeitenden Industrie, Hirsch-Kupfer und die neugegründete Vereinigte Deutsche Metallwerke AG, auf dem Umweg über ausländische Aktionärgruppen einander nähern. Es würde nicht überraschen, wenn diese Entwicklung in absehbarer Zeit auch nach außen hin sichtbar wird.

Zweierlei Maß der Gelsenkirchener Bergwerks AG

Die Gelsenkirchener Bergwerks AG hat im abgelaufenen Jahr eine Reihe bedeutsamer Transaktionen durchgeführt. Sie hat im Wege der Fusion die *Adler AG für Bergbau* (Kapital 7,28 Mill. RM) und die *Essener Steinkohlenbergwerke AG* (Kapital 52,5 Mill. RM) übernommen, hat ferner eine Minorität der *Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb* (Kapital 205 Mill. RM) erworben und sich an der neu gegründeten *Ruhrstahl AG* beteiligt. Diese Erweiterung des Tätigkeitsgebiets wurde ohne Kapitalerhöhung durchgeführt. Die Fusion mit Adler war allerdings im wesentlichen nur noch eine Formalität, denn etwa 90 % des Kapitals waren schon vor Beginn des letzten Jahres von Gelsenkirchen angekauft worden. Immerhin waren aber zum Umtausch der restlichen Adler-Aktien noch einige Hunderttausend Mark Gelsenkirchener-Aktien notwendig. Die Verschmelzung mit Essener Steinkohle fiel dagegen in das abgelaufene Jahr. Etwa 28 Mill. Aktien wurden von der Henschel-Gruppe gegen bar erworben, wofür etwa 42 Mill. RM aufgewandt wurden. Für den Umtausch des Restes dürfte die Bereitstellung von etwa 20—25 Mill. Gelsenkirchen-Aktien notwendig gewesen sein. Der Erwerb des Phönix-Pakets erfolgte im wesentlichen im Tausch gegen Aktien der Vereinigten Stahlwerke, zum Teil auch gegen Barzahlung. Die Beteiligung an der Ruhrstahl AG wurde

erst im neuen Jahr abgerechnet. Man hätte erwarten dürfen, daß der jetzt vorliegende Geschäftsbericht von Gelsenkirchen Aufschluß darüber bringen würde, wie es möglich gewesen ist, die für Umtauschzwecke benötigten annähernd 25 Mill. eigene Aktien ohne Kapitalerhöhung zu beschaffen, wie ferner die mehr als 42 Mill. RM Barmittel für Expansionszwecke beschafft wurden, welche Zinsen dafür bezahlt werden müssen usw. Ferner hätten die Aktionäre berechtigten Anspruch zu erfahren, wie sich der direkte Besitz an Aktien der Vereinigten Stahlwerke vermindert hat. Von alledem erwähnt der Bericht kein Wort. Man sieht nur, daß sich der Passivsaldo des Kontokorrents um etwa 77 Mill. RM vergrößert hat, insbesondere durch Erhöhung der langfristigen Verpflichtungen um etwa 57 Mill. RM. Dafür sind die Anlagen um etwa 56 Mill. RM und die Beteiligungen um etwa 15 Mill. RM erhöht. Wie sich aber die Schulden-erhöhung im einzelnen erklärt, was davon z. B. auf Rücklieferungsverpflichtungen für geliehene eigene Aktien entfällt, wie sich jetzt ferner das Beteiligungs-konto im einzelnen gegen früher zusammensetzt, das brauchen die Aktionäre offenbar nicht zu wissen. Anscheinend geht die Verwaltung von der Erwägung aus, daß die Aktionäre ihr Geld ja schon dem Unternehmen anvertraut haben. Publizität wird aber nur dort geübt, wo man noch Geld *aufnehmen will*. Wenn nun die alten Geldgeber im eigenen Land sitzen und die zukünftigen im Ausland, so scheut man sich nicht, es darauf ankommen zu lassen, daß die inländischen Aktionäre ihre Informationen *aus dem Ausland* beziehen müssen. Kurz vor der Veröffentlichung der deutschen Bilanz ist in *Amerika* ein umfangreicher *Prospekt* der Gelsenkirchener Bergwerks AG veröffentlicht worden. In Deutschland sind die Bemühungen, ein Exemplar dieses Prospekts, der doch schließlich in Deutschland verfaßt sein muß, zu erlangen, gescheitert. Man hat sich also aus Amerika den Inhalt jenes Prospekts herüberkabeln lassen müssen, und da dieser Weg nicht gerade billig ist, hat man in Deutschland nur einen kurzen Auszug aus dem Prospekt kennengelernt. Dieser Auszug ist aber viel aufschlußreicher als der ganze Bericht, der den deutschen Aktionären vorgelegt wurde. Dort wird mitgeteilt, daß das erworbene Phönix-Paket nominell 82,45 Mill. RM beträgt, daß dafür rund 60 Mill. RM Aktien der Vereinigten Stahlwerke neben einer nicht bekannten Barzahlung hingegeben wurden, so daß sich der Bestand an diesen Aktien von rund 312 Mill. auf 250,5 Mill. RM vermindert hat. Ferner geht aus jenem Kabel hervor, daß sich die Gesellschaft zur Durchführung der verschiedenen Umtauschtransaktionen bei der Danat-Bank nom. 7,5 Mill. RM eigene Aktien geliehen hat, wobei die Rücklieferungsverpflichtung mit 150 % als Passivum eingesetzt ist. Daß die amerikanische Öffentlichkeit solche Angaben erhält, während man in Deutschland ihre Herausgabe verweigert, ist auch ein Beitrag zum Thema: Pflege des Aktienmarkts.

Als sich vor einigen Jahren die Forderungen nach einer Aktienreform in der Öffentlichkeit verstärkten, richteten die Reformgegner im Lager der Bankwelt einen Blitzableiter auf, indem sie die *Zulassungsstellen* der Börsen in den Vordergrund schoben. Diese

beschlossen auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Tagung, in Zukunft auf Vermeidung des Mißbrauchs der Stimmrechtsaktien und auf eine Verbesserung der Publizität hinzuwirken, und das sollte genügen, um die Reformwünsche illusorisch erscheinen zu lassen. Dem Zweck entsprach die Praxis bei der Durchführung dieser Beschlüsse. Zwar wurde in allzu krassen Fällen das Mehrstimmrecht der Vorzugsaktien ermäßigt, aber niemals ganz abgeschafft, obwohl ein Beweis für seine Notwendigkeit im Interesse der Gesellschaften — nicht der Verwaltungen — in der Öffentlichkeit in keinem Fall angetreten wurde. Auch die Publizitätsverbesserungen waren von bescheidenem Wert, weil sie sich auf die Prospekte beschränkten. Vorschriften für die Fassung der Jahresberichte zu machen, erklärte man für unmöglich, weil die Kompetenz der Zulassungsstelle mit der Genehmigung des Prospekts ihr Ende finde. Da die öffentliche Kritik nicht locker läßt und die „Gefahr“ eines gesetzlichen Eingriffs zunimmt, hat man diesen Grundsatz aber wieder aufgegeben. Seit einiger Zeit verlangen die Zulassungsstellen von den Gesellschaften bei der Prospektgenehmigung die Zusage, daß die im Prospekt gegebenen *Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinnrechnung* in Zukunft auch in die Jahresberichte aufgenommen werden. Daß ihre Macht groß genug ist, dieses Verlangen auch gegenüber widerstrebenden Verwaltungen durchzusetzen, hat jetzt die Frankfurter Börse im Fall Waldhof bewiesen. Die *Zellstofffabrik Waldhof* hat bei der Zulassung ihrer letzten Emission von 10 Mill. Stammaktien im August vorigen Jahres die üblich gewordene Verpflichtung auf sich genommen, sich aber trotzdem bei der Bilanzveröffentlichung im Mai auf ihr gewohntes Schema beschränkt. In der Öffentlichkeit wurde das bemerkt — auch wir haben bei der Bilanzbesprechung in Nr. 21 darauf hingewiesen —, und die Frankfurter Börse forderte die Gesellschaft auf, das Versäumte nachzuholen. Der Vorstand des Unternehmens entschuldigte die Unterlassung der Erläuterungen mit einem Versehen und erklärte sich bereit, in Zukunft die verlangten Aufschlüsse im Bericht zu geben, verweigerte aber zunächst eine nachträgliche Veröffentlichung für das abgelaufene Jahr, obwohl er sie in der Generalversammlung zwanglos hätte geben können. Die Börse fand sich aber erstaunlicherweise damit nicht ab und drang auch mit ihrem Standpunkt durch — sei es nun, daß die Direktion sich selber eines Besseren besonnen hat oder daß die neben der Gründerfamilie im Aufsichtsrat vertretene DD-Bank sie belehrte. Jedenfalls teilte kürzlich die Direktion in einer besonderen Veröffentlichung in den Pflichtblättern der Gesellschaft die Ergänzungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung mit. Das Bild, das man bei der Bilanzveröffentlichung selbst schon gewinnen konnte, wird durch die neuen Mitteilungen nicht verändert, sondern nur präzisiert. Man wußte schon aus dem Bericht, daß Waldhof die noch nicht verbauten Gelder der *finnischen Tochtergesellschaft* in Verwaltung genommen hat; jetzt erfährt man, daß es sich am Jahresende um knapp 16 Mill. RM handelte und daß infolgedessen die Bankguthaben 11½ Mill. und die Bankschulden 2½ Mill. betragen. Es bestätigt sich auch die Vermutung, daß die schlechten Erfahrungen, die in dem langen Winter 1928/29 mit der Holzzufuhr gemacht wurden, zu einer etwas stärkeren Eindeckung mit Holz Veranlassung gegeben

hatten — wie bei den anderen Firmen der Branche, und daß die Vorratserhöhung im wesentlichen hierauf zurückgeht. Neu ist, daß die deutschen Tochtergesellschaften vermehrte Finanzierungsansprüche stellten; ihre Schulden bei der Konzernfirma stiegen seit Ende 1928 um 2¼ Mill., während ihre Guthaben um 1 Mill. abnahmen. Wichtiger als die Einzelheiten, die durch die Ergänzung bekannt wurden, ist die Tatsache, daß die Kontinuität in den Veröffentlichungen gewahrt ist und daß die Zulassungsstelle ihren berechtigten Anspruch durchgesetzt hat. Zu bedauern ist nur, daß man ihn nicht von vornherein auch auf die Angaben über den Umsatz ausdehnte, hier wie bei anderen Gesellschaften. Wenn die Reform des Aktienrechts durch kleine Verbesserungen, wie sie im Falle Waldhof erreicht wurden, auch nicht überflüssig wird, so behalten diese doch ihre Bedeutung als Zeichen dafür, daß allmählich auch die Börsen- und Bankkreise die Dringlichkeit von Verbesserungen auf dem Gebiet der Publizität erkennen.

Verlustabschluß der Henschel & Sohn AG

Die Henschel & Sohn AG, Kassel, hat mit großer Verspätung ihren Bericht für das Ende 1929 abgelaufene erste Geschäftsjahr veröffentlicht. Er enthält eine recht abgekürzte Gewinnrechnung, aus der Unkosten, Zinsen, Buchgewinne usw. nicht zu ersehen sind. Nach 2,7 Mill. RM Abschreibungen ergibt sich ein *Verlust von rund 2 Mill. RM* bei 45 Mill. RM Kapital. Dieser Verlustausweis kann nicht überraschen. Das Schwergewicht der Gesellschaft liegt im *Lokomotivbau*, und die Krise dieses Industriezweigs ist bekannt. Auch der *Lastwagenbau* hat sich in letzter Zeit nicht mehr so gut entwickelt wie in den vorangegangenen Jahren, weil jetzt allgemein die Industrie mit Anschaffungen ebenso zurückhält wie die Behörden. Dennoch kann man wohl diesen Verlust nicht *nur* als Folge der schlechten Konjunktur ansehen. Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Jahr zweifellos Fehler gemacht; zunächst hat sie eine gewisse Zickzackpolitik betrieben, die für das Unternehmen nicht sehr vorteilhaft war. Die Angliederung der Lokomotivfabrik *Maffei* schlug fehl; bei der Wiederabstoßung mußte auf 4 Mill. RM Forderungen verzichtet werden, wobei allerdings noch eine gewisse Aussicht bestehen mag, diesen schweren Verlust durch den Prozeß mit der Familie Maffei teilweise wieder auszugleichen. Im Zusammenhang mit dem Maffei-Geschäft und seiner späteren Preisgabe hat bei Henschel bekanntlich auch die Führung gewechselt; der gerade erst neu gewonnene Generaldirektor ist wieder ausgeschieden. Diese Personalveränderung bedeutet für die Gesellschaft mehr als den Ersatz einer Persönlichkeit durch eine andere, sie bedeutet einen grundlegenden Wandel in der geschäftlichen Einstellung. Der ausgeschiedene Dr. Canaris wollte expandieren und emittieren, also die Gesellschaft zum Grundstock eines Konzerns machen; die gegenwärtige Leitung strebt im Gegensatz dazu das alte Ideal einer hundertprozentigen Familiengesellschaft an und ist bereit, im Interesse dieses Ideals die Geschäfte so zu beschränken, wie die eigene Finanzkraft es erlaubt. Solche grundlegenden Umkehrungen der ganzen Zielsetzung müssen natürlich zeitweise für die Gesellschaft von Nachteil sein, z. B. dadurch, daß bereits erfolgte In-

vestierungen wieder preisgegeben werden müssen. Im Geschäftsbericht werden die Auswirkungen dieser Sinnesänderungen sichtbar. Sie sind im einzelnen schon bekannt: die Gesellschaft hat die *Henrichs-Hütte* und die Majorität der *Essener Steinkohlenbergwerke* verkauft und damit ihren Umfang ganz wesentlich verkleinert. (Wieweit Buchgewinne aus diesem Verkauf vorweg zur Verlusttilgung verwandt worden sind, vermag man nicht zu erkennen.) Die Bilanz ist infolgedessen verhältnismäßig liquide, wenn auch nicht so liquide, wie mancherorts vielleicht erwartet worden war. Die Debitoren und Barmittel von 57,3 Mill. RM übersteigen die Gesamtverpflichtungen von 56,8 Mill. RM nicht erheblich, wobei allerdings etwa 8 Mill. RM Verpflichtungen langfristige sind und ein gewisser Betrag auch auf Anzahlungen entfallen mag. Die Anlagen, die jetzt nur noch die Kasseler Betriebe umfassen, stehen in der Bilanz mit 22,4 Mill. RM, die Vorräte mit 23,5 Mill. RM zu Buch.

**Fusion
Reichardt-Stollwerck**

Die Verhandlungen über den Verkauf der Schicht-schen Schokoladen-Interessen in Deutschland, über die wir vor knapp zwei Monaten berichteten (vgl. Nr. 21, S. 988), haben zu einem Abschluß geführt: Die *Gebr. Stollwerck AG* in Köln hat sich zur Übernahme entschlossen. Die neuerdings zum Margarinekonzern Unilever gehörende Schicht-Gruppe hat also ihr branchenfremdes Anhängsel aus der Zeit vor dem Zusammenschluß mit den holländischen und englischen Konzernpartnern abgestoßen. Ob dieser Verkauf mit Verlust für sie verbunden war, weiß man in der Öffentlichkeit noch nicht, und vielleicht nicht einmal im Kreis der Beteiligten. Denn vorläufig ist das Geschäft — wie es scheint — nur zum Teil abgeschlossen. Daß die Mitteilung der Verwaltungen keine volle Klarheit gebracht hat, ist um so bedauerlicher, als auf beiden Seiten auch *freie Aktionäre* interessiert sind, bei Stollwerck direkt und bei Schicht indirekt über Unilever. Es hieß nur, daß die Geschäftsbetriebe der Reichardt-Werke an Stollwerck übergehen und als selbständiges Unternehmen weitergeführt werden; das Reichardt-Werk in Wandsbek arbeite zunächst im bisherigen Rahmen weiter. Offen bleibt noch die Frage, was nach der Übergangszeit aus der Wandsbeker Fabrik werden wird. Es ist denkbar, daß der Geschäftsbetrieb von Reichardt unter Stollwercks Regime selbständig bleibt, ohne daß jedoch der Fabrikationsbetrieb weitergeführt wird. Die Überkapazität in der Schokoladenindustrie läßt eine solche Regelung als sehr wohl möglich erscheinen. Als eine Industrie für den Massenluxus wird die Schokoladenindustrie von der Arbeitslosigkeit und der aus ihr erwachsenen Kaufkraftminderung großer Konsumentenschichten stark in Mitleidenschaft gezogen. So könnte es bei dem Geschäft mit Schicht für Stollwerck einen Hauptanziehungspunkt bedeuten haben, daß die Herstellung einiger weiterer Marken — Reichardt fabrizierte auch für Joh. Gottlieb Hauswaldt und für die Gaedke AG — die Beschäftigung der kürzlich vergrößerten Eigenbetriebe Stollwercks erleichtert. Sichereres weiß man aber hierüber noch nicht, es bleibt die Möglichkeit offen, daß die Betriebe in Wandsbek nicht nur „zunächst“, sondern auf die Dauer fortgeführt werden,

zumal auch sie vor zwei Jahren überholt und modernisiert worden sind. Wahrscheinlich trifft man das Richtige, wenn man annimmt, daß Stollwerck vorläufig *die Marken und das Geschäft von Reichardt, Hauswaldt und Gaedke gekauft hat und die Herstellung zunächst für einige Zeit in Wandsbek fortführt*, um dann erst zu entscheiden, ob auch der Betrieb übernommen wird. Die *Bezahlung erfolgt nicht in Aktien*; diese Art des Entgelts wäre zwar für die Gebr. Stollwerck AG bequem gewesen, da sie noch einen Posten Vorratsaktien im Besitz hat; aber sie hätte nicht dem Zweck der Schichtgruppe entsprochen, der es auf die endgültige Abstoßung des Schokoladengeschäfts ankam. Andererseits hätte eine einmalige *Barabfindung* manche Schwierigkeiten für Stollwerck mit sich bringen können, da die Freigabegelder zum Teil verbaut sind und eine Aktienemission nicht in Betracht kommt. So hat man sich anscheinend auf eine kleinere einmalige Zahlung neben weiterlaufenden *Raten* für mehrere Jahre geeinigt. Interessant werden die *Auswirkungen* dieser neuen Konzentration in der Schokoladenindustrie sein. Nachdem sich vor einiger Zeit Nestlé die „Sarotti“ AG angegliedert und mit seinen deutschen Interessen vereinigt hat, sind Stollwerck-Reichardt und Nestlé-Sarotti weit aus die beiden größten Konzerne der Branche. Vielleicht werden sie dadurch ermuntert, die Konzentration weiterzutreiben und vor allem das in den letzten Jahren ständig fortschreitende Vordringen der großen Markenfabriken auf Kosten der lokalen Marken und der Schokoladen ohne Marke zu forcieren.

**Die Entwicklung der
Beamten-Warenhäuser**

In der Betätigung des *Michael-Konzerns* ist eine bemerkenswerte Verlagerung des Schwergewichts von den Grundstücks- und Finanzinteressen zum Einzelhandel festzustellen, zu einem Einzelhandel besonderer Art: dem Beamten-Warenhausgeschäft, dessen stürmische Entwicklung hier wiederholt geschildert worden ist. In welchem Umfang sich Michael in diesem Geschäftszweig engagiert hat, wird durch die in der vergangenen Woche veröffentlichte Bilanz der *Emil Köster Deutsche Beamten-Einkaufs AG* illustriert. Dieses Unternehmen ist die Einkaufsfirma der *Debewa*, die bis vor kurzem „Deutsche Beamten-Warenversorgung GmbH“ firmierte und nach einem langen Register-Streitverfahren, in dem sie unterlag, ihren Namen in „Deutsche Bekleidungs-Warenhaus GmbH“ änderte. Die Emil Köster AG verfügt ferner seit Ende 1928 über die Aktienmajorität der *Bekleidungs-Gesellschaft für Deutsche Beamte AG*, die früher der verkrachten Bank für Deutsche Beamte nahestand. Tatsächlich ist aber die Emil Köster AG mehr als Einkaufsfirma; sie hat auch die Abrechnung für die Debewa und trägt den Gewinn und Verlust; die Debewa ist lediglich ihr Kommissionär. In den Bilanzen der Emil Köster AG und der Bekleidungs-Gesellschaft spiegelt sich deshalb das ganze, vom Michael-Konzern betriebene Beamten-Warenhausgeschäft wieder, das übrigens in Deutschland keine wesentliche Konkurrenz (im engeren Sinne) zu bekämpfen hat. Bei der Finanzierung des in schnellem Tempo wachsenden Unternehmens hat sich Michael ursprünglich eine gewisse Beschränkung auferlegt; sie erfolgte zum größten

Teil nicht durch den Michael-Konzern, sondern durch die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-AG. Nach dem Zusammenbruch der Favag mußte Michael selbst einspringen, denn andere Geldgeber waren damals nicht aufzufinden. Das scheint sich im großen und ganzen auch bisher nicht geändert zu haben, und die zahlreichen Verkäufe von Aktienpaketen, die Michael in den letzten Monaten vorgenommen hat, dienen wohl hauptsächlich der Befriedigung des Geldbedarfs für das Beamten-Warengeschäft, das für den Konzern — neben dem Hausbesitz — der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht zu werden scheint. Ohne weiteres ist das Engagement Michaels aus den Bilanzen freilich nicht zu erkennen. Man weiß, daß das gesamte Aktienkapital der Emil Köster AG, das am Bilanzstichtag, dem 31. Dezember 1929, 5 Mill. RM betrug und im Januar 1930 eine Verdoppelung auf 10 Mill. RM erfuhr, im Besitz des Michael-Konzerns ist. (Gerüchte, daß die Leonhard Tietz AG, mit der seit Ende 1928 ein Einkaufs-Anschlußvertrag besteht, auch kapitalmäßig an der Köster AG Interesse genommen habe, sind kategorisch dementiert worden.) Den 5 Mill. Aktienkapital standen aber am Bilanzstichtag, abgesehen von 1,5 Mill. RM Hypothekenschulden, nicht weniger als rund 47 Mill. RM Verbindlichkeiten gegenüber, die sich folgendermaßen verteilten:

Bankschulden	17,08 Mill. RM
Akzente	20,99 „ „
Gläubiger	9,31 „ „

Inzwischen haben sich die Bankschulden infolge der Kapitalerhöhung um 5½ Mill. RM verringert. Es ist anzunehmen, daß ein erheblicher Teil der Verbindlichkeiten beim Michael-Konzern eingegangen wurde. Bei den Akzepten dürfte es sich hauptsächlich um echte *Lieferantenschulden* handeln, denn es ist bekannt, daß die Emil Köster AG ihre Lieferanten mit Akzepten bezahlt. Der Umfang des Akzeptkredits, der mehr als das Doppelte des mit 10,24 Mill. RM ausgewiesenen Warenbestandes beträgt, läßt auf die Beanspruchung eines ziemlich langen Zahlungsziels schließen. Daß wohl auch die *Leonhard Tietz AG* im Zusammenhang mit dem Einkaufsvertrag an der *Finanzierung mitwirkt*, wurde bereits bei der Bilanzbesprechung dieser Gesellschaft erwähnt (vgl. Nr. 27, S. 1285) — das mag auch die Ursache jener Gerüchte sein, die oben erwähnt wurden. Alle diese Mittel mußten zur *Finanzierung des Ratengeschäfts* herangezogen werden, das die Beamten-Warenhäuser bekanntlich betreiben. Schuldner erscheinen in der Bilanz der Emil Köster AG mit 36,7 Mill., bei der Bekleidungs-Gesellschaft mit 3,5 Mill. RM. Der *Gesamtumsatz* der angegliederten Unternehmungen betrug im Jahre 1929 80 Mill. RM; die Anzahl der Kaufhäuser stieg auf 21. Die *Dividende* wurde bei einem trotz des erheblich gestiegenen Umsatzes fast unveränderlichen Bruttogewinn (21,8 Mill.) und Reingewinn (0,47 Mill.) von 10 % auf 6 % herabgesetzt. Diese Maßnahme scheint mit der Reorganisation der Bekleidungs-Gesellschaft zusammenzuhängen, bei der offenbar erhebliche Verluste aufgedeckt wurden. Wichtiger als die Dividendeneinnahmen sind für den Michael-Konzern wohl die Gewinne aus der Finanzierung des Unternehmens und die Chancen, die seine weitere Entwicklung bietet. Allerdings hat diese Entwicklung im laufenden Jahr eine Verlangsamung erfahren.

Eine Untersuchung über das Zugabewesen

Die Veröffentlichung der Untersuchung über „Das Zugabewesen“, die in der *Forschungsstelle für den Handel, Berlin*, durchgeführt wurde, kommt leider etwas post festum. Die Entschließungen des Reichswirtschaftsrats, für dessen Beratungen die Untersuchung eine Grundlage bildete, sind bereits vor einiger Zeit bekannt geworden (vgl. Nr. 23, S. 1072). Immerhin kommt die Veröffentlichung nicht zu spät, denn der Kampf um die Zugabe geht weiter und wird wohl erst seinen Höhepunkt erreichen, wenn die Anträge der Zugabegegner im Reichstag zur Verhandlung kommen. Unabhängig vom Tagesstreit der Meinungen wird die Arbeit ihren Wert als die erste umfassende und objektive Darstellung des Zugabewesens behalten. Bedeutsam erscheinen uns vor allem das Kapitel über „Begriff und Abgrenzung der Zugabe“, die Ausführungen über die „Zugabe im Ausland“ (ein volles Zugabeverbot gibt es in Dänemark, ein Verbot der Ankündigung in Österreich), die erschöpfende Aufzählung der Erscheinungsformen der Zugabe sowie die betriebswirtschaftlichen und statistischen Unterlagen. Nach einer Kritik der bisher versuchten Definitionen des Begriffs „Zugabe“ kommt die Arbeit zu dem Schluß, daß von einer Zugabe beim Zusammentreffen folgender Punkte gesprochen werden könne:

1. Es muß eine Hauptleistung vorliegen, von der die ohne Sonderberechnung erfolgende Gewährung der Zugabe abhängt; Hauptleistung wie Zugabe brauchen nicht Waren zu sein.
2. Die Zugabe muß wirtschaftlich selbständig sein.
3. Die Zugabengewährung darf sich nicht als eine besondere Form der Preisbemessung darstellen (Geld- oder Warenrabatt).

Den *Güterumsatz, der unter Verwendung von Wertreklame erfolgt*, schätzt die Untersuchung für das Jahr 1929 auf 600—800 Mill. RM. Er verteilt sich etwa folgendermaßen:

Margarine	50 %
Malzkaffee und andere Kaffee-Ersatzmittel	25 %
Nährmittel	12,5 %
Seife	5 %
Putzmittel	2,5 %
Verschiedenes	5 %

Nehme man an, daß vom Gesamtumsatz durchschnittlich 5—7 % für „Wertreklame“ aufgewendet werden, so gelange man zu dem Ergebnis, daß die Obergrenze der in Deutschland betriebenen Wertreklame-Aufwendungen bei 56 Mill., die Untergrenze bei 30 Mill. RM im Jahr liege. Der mutmaßliche Ladenpreis der zugegebenen Artikel liege um rund 30 % höher. An diesen Summen seien folgende Zugabengruppen schätzungsweise beteiligt:

Porzellan und Steingut mit etwa	30 %
Glas mit etwa	15 %
Blechwaren für den Haushalt, Bestecke mit etwa	15 %
Kinderspielzeug mit etwa	15 %
Lederwaren mit etwa	10 %
Verschiedenes (Textilien, Uhren, Schmuck usw. mit etwa	15 %

Bei einem geschätzten Aufwand für Wort- und Anschauungsreklame von rund 1 Milliarde betragen die *Kosten der Zugabereklame* nur 3—6 % der Wortreklame. Das Ergebnis der Untersuchung über das Verhältnis zwischen dem Wert der Hauptware und dem der Zugabe haben wir schon in Nr. 15 mitgeteilt

(„Kampf um die Zugabe“): der Wert der Zugabe schwankt zwischen etwas über 0 % und 25 %, in der Regel zwischen 5 und 15 %. — So wertvoll diese Berechnungen und die übrigen Feststellungen der Arbeit auch sind, für die *wirtschaftspolitische* Entscheidung der Zugabefrage gibt sie nur wenig Handhaben. Sie beschränkt sich in dieser Hinsicht vielleicht allzu vorsichtig auf die Wiedergabe aller Argumente der Zugabegegner und -freunde. Dazu kommt noch, daß die Untersuchung in wichtigen Fragen zu keinem eindeutigen Ergebnis geführt hat: Ein bestimmter Zusammenhang zwischen Preiswürdigkeit und Art der Reklame ließ sich nicht feststellen. Die Frage, ob Qualitätsverschlechterung und Preiserhöhung im Gefolge der Zugabengewährung einzutreten pflegen oder nicht, konnte keine Beantwortung erfahren. Letzten Endes kann eben das Zugabeproblem zwar durch statistische und betriebswirtschaftliche Untersuchungen in mancher Beziehung geklärt, aber nur durch *volkswirtschaftliche* Überlegungen gelöst werden, wie sie hier wiederholt anzustellen versucht wurden.

Österreichische Anleihe

Man schreibt uns aus *Wien*: „Drei Jahre hat sich Österreich um eine Anleihe beworben — so lange hat es gedauert, bis es gelang, die finanziellen Fesseln abzustreifen, die ihm durch das Friedensdiktat, die Lebensmittel-Hilfsaktion und das Genfer Sanierungswerk auferlegt wurden, und um den politischen Widerstand Italiens (wegen der Südtiroler Frage) zu überwinden. Das Ziel ist nun erreicht worden. Die österreichische internationale Anleihe wird als nächste nach der Young-Anleihe und vor allen anderen Anleihen, die bereits angekündigt sind, ausgegeben, allerdings nur eine Tranche und zu harten Bedingungen. Die gesamte Anleihe beträgt 725 Mill. S., der erste Abschnitt, der in England, Italien, Holland, Schweden, der Schweiz und in Österreich aufgelegt wird, hat einen Nennwert von 439 Mill. S., ergibt jedoch nur einen Erlös von rund 397 Mill. Die Verzinsung beträgt 7 %, die Laufzeit 27 Jahre, der Übernahmepreis etwa 90 % und der Begebungskurs 95 % — in Österreich ist er wegen der wegfallenden Stempelgebühren etwas höher. Eine Konversion kann erst nach fünf Jahren vorgenommen werden, und zwar zu 103 %. Für Österreich ergibt sich aus diesen Bedingungen eine Belastung von rund 8,3 % (gegen 6,75 % bei der Young-Anleihe), für die Zeichner eine Rendite von 7,7 % (gegen 6,4 %). Die Zeit ist für Anleihen nicht sehr günstig. Die Young-Anleihe hat gezeigt, daß für langfristige Anlagen Geld noch immer nicht im notwendigen Maße vorhanden ist, und ihr Ergebnis bildete nicht gerade eine gute Werbung für die folgenden Emissionen. Über diese ungünstigen Vorbedingungen hinaus hat man aber Österreich neue Schwierigkeiten gemacht. Frankreich hat noch immer nicht das Reliefabkommen ratifiziert, es hat deshalb auch abgelehnt, an der Emission teilzunehmen. Die Gründe dafür sind nicht ganz klar, angeblich bestehen sie darin, daß Österreich die Aufwertung der Wiener Stadtanleihe von 1902 und der Waldviertelbahn-Obligationen noch nicht mit den französischen Gläubigern geregelt hat. Die französischen Interessen bei diesen Anleihen sind aber nicht so groß, daß damit die Schwierigkeiten, die Österreich bei der An-

leihe gemacht wurden, völlig erklärt werden könnten. Es ist anzunehmen, daß auch politische Gründe mitgespielt haben. Vielleicht hat auch die auffallende Unterstützung Österreichs durch Italien die französische Zurückhaltung herausgefordert. Österreich hat die harten Bedingungen der Anleihe hinnehmen müssen, weil es das Geld braucht für *Investitionen der Post, der Bundesbahnen, für den Ausbau des Telephon- und Telegraphennetzes*. Aber die Regierung Schober braucht die Anleihe auch aus innenpolitischen Gründen; sie hat sie so oft versprochen, daß sie sich ohne den Anleiheerfolg nicht lange hätte halten können. Ihre Anleihenöte, die sie von der Regierung Seipel geerbt hat, sind auch noch nicht ganz behoben. Die internationale Anleihe hat eine zwölfmonatige Anleihesperre zur Bedingung. Nun muß aber Österreich in nächster Zeit noch seine Wohnbauanleihe von rund 45 Mill. S. unterbringen. Wie dies geschehen soll, ist eine ungelöste Frage.“

Überwindung der rumänischen Ölkrise?

Man schreibt uns: „Die Krise der rumänischen Erdölindustrie, die durch eine jahrelange Welt-Petroleumkrise und durch ein System fiskalischer Belastungen, durch Überschuldung und Kapitalnot verschärft wurde und in letzter Zeit in eine schlimme Überproduktions- und Absatzkalamität ausartete, scheint einer raschen Lösung entgegenzugehen. Die in Rumänien tätigen Zweiggellschaften der Weltkonzerne Koninklijke-Shell und Standard Oil Co. of New Jersey; die Astra Romana und die Romano-Americana, haben an alle rumänischen Unternehmungen der Rohölgewinnung und -verarbeitung ein Rundschreiben gerichtet. Danach soll die *Rohölförderung* auf ein den Bedürfnissen entsprechendes Maß *eingeschränkt* werden, wogegen sie sich bereit erklären, die überschüssigen Exportmengen an Fertigprodukten zu übernehmen. Das Paktangebot ist an die Bedingungen geknüpft, daß es von Produzenten, die über mindestens 95 % der Rohölausbeute verfügen, angenommen wird und daß die Annahme spätestens bis zum 19. Juli 1930 erfolgt. Falls diese Voraussetzung erfüllt wird, soll das Abkommen bereits am 21. Juli in Kraft treten. Seine Durchführung ist so gedacht, daß alle Produzenten, deren Tagesförderung 100 t täglich nicht überschreitet, ihre Sonden nach einem bestimmten Plan drosseln. Der Plan wird monatlich in Übereinstimmung mit dem jeweiligen Bedarf aufgestellt und soll erstmalig für die Zeit vom 21. Juli bis 31. August 1930 in Funktion treten. Grubenbesitzer mit mehr als 100 t täglicher Ausbeute haben die das freie Minimum übersteigende Menge in einem bestimmten Verhältnis einzuschränken. Andererseits nehmen die Konzernfirmen von den Raffineuren die vorgesehenen Mengen an Benzin, Leuchtöl, Gasöl, Schmieröl und Rückständen ab, und zwar die Romano-Americana 297 000 t, die Astra Romana 237 000 t jährlich. Die Übernahmepreise werden auf Grund der durchschnittlichen Weltmarktnotierungen während der letzten drei Monate, d. h. der amerikanischen fob Golf-Preise, festgesetzt. — Da die rumänischen Produzenten schon seit längerer Zeit bemüht sind, der Überproduktion durch eine planmäßige Restriktion zu steuern, und da das neue Anerbieten der verheerenden Preisbaisse ein Ende bereiten würde, kann nicht daran gezweifelt werden, daß das Ange-

bot angenommen wird. Ist das der Fall, so bedeutet es nicht nur eine grundsätzliche Wendung in der Entwicklung der rumänischen Petroleumindustrie, sondern auch eine entscheidende Etappe auf dem Wege zur *Regelung der Weltproduktion* und damit zur Konsolidierung der Erdölmärkte. Nachdem die Vereinigten Staaten seit November 1929 unter den größten Schwierigkeiten ihre Förderung einigermaßen stabil halten und gleichzeitig auch die Produktion des zweitwichtigsten Öllandes, Venezuelas, unter ihre Kontrolle bringen konnten, blieben als bedeutsame Störungsfaktoren auf dem Weltmarkt nur Rußland und Rumänien. Die übrigen reichen Produktionsgebiete: Persien und Niederländisch-Indien, sind praktisch gedrosselt, weil die sie beherrschenden Konzerngruppen (Anglo-Persian Oil im ersteren, Koninklijke-Shell im letzteren) die Ausbeute nach den jeweiligen Marktbedürfnissen regulieren. Auch die Stoßkraft des russischen Exports wird in wesentlichem Ausmaß von den laufenden Lieferungsverträgen mit der Standard Oil of New Jersey und Vacuum Oil einerseits, dem britischen „Combine“ (Koninklijke-Shell—Anglo American-Oil—Anglo Persian—Burmah Oil) andererseits aufgefangen, und soweit dies nicht der Fall ist, befehligen sich die Russen auf den meisten kontinentalen Absatzmärkten einer wohlwollenden Neutralität. Verbleibt also nur die *rumänische* Produktion, die mit ihrem bedrohlichen Anschwellen während der vergangenen Monate (auf über 500 000 t monatlich gegen 400 000 t im Jahresdurchschnitt 1929) zu einer katastrophalen Überfüllung des verfügbaren Tankraumes führte. Von der Raffinerieverarbeitung Rumäniens können nur etwa 30 % im Inland abgesetzt werden, die Hauptmengen bleiben also auf die Ausfuhr angewiesen. Die Preise sanken deshalb auch in einer Zeit, die saisonmäßig im Zeichen eines steigenden Verbrauchs steht, mit der sonst also auch feste Notierungen Hand in Hand gehen. Außerdem drohte von Rumänien her eine Unterminierung des Systems der *konventionsmäßigen Bindungen*, in das sich die Treibstoffwirtschaft der meisten europäischen Länder während der letzten Jahre eingefügt hat. Aus dem Zwang heraus, diese Gefahr einer Beunruhigung der europäischen Absatzmärkte abzuwehren, ist das Paktangebot der in Rumänien tätigen Exponenten der Trusts zu erklären, das zugleich den ölpolitischen Sinn hat, die Lücke in der Reihe der Länder mit geregelter Förderung zu schließen und damit die Weltrestriktion der Erdölgewinnung zu vollenden.“

Die amerikanische Zahlungsbilanz

Die Beträge, mit denen die amerikanische Wirtschaft in die Weltwirtschaft eingeflochten ist, sind zwar klein, wenn man sie an der Größe der binnenwirtschaftlichen Vorgänge mißt: Nur 6 % des Gesamtverbrauchs an Waren und Diensten beziehen die Vereinigten Staaten aus dem Ausland, rund 6 % ihrer gesamten Wertbeschaffung liefern sie an das Ausland, nur 1 % aller Einkommen stammen aus ausländischen Zinseinnahmen, und kaum 5 % der Ersparnisse werden im Ausland angelegt. Als Spitzenbeträge sind diese Beträge aber sowohl für die amerikanische Wirtschaft als auch für die mit ihr in Verbindung stehenden Länder von entscheidender Bedeutung. Die Union ist eine noch junge Gläubigernation. Der größte Teil ihres Kapitalexports findet Ausgleich in dem Zu-

stromausländischer Gelder auf den Effektenmarkt. Der Rest wird zum überwiegenden Teil, aber im Durchschnitt der Nachkriegszeit nicht völlig, durch Zinsgänge oder auf ähnliche Weise ausgeglichen. Nur im Rekordjahr 1928 überstieg der Nettokapitalexport mit fast 1 Milliarde die Zinseinnahmen um mehr als das Doppelte. Der in der Nachkriegszeit ständig festzustellende Überschuß in der Bilanz der Waren und Dienstleistungen ist ebenfalls ein Ausgleichsposten für den Kapitalexport. Insofern stammt ein Teil des Kapitalexports auch per Saldo aus binnenwirtschaftlichen Erträgen der Vereinigten Staaten. Weltwirtschaftlich bedeutsam sind diese Beträge aber weniger wegen ihrer Größe als wegen der starken *Schwankungen*, denen sie unterworfen sind. Das Jahr 1929 brachte einen starken *Rückschlag des Kapitalexports* um mehr als $\frac{1}{2}$ Milliarde \$ auf etwa 40 % des vorjährigen Betrages. Die unelastischen Eingänge von Zinszahlungen usw. waren in diesem Jahre größer als der Kapitalexport. Dabei zeigt die — um die Dienstleistungen erweiterte — Handelsbilanz immer noch einen, wenn auch stark verminderten Aktivsaldo. Immerhin ist bemerkenswert, daß die Einfuhr und die sonstige Inanspruchnahme auswärtiger Leistungen, besonders im Reiseverkehr, stärker gewachsen sind als die Ausfuhr. Aber diese Posten sind nicht so beweglich, daß sie die Schwankungen der Kapitaltransaktionen ausgleichen können. Die Eingänge aus Zinszahlungen und die Forderungen aus dem Warenverkehr und den Dienstleistungen führten angesichts des gesunkenen Kapitalexports zu einer starken Passivität der Goldbilanz, während das Vorjahr mit einem bedeutenden Goldexport abschloß. Die Vereinigten Staaten haben in den 15 Monaten von August 1928 bis Oktober 1929 rund 3 % des Weltgoldbestandes an sich gezogen; Ende des vorigen Jahres, nach dem Börsenkrach, ergab sich wieder ein Goldabstrom. Kapital- und Goldtransaktionen haben gegenüber den relativ stetig sich entwickelnden übrigen Posten der Zahlungsbilanz die stärksten Schwankungen aufzuweisen. Für den Weltkapitalmarkt und die Währungspolitik entstand hieraus eine schwere Beunruhigung. Zustrom und Abstrom vom amerikanischen Kapitalmarkt werden nämlich nicht allein durch die nur langfristig und nicht so sprunghaft wechselnden Zinsdifferenzen, sondern auch von den Spekulationschancen auf dem New Yorker Effektenmarkt beeinflußt. Das Auf und Ab an der amerikanischen Börse ist dadurch zu einem bedeutsamen Faktor der weltwirtschaftlichen Lage geworden.

Die Hauptposten der amerikanischen Zahlungsbilanz

		(Mill. Dollar)		Durchschnittlich	1928	1929
		1922—1924	1925—1927	1922—1927		
Waren- und Dienstleistungen ¹⁾	Ausfuhr	4619	5393	5920	6016	
	Einfuhr	4398	5323	5678	5937	
	Saldo	+221	+70	+242	+79	
Zins- u. sonst. Zahlungen ²⁾	Eingänge	795	939	1181	1272	
	Ausgänge	532	573	773	867	
	Saldo	+263	+366	+408	+405	
Kapitaltransaktionen	Debet	385	385	2795	2418	
	Kredit	650	884	3729	2791	
	Saldo	-265	-499	-934	-373	
Goldbewegungen	Ausfuhr	*	*	629	245	
	Einfuhr	*	*	357	365	
	Saldo	-248	+61	+272	-120	
Differenzen ³⁾	Saldo	+28	+2	+12	+9	

¹⁾ Frachten, Passagierverkehr, Touristenausgaben, Versicherung, Gebühren für Filme, Kabel, Patente, elektrischen Strom usw.

²⁾ Kriegsschuldzahlungen, andere Regierungstransaktionen, Rücksendungen der Einwanderer, Beträge für wohltätige Zwecke usw.

³⁾ Einschl. der Bewegung von Papiergeld.

Der Gesetzentwurf über die Golddiskontbank

Die Umwandlung der Deutschen Golddiskontbank in ein *Exportinstitut*, die gleichzeitig mit der Gewährung eines Bezugsrechts auf Golddiskontbank-Aktien an die Anteilseigner der Reichsbank vorgenommen wird, macht eine *Änderung des Golddiskontbank-Gesetzes* notwendig. Der Entwurf des Gesetzes beschränkt sich darauf, den *formalen Rahmen* für das neue Institut zu schaffen, während die *materielle* Entwicklung vollständig von der Geschäftsführung abhängt. Als Hauptaufgabe der Bank wird die Exportförderung durch Finanzierung mittelfristiger Geschäfte bezeichnet; kurzfristige Finanzierungen werden jedoch keineswegs ausgeschlossen und sind auch unerlässlich, wenn die Bank ihr Eigenkapital von einer Viertelmilliarde RM — auch nach Fälligkeit der noch in ihrem Besitz befindlichen Hypothekarschuldscheine der Rentenbank-Kreditanstalt — voll für ihre neue Aufgabe verwenden will. Allerdings gerät die Golddiskontbank bei der Gewährung kurzfristiger Exportkredite auf das *Terrain der privaten Bankwelt*, das sie wohl lieber meiden möchte. Das Institut soll, um den Kreditnehmern die verteuerte — das Risiko des Kreditgebers verminderte — Bankunterschrift zu ersparen, auch Wechsel mit nur *zwei Unterschriften* hereinnehmen können. Im übrigen hat man keine Abgrenzung des Geschäftskreises vorgenommen, weder nach Terminen noch nach Regionen. Zweifellos wird die Golddiskontbank versicherten oder reichsgarantierten Exportkrediten besondere Aufmerksamkeit widmen. Schon damit ergibt sich ein *Zusammenhang mit dem Reich*, das eine Vertretung im Aufsichtsrat erhalten soll und an dessen Zustimmung Satzungsänderungen gebunden werden. Auch ist ein Verkauf von Golddiskontbank-Aktien aus dem Portefeuille der Reichsbank nur mit Zustimmung des Reichs möglich. Ähnlich wie der beratende Ausschuß bei der Exportkreditversicherung wird auch hier ein *fünfzehnköpfiger Beirat aus Vertretern von Industrie und Handel* gebildet, der die Golddiskontbank bei ihrer Geschäftspolitik beraten soll. Die *Reichsbank*, die nach wie vor Hauptaktionär bleibt, wird nur im Aufsichtsrat vertreten sein, stellt aber im Interesse der Spesenersparnis weiterhin ihren Apparat für die Golddiskontbank zur Verfügung. Wie seinerzeit bei der Abfassung des Abfindungsangebots an die Reichsbank-Anteilseigner versprochen wurde, sollen die *Aktien börsenfähig* werden. Erfreulich ist, daß man von der im bisherigen Gesetz festgelegten Prospektfreiheit keinen Gebrauch machen will. Auf diesen Prospekt, der eine Vorstellung von den Ertragsaussichten des Instituts gewähren muß, darf man gespannt sein. Einstweilen ist nicht zu übersehen, wie die Golddiskontbank, wenn sie sich auf risikofreie Geschäfte beschränkt, in den weiten Rahmen hineinwachsen kann, der ihr gespannt ist. Sie darf Schuldverschreibungen bis zum fünffachen Betrag ihres Kapitals und der Reserven ausgeben, ganz abgesehen von der Inanspruchnahme in- und ausländischer Rediskontkredite.

Annahme des Aufwertungs-Moratoriums

Der Gesetzentwurf über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken, den wir in Nr. 26 ausführlich besprochen haben, ist im Reichstag mit geringen Änderungen, die der Rechtsausschuß angebracht hat, angenommen worden. Die Einwände, die hier und an anderen Stellen gegen den Entwurf geltend gemacht wurden (vgl. zuletzt die Ausführungen von Reichsgerichtsrat Sontag in Nr. 28 des MdW), sind leider zum größten Teil nicht beachtet worden. Die Industrie-Obligationen wurden in die neue Zinsregelung nicht einbezogen, obwohl dies von fast allen Sachkennern und dem größten Teil der Öffentlichkeit gefordert worden war. Die Bestrebungen, auch noch die Anwendung der neuen Gesetzesbestimmungen auf die Tilgungshypotheken zu beseitigen, haben erfreulicherweise keinen Erfolg gehabt. Das Gesetz erstreckt sich auf Kündigungs- und Tilgungshypotheken. Für diese ist nur insofern eine Sonderregelung erfolgt, als die Reichsregierung ermäch-

tigt wird, für Tilgungshypotheken den Zinsfuß mit Wirkung vom 1. Januar 1958 an zu ändern. Von den sonstigen Änderungen ist hervorzuheben die Bestimmung, daß der Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist unzulässig ist, wenn der Aufwertungsbeitrag 100 Goldmark nicht übersteigt. Die Soll-Vorschriften des § 7 (Voraussetzungen für die Bewilligung einer Zahlungsfrist) sind in Muß-Vorschriften geändert worden. Zu begrüßen ist es, daß gegen die einstweilige Anordnung, die die Aufwertungsstelle bis zur endgültigen Entscheidung treffen kann, doch noch im Gesetz ein Rechtsmittel eingefügt wurde: gegen die Anordnung ist die sofortige Beschwerde zulässig. Trotz kleiner Verbesserungen ist der Charakter des Gesetzentwurfs im ganzen unverändert geblieben.

Auftreten von Außenseitern beim Eisenpakt

Die Krise des Eisenpakts, die durch den von uns im vorigen Heft besprochenen Zusammenbruch der bisherigen Preispolitik der Internationalen Rohstahl-Gemeinschaft offenkundig wurde, hat sich verschärft. Die dem Verbandsgedanken widerstrebenden belgischen Konzerne gehen jetzt offen zur Obstruktion über. Die Führung haben die *Forges de Clabecq*, die offiziell ihren Austritt aus der Internationalen Rohstahl-Gemeinschaft mitgeteilt haben. Die Freigabe der Preise für Grobbleche, Stab- und Band Eisen war, besonders von deutscher Seite, damit begründet worden, daß durch den einsetzenden Preiskampf die in Außenseiterstellung verharrenden „reinen“ belgischen Walzwerke zum Einlenken gezwungen werden sollten, denn sie müßten das von ihnen auszuwählende Halbzeug von anderen Firmen zu den relativ hohen Verbandspreisen beziehen. Durch den Austritt von Clabecq wird diese Motivierung widerlegt. Die *Forges de Clabecq* verfügen über eine beachtliche Produktion. Sie erzeugen Roheisen und Rohstahl im eigenen Betrieb und besitzen eine arbeitstäbliche Leistungsfähigkeit von etwa 800 t Roheisen und 700 t Rohstahl. Im Vergleich dazu betrug im Mai 1950 die arbeitstäbliche Erzeugung von Roheisen in ganz Süddeutschland 900 t, im Sieglahn-Dill-Gebiet und Oberhessen 1300 t. Die arbeitstäbliche Rohstahlerzeugung in Süddeutschland betrug im selben Monat 950 t, im Sieglahn-Dill-Gebiet und Oberhessen 900 t, im Land Sachsen (dessen Roheisenerzeugung von der deutschen Statistik nicht besonders ausgewiesen wird) 780 t. Die *Forges de Clabecq* walzen hauptsächlich Bleche und Stabeisen aus. Die Unsicherheit der Lage wird noch dadurch unterstrichen, daß Formeisen und Halbzeug, deren Preise von der Rohstahl-Gemeinschaft nicht freigegeben wurden, ebenfalls weit unter der offiziellen Notierung gehandelt werden, und daß auf der Brüsseler Eisenbörse vom 16. Juli eine Freigabe auch dieser Preise für nicht unmöglich gehalten wurde. Die Verhandlungen wegen der endgültigen Errichtung eines Halbzeug- und Trägerkontors, über die wir in der vorigen Nummer berichteten, sind am 15. Juli ergebnislos abgebrochen worden. Auch in dieser Produzentengruppe ist die Stimmung sehr uneinheitlich, was darin zum Ausdruck kommt, daß man die endgültige Verständigung durch immer neue formale Einwände hinauszögert.

Die Durchführung des Spiritus-Beimischungszwangs

Rascher als zu erwarten war, hat die Reichsregierung von der Ermächtigung zur Einführung des Spiritusbeimischungszwangs für Treibstoffe Gebrauch gemacht. Durch Verordnung vom 4. Juli 1950 (mit Wirkung vom 1. August 1950) ist der Zwangsabsatz von Kraftspirit dekretiert worden, der der Regierung für unbegrenzte Zeit einen bedeutsamen Einfluß auf die Kraftverkehrswirtschaft sichert. Der Prozentsatz an absolutem Alkohol, der auf die eingeführten und die im Inland hergestellten Treibstoffe zu beziehen ist, beträgt bis zum 31. März 1951 2½ %; für das Rechnungsjahr 1951 darf die Pflichtmenge nicht über 3 % und für das Rechnungsjahr 1952 nicht über 3½ % hinausgehen. Diese Sätze können jedoch in den letzten

beiden Jahren um $\frac{1}{2}$ % erhöht werden, falls der bis auf weiteres mit 80 RM je Hektoliter festgesetzte Spirituspreis unter 70 RM sinkt. Bei dieser Regelung treten die wichtigsten Chancen einer Steigerung des Spritabsatzes nach außen nicht einmal in Erscheinung, nämlich die, die sich aus der natürlichen Zunahme des deutschen Treibstoffkonsums in den kommenden Jahren ergeben werden. Nimmt man z. B. an, daß der Treibstoffabsatz im Jahre 1932 2,5 Mill. t erreicht, und daß die Monopolverwaltung ihren Abgabepreis auf 70 RM je Hektoliter senken kann, so würde sich die abzunehmende Alkoholmenge auf 1 277 000 hl belaufen, d. h. auf mehr als das Doppelte jener Menge, die nach dem ursprünglichen Plan für das erste Jahr in Aussicht genommen war. Ob die Monopolverwaltung derartige Quantitäten absoluten Alkohols überhaupt liefern kann, muß als fraglich erscheinen. Vielleicht rechnet sie damit, daß nicht die gesamte Pflichtmenge an Kraftsprit abgenommen wird, sondern daß die kleineren Händler von dem in der Verordnung vorgesehenen System der *Bezugspflicht-Ablösung* Gebrauch machen werden. Der Ablösungsbetrag ist bis auf weiteres auf 65 RM je Hektoliter Weingeist festgesetzt. — Dem Vernehmen nach beabsichtigen die großen *Vertriebsfirmen*, die Zapfstellpreise für Benzin und für Gemische um 2 Rpf je Liter zu erhöhen, so daß die *Preisverteuerung des Benzins* seit Inkrafttreten der neuen Zollgesetze insgesamt 7 Rpf je Liter (23,3 %) betragen wird. Abermals taucht die Frage auf, ob nicht eine weitere Preiserhöhung der Betriebsstoffe zu umgehen ist, zumal die anteilig zu beziehende Spritmenge rechnerisch nur einen Mehraufwand von etwa 1,1 Rpf je Liter Benzin ergibt. Dem Handel erwachsen jedoch aus dem Spiritus-Mischzwang zusätzliche Kosten verschiedenster Art. Abgesehen von der Notwendigkeit erhöhter Kontrolle und der Bereitstellung der erforderlichen Lagerungs- und Mischeinrichtungen müssen Vorkehrungen für die technische Behandlung des Sprits und der sprithaltigen Gemische getroffen werden, die sich aus der chemischen Natur des Alkohols ergeben; die Gefahr der Entmischung bei Anwesenheit geringfügigster Wassermengen zwingt zu Reinigungsarbeiten und zur Erneuerung der Farb- und Rostschutzanstriche bei Lagertanks, Kesselwagen, Tankautos usw. Das Verhängnisvollste an der Regelung ist die Tatsache, daß sie *weder sachlichen noch zeitlichen Beschränkungen* unterliegt, sondern für die Fortentwicklung des Kraftverkehrs eine dauernde Bedrohung darstellt.

Auftragsrückgang im Schiffbau

Die allgemeine Krise auf dem Weltfrachtenmarkt konnte die Beschäftigung der Werftindustrie wegen der langen Bauzeit der Schiffe (mindestens ein Jahr) bisher noch nicht beeinflussen. Die von *Lloyd's Register* veröffentlichte Quartals-Schiffbaustatistik läßt zwar im 2. Quartal 1930 einen Rückgang des Weltschiffbaus um 208 000 To erkennen, doch ist der Auftragsbestand mit 3,058 Mill. To noch immer relativ groß; er liegt sogar noch um 220 000 To über der entsprechenden Zahl des Vorjahrs. Freilich muß man berücksichtigen, daß ein Teil der von der Statistik erfaßten Tonnage von den Einflüssen des Weltfrachtenmarkts völlig unbeeinflusst bleibt. Das sind die für die Küstenschiffahrt bestimmten Fahrzeuge bis etwa 4000 Br. Reg. To. Auf diese Kategorie entfielen von den insgesamt 710 im Bau befindlichen Dampf- und Motorschiffen der Welt nicht weniger als 393, also 55 % des Weltauftragsbestandes. Nur 50 Schiffe waren über 10 000 To groß. Als ein Zeichen der Rückwirkung der Weltwirtschaftskrise auf den Schiffbaumarkt muß es angesehen werden, daß Großbritannien, der Hauptlieferant der meisten Länder der Welt, im zweiten Quartal einen Rückgang seines Baubestandes um nicht weniger als 223 000 To aufweist. Mit insgesamt 1,392 Mill. To in Arbeit befindlichen Schiffen bleibt Großbritannien sogar um 62 000 To hinter dem Ergebnis des Vorjahrs zurück. Wenn die Beschäftigung in den meisten anderen Ländern, wie die nachfolgende Tabelle erkennen läßt, eine leichte Zunahme erfahren hat, so dürfte das in

der Hauptsache mit dem Überwiegen der kleinen Fahrzeuge, die regelmäßig von den heimischen Werften gebaut werden, zusammenhängen. Die Ankerbelung der amerikanischen Schiffbautätigkeit erklärt sich hinreichend durch die bekannten Subventions-Aktionen.

Baubestand

	1930				1929	
	2. Quartal		1. Quartal		2. Quartal	
	Anzahl	1000 To	Anzahl	1000 To	Anzahl	1000 To
Großbrit. u. Irland ..	311	1392,1	362	1615,0	365	1453,9
Vereinigte Staaten ..	55	238,2	65	223,0	27	119,1
Deutschland	70	237,5	77	231,2	80	272,4
Holland	37	187,4	40	178,7	33	172,4
Frankreich	23	187,0	22	182,9	21	139,3
Rußland	48	156,6	38	122,6	40	124,9
Italien	28	143,1	33	144,4	36	73,9
Schweden	26	127,0	27	120,5	27	89,5
Japan	17	121,6	28	167,1	22	180,0
Dänemark	29	116,0	33	109,4	18	68,0

Daß im übrigen die Aufträge langsamer zu fließen beginnen, zeigt sich darin, daß in der ganzen Welt nur 250 000 To neuer Schiffsraum *bestellt* wurde, also 196 000 To weniger als im ersten Quartal, während die vom Stapel gelaufenen Schiffe in derselben Zeit eine Steigerung um 123 000 auf 468 000 To erfahren haben. Die Weltschiffahrtskrise wird also in nicht allzu langer Zeit, wenn die vorliegenden Bauaufträge aufgearbeitet sind, die Beschäftigung der internationalen Werftindustrie stark schmälern. Interessant ist, daß der *Motorschiffbau* seinen Siegeszug weiter fortsetzt. Im letzten Vierteljahr entfielen mehr als 60 % der gesamten Baubestände (1,921 Mill. To) auf Motorschiff-Tonnage. Der *Auftragsbestand der deutschen Werften* ist mit 289 000 To um 52 000 To größer, als bei Lloyd's angegeben. Die Differenz erklärt sich daraus, daß die englische Statistik vier Schiffe, die bereits in Auftrag gegeben, aber noch nicht in Angriff genommen worden sind, nicht mitzählt. Der Auftragsbestand ist bei einer Baukapazität der deutschen Werftindustrie von jährlich etwa 700 000 To als gering zu bezeichnen. Da ein verhältnismäßig großer Teil dieser Tonnage dicht vor der Fertigstellung steht, andererseits Neubaufträge bei der Zurückhaltung der großen Reedereien, die sogar Schiffe auflegen müssen, nicht zu erwarten sind, sind die Aussichten der deutschen Werftindustrie nicht gerade günstig, es sei denn, daß es gelingt, im internationalen Konkurrenzkampf neue Auslandsorders hereinzuholen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß nicht weniger als 42 Schiffe mit 204 000 To gegenwärtig für ausländische Rechnung gebaut werden, bezeichnenderweise fast ausschließlich von den Großwerften. Infolgedessen dürfte besonders die Zukunft der mittleren und kleinen Werften bedroht sein. Verschiedene kleine Werften haben denn auch bereits Entlassungen vorgenommen bzw. angekündigt.

Personalia

Am 17. Juli vollendete Reichsminister a. D. Dr. jur. und Dr. rer. pol. h. c. *Bernhard Dernburg* sein 65. Lebensjahr. Dernburg, der von 1901—1906 der Direktion der Darmstädter Bank angehörte, wurde später unter Ernennung zum Wirkl. Geh. Rat Staatssekretär des Reichskolonialamtes. Im Jahre 1919 war er Reichsfinanzminister, kurze Zeit darauf wurde er in den Reichstag gewählt, dem er noch heute angehört. Dernburg ist seit dem Rücktritt Lammers' Vorsitzender des Ausschusses zur Untersuchung

Neuere Jahrgänge des Magazin der Wirtschaft

und anderer wirtschaftlicher Zeitschriften und Zeitungen, auch einzelne und nicht ganz vollständige zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an:

**Staatswissenschaftliches Seminar der Universität
Halle (Saale), Universitätsplatz 10 a.**

der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquête-Ausschuß).

Der frühere erste technische Direktor der Voigt & Haeffner AG, Dr. Ing. e. h. *Max Vogelsang*, ist im Alter von 63 Jahren gestorben. Der Verstorbene war seit 1925 Aufsichtsratsmitglied des Unternehmens.

Im Alter von 51 Jahren starb der Direktor der Mauser-Werke AG, *Emil Hellwig*. Der Verstorbene war über 25 Jahre in leitender Stellung bei der mit den Mauser-Werken liierten Berlin-Karlsruher Industrie-Werken tätig.

Das Vostandsmitglied der Deutsch-Südamerikanischen Bank, *Albert Fricke*, ist am 9. Juli in Buenos-Aires gestorben.

Geheimer Justizrat Dr. *Eduard Heilfron* wurde zum Honorarprofessor an der Handelshochschule zu Berlin ernannt.

In der Fakultät für allgemeine Wissenschaften der Technischen Hochschule, Aachen hat sich Fräulein Dr. rer. pol. *Gertrud Sabelsberg* für Volkswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Sozialstatistik habilitiert.

Die Wirtschaft des Auslands

Frankreich

Die neue Sozialversicherung

Das französische Sozialversicherungsgesetz, das seit Anfang dieses Monats in Kraft ist, hat zehn Jahre gebraucht, um sich durchzusetzen. Was bis dahin in Frankreich an Sozialpolitik geleistet worden war, beschränkte sich auf Anfangsmaßnahmen, wie Arbeitszeitregelung in einzelnen Branchen, Kinderschutz und ähnliches. Sozialversicherungsartige Einrichtungen bestanden, abgesehen von der Versicherung gegen Betriebsunfälle und einigen weitergehenden Vorschriften (beispielsweise im Kohlenbergbau), überhaupt nicht.

Daß in Frankreich die Leistungen und Fortschritte auf diesem Gebiet so gering waren, hat seine sachlichen und psychologischen Gründe. Man muß sich dessen erinnern, daß mindestens in der Vorkriegszeit das wirtschaftliche Schwergewicht des Landes stärker auf der *Landwirtschaft* ruhte als in den anderen führenden Mächten, und daß auch jetzt die *klein- und mittelbetriebliche Organisation der Industrie* stärker vorherrscht als anderswo. Dazu kommen die Schwierigkeiten aus dem verhältnismäßig hohen Anteil der *ausländischen Arbeiter* an der Gesamtarbeiterschaft. Überdies waren schwere Hemmungen zu überwinden, die sich aus dem Volkscharakter ergeben, der an den Ideen der *individuellen Freiheit* zähe festhält und den Regierungsmaßnahmen mit weitgehendem Mißtrauen gegenübersteht. Die politische Konstellation war deshalb bei Anfang der Gesetzeseinführung keinesfalls günstig, und das einzige politische Argument für eine Reform war im Grunde die Tatsache, daß in den abgetretenen Gebieten von *Elsaß-Lothringen* ein Sozialversicherungssystem bereits bestand.

Der erste Gesetzentwurf stammt aus dem Jahre 1921, nachdem die Vorbereitungen schon mehr als ein volles Jahr in Anspruch genommen hatten. Es folgten langwierige Enquêtes des Kammerausschusses für soziales Versicherungs- und Fürsorgewesen bei den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, bei Privatversicherungen, elsässischen Versicherungsinstanzen, und anschließend (bis April 1924) Verhandlungen vor der *Kammer*. Von da an wurde das Gesetz im *Senat* sabotiert, schließlich nach gründlichen Veränderungen über drei Jahre später an das *Abgeordnetenhaus* zurückgeleitet und hier im April 1928 in dieser Form unter dem Druck der unmittelbar bevorstehenden Neuwahlen als „Einfösung des feierlichen Versprechens, das der Staat der Arbeiterschaft während des Krieges gegeben hatte“ (Poincaré), angenommen. Schon damals war der Zeitpunkt des Inkrafttretens zwei Jahre hinausgeschoben worden.

Die Gegnerschaft gegen das Gesetz — vornehmlich landwirtschaftliche Kreise, die die Bildung von Landarbeiterorganisationen fürchteten, und politisch die Gruppen rechts von Loucheur, der selbst als Arbeitsminister gegen manche seiner Koalitionsgenossen die Einführung durchzusetzen hatte — arbeitete mit den geläufigen Hinweisen auf drohende Steigerung der Produktionskosten und entsprechend verringerte Exportfähigkeit. Die Fürsprecher

des Gesetzes stützten sich hingegen darauf, daß die Sterblichkeit in Frankreich um 25 % höher als im Deutschen Reich und um 20 % höher als in Elsaß-Lothringen ist. Das schnell durchgepeitschte Gesetz wies in der Tat technische Mängel in reicher Zahl auf, und es war erst die Aufgabe einzelner Abänderungsvorschläge und der Ausführungsbestimmungen, die erforderlichen Korrekturen zu schaffen. Diese Bestimmungen sind in den letzten Jahren Kampfobjekt geworden. Als am 5. Februar das Gesetz endlich wirksam werden sollte, waren die Ergänzungen noch nicht fertig — nicht einmal die Registrierung der neun Millionen Versicherungspflichtigen war zu Ende geführt —, und bei dieser Gelegenheit bestand für das Kabinett Tardieu zum erstmalig vorübergehend die Gefahr, gestürzt zu werden. Das endgültige Schicksal der Vorlage ist Ende April endlich durch Annahme im großen ganzen in der Form, die der Senat ihr gegeben hat, entschieden worden.

Das neue Gesetz entspricht ungefähr dem Schema der bereits in anderen Ländern bestehenden Sozialversicherungsgesetze und hält sich an die Richtlinien des Internationalen Arbeitsamtes. Es gewährt Schutz gegen *Krankheits-, Invaliditäts- und Altersrisiko*. Entgegen den ursprünglichen Plänen *fehlt eine eigentliche Arbeitslosenversicherung*; dieser Mangel ist jedoch von geringer materieller Bedeutung, da Frankreich auch jetzt noch so gut wie ohne Arbeitslose ist. Die Versicherung gilt für sämtliche Arbeitnehmer, einschließlich der Hausangestellten, deren Einkommen unterhalb eines bestimmten Betrages bleibt, der nach Familienstand und Ortsklasse verschieden hoch angesetzt ist und im Durchschnitt zwischen 15 000 und 18 000 Fr beträgt. Darüber hinaus sind fakultativ gewisse nichtversicherungspflichtige Gruppen ähnlicher Einkommenslage (Handwerker usw.) erfaßt. Die Zahlung wird durch Markenkleben für Kassen, die von den an der Versicherung Beteiligten selbst geleitet werden (in der Regel je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern) getragen. In einzelnen Fällen erfolgen *Staatszuschüsse*. Die Beiträge sind nach fünf Einkommensgruppen gestaffelt, wobei für die Landwirtschaft Sonderbestimmungen und niedrigere Sätze gelten.

Was die *Leistungen* anbetrifft, so gewährt die Versicherung im *Krankheitsfall* Ersatz der Arzt- und Arzneikosten bei Selbstbeteiligung der Betroffenen in Höhe von 15 bis 20 % und Krankengeld etwa in Höhe des halben Arbeitslohns vom sechsten, und, falls Kinder vorhanden sind, vom vierten Tage ab. Die Arzthonorierung wird auf ausdrücklichen Wunsch der Arzteorganisationen direkt durch die Kranken vorgenommen. Alle diese Leistungen gelten höchstens ein halbes Jahr und werden dann durch Eintritt der *Invaliditätsversicherung* ersetzt. Diese gewährt, zeitlich beschränkt, ärztliche Hilfe und eine Rente von zunächst 40 % des Durchschnittslohns, und bei dauernder Minderung der Erwerbsfähigkeit um zwei Drittel einen endgültigen höheren Satz. Ähnlich ist die Regelung bei der *Altersversicherung*: Personen, die 30 Jahre Beiträge geleistet haben, erhalten nach Eintritt des 60. Lebensjahres eine Rente von 40 % ihres Durchschnittseinkommens. Hinzu treten Zahlungen an die Hinterbliebenen im Todesfall, teils einmalig, teils in Rentenform.

Marktberichte

Die Konjunktur

Die Gesamtbewegung der Preise ist noch immer abwärts gerichtet. Der deutsche *Großhandelsindex* ist zwar in der ersten Juliwoche um 0,6 % gestiegen; doch beschränkt sich die Erhöhung auf die Preise der Agrarstoffe und dürfte im ganzen auf Saison- und Zolleinflüsse zurückzuführen sein. Außerdem weist der vom Institut für Konjunkturforschung berechnete Index der *reagiblen Warenpreise* in den letzten vier Wochen eine beträchtliche Senkung (um fast 5 %) auf.

Die Frage, in welchem Umfang und binnen welcher Zeit sich die *Großhandelspreise auf die Kleinhandelspreise auswirken* können, ist für die Konjunkturbeurteilung ebenso bedeutsam wie für die Entwicklung der Realeinkommen. Das Institut für Konjunkturforschung hat in seinem Wochenbericht vom 2. Juli festgestellt, daß die Einzelhandelspreise dem Rückgang der Rohstoffpreise im Jahre 1925 in einem Abstand von neun Monaten und im Jahre 1929 sogar in einem Abstand von elf Monaten folgten. Obwohl man annehmen darf, daß sich die Preissenkung bei den verschiedenen Absatzorganisationen und bei den verschiedenen Waren in sehr ungleichem Maße auswirkt (vgl. den Aufsatz von Georg Tietz auf Seite 1357 dieser Nummer), dürfte ein allgemeiner Anstieg der Preise für die nächste Zeit kaum zu erwarten sein. Mit Recht sucht man auch auf *finanzpolitischem* Gebiet diese Tatsache zu berücksichtigen: ein Reichstagsantrag demokratischer Abgeordneter hat bereits am 30. Juni gefordert, daß alle sachlichen Ausgaben und Beschaffungen des Reiches, der Länder und Kommunen angesichts der sinkenden Preise nachgeprüft und neu kalkuliert werden, „um noch für den laufenden und dann für den kommenden Etat sehr bedeutende Ersparnisse zu erzielen“.

Auch der Rückgang des *Außenhandels-Umsatzes* im Juni um 203 Mill. RM (gegenüber dem Mai) ist wahrscheinlich nicht nur durch die Saisonentwicklung bedingt — die Ausfuhr im Juni pflegt regelmäßig unter dem Mai-Export zu liegen —, sondern zum Teil durch die sinkenden Preise veranlaßt. Der Ausfuhrüberschuß ist von 266 auf 97 Mill. RM gesunken. Dieser Rückgang war vorwiegend durch eine Minderung des Fertigwarenxports um 143,5 Mill. RM bedingt. — Durch technische und organisatorische Maßnahmen ist es übrigens dem Statistischen Reichsamt möglich, die Ergebnisse des deutschen Außenhandels regelmäßig um rund eine Woche früher zu veröffentlichen als bisher. Diese wesentliche Verbesserung in der Berichterstattung verdient dankbare Anerkennung.

Nach den Berichten der freien Gewerkschaften lag die *Beschäftigung* bereits Ende Juni absolut unter der von Ende Mai. Die Zahl der Arbeitslosen (in Prozent der Gewerkschaftsmitglieder) ist zwar auf 19,8 stehen geblieben; doch stieg die Kurzarbeiterzahl von 11,7 auf 12,5. Da sich gleichzeitig die Lage in den Außenberufen z. T. noch weiter gebessert hat — die Arbeitslosenzahl in der sogenannten Saisongruppe sank auf 35,9 % —, muß aus den Zahlen wiederum eine starke konjunkturelle Verschlechterung der Lage geschlossen werden. Die Gewerkschaftszahlen bestätigen die Angaben der Statistik der Arbeitsämter, daß die Arbeitslosigkeit gegenwärtig ungefähr doppelt so groß ist wie vor zwölf Monaten.

Erheblich ist der Rückgang in der Beschäftigung der *Metallarbeiter*. Seit Januar dieses Jahres ist die Zahl der Vollbeschäftigten (Kurzarbeiter ungerechnet) nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung von 81,9 auf 76,3 % der Gewerkschaftsmitglieder gesunken, während in der gleichen Zeit des Vorjahrs ein Anstieg von 88,9 auf 91,3 % festzustellen war.

In dieser abwärts gerichteten Entwicklung kommt nicht nur die Depression der Montanindustrie zum Ausdruck (arbeitstägliche Roheisenerzeugung im Juni 25 580 t gegen 58 812 t im Juni 1929), sondern auch die

schlechte Lage der eisenverarbeitenden Industrien. Nach dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten lag der Auftragseingang der *Maschinenindustrie* im zweiten Quartal 1930 um rund 30 % unter dem Stand der entsprechenden Vorjahrszeit, obwohl die Junizahlen etwas über den allerdings sehr niedrigen Zahlen des Monats Mai lagen. Die im Mai beobachtete Besserung der Anfragetätigkeit hat sich im Juni nicht fortgesetzt. In der *Kleisenindustrie* ging die Beschäftigung stärker zurück, als nach der Jahreszeit zu erwarten war. In sämtlichen Zweigen der *Kraftfahrzeugindustrie* war im Mai ein konjunktureller Rückgang zu verzeichnen. Während in früheren Jahren die Maiproduktion über der Aprilerzeugung zu liegen pflegte, sanken in diesem Jahr sowohl Produktion wie Absatz unter den Aprilstand herab. Nur die Fabrikation von Personenkraftwagen vermag sich in diesem Sommer ungefähr auf dem Niveau des Vorjahrs zu halten; bei Lastwagen und Kraftträdern steht hingegen die Erzeugung weit unter dem Stand des Jahres 1929. Auffallend optimistisch lauten die Berichte der beiden wichtigsten amerikanischen Automobilfabriken in Deutschland. Sowohl die Opelwerke wie auch die deutsche Fordgesellschaft teilen mit, daß ihr Absatz im ersten Halbjahr 1930 beträchtlich über dem des Vorjahres lag.

Der Geld- und Kapitalmarkt

Der Einkommensteuer-Termin

Der Einkommensteuer-Termin konnte auf den Geldmarkt, der durch die Ansprüche des Reiseverkehrs ohnehin stärker belastet ist, nicht ganz ohne Einfluß bleiben. Seine Auswirkung beschränkte sich aber ausschließlich auf *tägliches Geld*, das vom 10. bis 14. Juli von 2½—4 auf 5½ % gestiegen ist, am 17. Juli allerdings schon wieder auf 3½—5 % nachgab. Die *Termingeldsätze* blieben unverändert. Privatkonten waren zu 3 % nach wie vor knapp. Die Nachfrage mußte wieder durch die Abgabe von Schatzwechseln mit Fälligkeit Mitte Oktober befriedigt werden; gleichzeitig hat das Reich neue einjährige Reichsschatzanweisungen mit Fälligkeit am 15. Juli 1931 zum Preise von 5 % abgesetzt, um alte Schatzwechselverbindlichkeiten abzudecken. Warenwechsel mit Bankgiro kosten unverändert 3¼ %, und Monatsgeld steht bei 4—5 %.

1930	Berlin				Frankfurt a. M.		
	Privatdiskont lange Sicht	kurze Sicht	Tägliches Geld	Monatsgeld	Warenwechsel	Schecktausch	Warenwechsel
9. 7.	3½	3½	3—5	4—5	3¾	2½	3½
10. 7.	3½	3½	2½—4	4 5	3¾	3½	3½
11. 7.	3½	3½	3—5	4—5	3¾	4	3½—3¾
12. 7.	—	—	3½—5	—	—	4	3½—3¾
14. 7.	3½	3½	4—5	4—5	3¾	3½	3½—3¾
15. 7.	3½	3½	4—5½	4—5	3¾	4	3½
16. 7.	3½	3½	3½—5	4—5	3¾	4½	3½

Goldabflüsse aus Deutschland nach Frankreich?

Obwohl *Leihdollars* mit 3½—3¾ % und *Leihpfunde* mit 3¼—3 % kaum billiger sind als Monatsgeld, hat sich der Abfluß kurzfristiger Auslandsgelder nicht weiter fortgesetzt. Daß die Reichsbank gleichwohl beträchtliche De-

Bayerische Vereinsbank

Kredit- und



Hypotheken-Bank

Niederlassungen an allen
größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern

visenmengen abgeben mußte, hängt mit der abnormen *Festigkeit der französischen und schweizerischen Währung* zusammen, die beide gegenüber Deutschland auf den Goldimportpunkt gestiegen sind. Der französische Franc hielt sich in der ganzen Woche bei 16,48½; zu diesem Kurs könnten täglich Goldabzüge in Gang kommen. Erst als am 17. Juli das Devisenangebot auf dem Markt zunahm, sank auch der Frankkurs auf 16,47½. Die französischen Goldkäufe in London haben weiter angehalten; sie werden neuerdings auf die Rückziehung von Pfundguthaben durch französische Banken zurückgeführt, durch die sich die saisonmäßige Festigkeit der französischen Währung noch beträchtlich verstärkt hat. Allerdings beschränken sich die Rückziehungen auf täglich ungefähr 200 000 Pfund, weil dies gegenwärtig die Obergrenze des von den Scheideanstalten für die Umschmelzung zu bewältigenden Tagesquantums darstellt. Die Devisenabgaben, die von der Reichsbank vorgenommen wurden, um Goldexporte überflüssig zu machen, erstreckten sich auf den ganzen Devisenmarkt, so daß die Reichsmark gegenüber dem Pfund und dem Dollar beträchtlich gestiegen ist.

Berlin Mittelkurs:	9. 7.	10. 7.	11. 7.	14. 7.	15. 7.	16. 7.
New Yorker.....	4,192	4,192	4,190	4,190	4,189	4,188
London.....	20,40	20,39	20,39	20,39	20,38	20,38

Nach langem Zögern hat sich die *Schweizerische Nationalbank* zu einer weiteren Diskontsenkung auf 2½ % entschlossen, nachdem sie bereits am 4. April auf 3 % heruntergegangen war, dann aber angekündigt hatte, daß sie keine weitere Senkung vorzunehmen beabsichtige. Mit dieser Senkung, durch die in der Schweiz der tiefste seit 1907 erreichte Satz unterschritten wird, ist jedoch keineswegs eine Abschwächung des Schweizer Franken erzielt worden, der nach wie vor namentlich infolge der umfangreichen deutschen *Kapitalflucht* äußerst fest liegt und bei zuletzt 81,40 die Möglichkeit deutscher Goldexporte nach der Schweiz zuläßt.

Die österreichische Anleihe

Obwohl auf den Emissionsmärkten bereits die Sommerpause eingetreten ist, hat man noch im letzten Augenblick die österreichische Anleihe aufgelegt. Frankreich hat sich — wider Erwarten — unter Hinweis auf die Behandlung der Vorkriegsanleihen nicht beteiligt, doch bemüht sich Österreich um eine Beteiligung Frankreichs an einem zweiten Abschnitt. Die gegenwärtige Anleihe beträgt nur 55 % von den insgesamt für die Investitionsanleihen in Aussicht genommenen 725 Mill. S. Die Anleihe stand unter dem wenig günstigen Stern der *Young-Anleihe*, die heute unter *Emissionskurs* notiert; infolgedessen waren die Bedingungen, die das auf Grund alter Bindungen allein in Betracht kommende Haus *Morgan* Österreich auferlegte, ziemlich hart. Die 7 %ige Anleihe wird zu 95 % aufgelegt. Dabei ist für die Rückzahlung ein Agio von 3 % vorgesehen (vgl. S. 1370). Die ersten Nachrichten über den Anleiheerfolg aus den Vereinigten Staaten lauten recht günstig.

Die Warenmärkte

Der allgemeine, nicht zum wenigsten stimmungsmäßige Druck, der auf allen Warenmärkten lastet, trat in der Berichtszeit besonders deutlich hervor. Das gilt nicht zum wenigsten von den

Kolonialwarenmärkten

auf die allerdings auch zum Teil eine Reihe wenig günstiger Nachrichten einströmten. So wurden z. B. Äußerungen aus niederländischen Regierungskreisen bekannt, die das Zustandekommen einer allgemeinen Zapfeinschränkung beim *Gummi* recht unwahrscheinlich erscheinen lassen. Die Regierung will lediglich empfehlen und freiwillige Maßnahmen fördern, aber keinen Zwang anwenden, — und mit Empfehlungen wird besonders dem eingeborenen Kleinpflanzer gegenüber nicht viel zu machen sein. Deshalb sank Gummi gegen Schluß der Berichtszeit

unter den bisherigen Tiefstand; dieser Sturz wurde dadurch gefördert, daß die sichtbaren Bestände weiter zunahmen. Sie dürften allein in England 110 000 t betragen.

Auch der *Zuckermarkt* erfuhr einen neuen Zusammenbruch der Preise. Daß sich die Rüben in Europa im allgemeinen günstig entwickeln, war schon bisher bekannt, und auch die guten Aussichten für die nächste kubanische Ernte sind nichts Neues. Die Meldungen über internationale Verhandlungen sowie über die Stellung der Holländer und Kubaner zu diesen Verhandlungen sind nach wie vor völlig unbestimmt. Neue kleinere Verkäufe von Zucker nach Rußland vermochten die Preise nicht zu heben. Unter dem Einfluß der Verbrauchsschätzung für die Union während des ersten Halbjahres, die einen Rückgang von über 4 % zeigt, verschlechterte sich die Stimmung weiter.

Rein zahlenmäßig gesehen hat sich *Kaffee* vielleicht eine Kleinigkeit besser behauptet; die Kursbildung war jedoch völlig unregelmäßig. Man glaubte immer wieder, die stützende Hand der brasilianischen Kaffeekasse zu beobachten. Das würde jetzt heißen, daß sich auch die Bankiers mit Marktbeeinflussungsversuchen einverstanden erklärt haben; der Markt blieb infolgedessen mißtrauisch. Nach der Duuringschen Schätzung betragen die Jahresschlußbestände 5,6 (5,3) Mill. Sack, haben also nicht einmal im freien Verkehr abgenommen. Die innerbrasilianischen Vorräte werden mit knapp 24½ Mill. Sack angegeben, gegen etwa 13 Millionen im vorigen Jahre. Korrespondenten auswärtiger Blätter in Brasilien (z. B. der „Chicago Tribune“) schildern die Lage des Landes in den düstersten Farben; sie erklären, daß Brasilien nur die Wahl hätte zwischen weiterem Fall des Milreis oder des Kaffeepreises. Die nächste Kaffee-Ernte wird jetzt ziemlich hoch, nämlich auf 15 Mill. Sack, geschätzt. — Auch der

Baumwollmarkt ist wieder lustlos

geworden. Die Büroschätzung der Anbaufläche bestätigte die Erwartungen einer sehr geringen Abnahme: sie läuft mit minus 2,7 % aus, steht im Verhältnis noch höher als viele Privatschätzungen. Die Ernteaussichten sind weiter gut, und nur in einem Teile des Mississippiales und des Mittelwestens wird über langsames Wachstum der Pflanzen geklagt. Der Rüsselkäfer und andere tierische Schädlinge scheinen bemerkenswert wenig Schaden anzurichten. Eine vorübergehende Erholung des Marktes war die Folge davon, daß Leerverkäufe für Juli gedeckt wurden; gegenwärtig kommt der Markt jedoch unter den Einfluß der demnächst zu erwartenden Sicherungsverkäufe des Südens. In den weiterverarbeitenden Bezirken Amerikas und Europas ist die Stimmung weiter schlecht; in England tauchen allerdings gelegentlich Behauptungen auf, daß sich der indische Boykott etwas weniger bemerkbar mache. Die ägyptische Regierung will ihre Bestände scharf pressen lassen und sie dadurch zugleich haltbarer und besser verkäuflich machen; es soll dann versucht werden, sie durch bestimmte Ausfuhrhäuser allmählich abzustößen. — Bei der

Londoner Wollversteigerung

sind die erwarteten Preisrückgänge eingetreten; sie halten sich zwischen 7½ und 10 % und wirkten bereits auf die Garn- und Kammzugmärkte zurück. Bemerkenswert hoch sind die Zurückziehungen infolge zu hoher Limite, die an einzelnen Tagen etwa 40 % betragen haben. — Auf den

Getreidemärkten ist die Stimmung gedrückt

geblieben. Die täglichen Schwankungen waren zeitweilig ziemlich bedeutend, aber der Grundton wurde vor allem durch die hohen *amerikanischen Ernteschätzungen* ungünstig beeinflusst. Von den privaten Schätzungen ist bereits im vorigen Bericht gesprochen worden; die amtlichen sind im Verhältnis noch günstiger ausgefallen, wenn sie auch keinerlei Überraschungen brachten. Sie bestätigen vielmehr, daß die gleiche Ernte zu erwarten ist wie im vorigen Jahr. Sowohl der Mais wie der Hafer entwickeln sich besser als im vorigen Jahr. Besonders unangenehm wird es für die Vereinigten Staaten sein, daß die Roggenerte



Preis
in Deutschland

6 Pf.

Die Japaner

wissen genau, was wirklich gut ist.

Daher der Riesenverbrauch in Japan an

CIGARETTEN

**GELBE
SORTE**

REEMTSMA

In der ganzen Welt berühmt.

über die Vorjahrshöhe wahrscheinlich stark hinausgehen wird. Denn der Weltmarkt ist für Roggen so gut wie gar nicht aufnahmefähig. — In *Kanada* ist die Anbaufläche für Weizen nur um wenige Prozent zurückgegangen; bei den anderen Früchten hat sie zum Teil noch zugenommen, auch beim Roggen. Der Weizenstand zu Anfang Juli wird mit 91 % angegeben gegen 101 % im vorigen Jahr. Das Wetter ist aber seit der Erhebung bei weitem günstiger gewesen als im Jahre 1929. Die privaten Schätzungen halten sich in der Mitte zwischen der Mißernte von 1929 und der Glanzernte von 1928.

In *Deutschland* ist das Angebot alten Roggens und Weizens geringer geworden, während sich ein Geschäft mit neuer Ware nicht zu entwickeln vermag. Fest lagen Kleien und gewisse Krafftuttermittel infolge der Absicht, jetzt auch einen Zoll für Weizenkleie einzuführen (vgl. S. 1363). — Das Statistische Reichsamt hat seine erste Flächenschätzung veröffentlicht. Danach ist der Weizenanbau um mehr als 10 % gestiegen, zur guten Hälfte infolge der gewaltigen Auswinterungen des Vergleichsjahres. Der Roggenanbau ist um ganze 23 000 ha gesunken, er hat also, wenn man die Auswinterungen berücksichtigt, gewaltig zugenommen!

Ziemlich flau lagen die Metallmärkte.

Nur auf dem *Bleimarkt* vermochte sich die Stützung durch den Produzentenpool weiter auszuwirken; sie konnte sogar den Preis in die Höhe bringen. Der Pool soll sich aber nicht darauf beschränkt haben, zurückzuhalten, er soll unmittelbar im Markt gekauft haben, und das wird auf lange Sicht als marktdrückend angesehen. Das amerikanische Angebot auf dem *Bleimarkt* nimmt je länger je mehr zu.

Nach langem Zögern hat sich das *Kupferkartell* zu einer neuen Herabsetzung seines Preises entschließen müssen, ersichtlich wieder unter dem Druck des Angebots der Lohnhütten. Bis zur Ermäßigung war das Geschäft außergewöhnlich klein, es hat sich auch seitdem nur unwesentlich gehoben. Die Monatsschlusstatistik zeigt eine weitere Erhöhung der Elektrobestände; der Markt schien das jedoch als eskomptiert anzusehen.

Die ungünstige Nachwirkung der im vorigen Bericht erwähnten *Zinnstatistik* hat sich nachträglich doch noch eingestellt. Vor allem verstimmt auch die Tatsache, daß die unmittelbar zu beobachtenden Vorräte in England von Woche zu Woche weiterwachsen. Die Verwaltung einer der größten Zinngruben in den Malayanstaaten hat sich in einem Rundschreiben für die Zweimonatsschließung ausgesprochen; da sie aber gleichzeitig ihre eigenen Selbstkosten auf etwa 75 £ je t schätzt, scheint ein großer Teil der Erzeugung auch bei den gegenwärtigen Preisen noch gewinnbringend zu sein.

Trotz leidlich günstiger Nachrichten vom „Kartellkriegsschauplatz“ gaben die *Zinkpreise* weiter nach; die Brüsseler Zusammenkunft ist „um einige Tage“ verschoben worden.

Die Effektenmärkte

Berliner Börse

Anhaltende Stagnation

Die Börsenkurse wiesen in der letzten Woche nur geringfügige Schwankungen auf. Tage, an denen in- und ausländische Deckungen kleine Kursbefestigungen hervorriefen, wechselten ab mit Tagen, an denen die Verstimmung über die zugespitzte Lage der inneren Politik zu neuen Verkäufen Anlaß gab. Dies vollzog sich bei *kleinsten Umsätzen* unter weitgehender Zurückhaltung des Auslandes und des inländischen Publikums. Zeitweise war das Geschäft so gering, daß kleine Zufallsaufträge bei einzelnen Papieren Kursausschreitungen hervorriefen; so stiegen beispielsweise die Aktien der Hotelbetriebs AG innerhalb weniger Minuten um 7 %, ohne daß irgendein sachlicher Anlaß erkennbar wurde. Die durchschnittliche Aufrechterhaltung des Kursniveaus stellt aber immerhin eine wesentliche Besserung dar gegenüber dem Zustand

der vorangegangenen Wochen, in denen ein ständiges Abbröckeln des Kursniveaus zu verzeichnen war. Dieser Unterschied ist offenbar eine Folge der Beruhigung an den Auslandsbörsen, in deren Verfolg die ausländischen Verkäufe im wesentlichen aufgehört haben.

Es fehlte auch an Anregungen und an Unternehmungslust, um einzelne Aktien oder Aktiengattungen besonders in den Vordergrund zu rücken. Etwas aus dem Rahmen fiel lediglich die Befestigung der *Kunstseidenwerte*, in denen aus Amsterdam Deckungen erfolgten und für die von Amsterdam aus ebenfalls die Inszenierung einer Haussebewegung versucht wurde. Die Preiserhöhung für Kunstseide in Frankreich wurde als Symptom dafür aufgefaßt, daß der Kunstseidenkonsum in die voreilig erhöhte Erzeugungskapazität der Industrie hineinzuwachsen beginne. Allerdings ist die kleine französische Preiserhöhung bisher das einzige Symptom, und man muß sich hüten, das Tempo der vielleicht auf lange Sicht zu erwartenden Gesundung zu überschätzen. Etwas Nachfrage bestand ferner für *Rheinische Braunkohlen* im Anschluß an die Berichtsveröffentlichung, ferner für einige *Energieversorgungswerte*, da das Projekt der Chase National Bank, in Leipzig eine Holding Gesellschaft für Mitteldeutsche Energieversorgungswerte zu gründen, diesem Marktgebiet weiterhin Anregung bot. Wann dieses Projekt verwirklicht wird und in welchem Ausmaß, ist aber vorläufig noch nicht zu übersehen. Eine geringfügige Beachtung wurde auch der *Mansfeld-Aktie* geschenkt, da es der Verwaltung zu gelingen scheint, eine umfangreiche Reichssubvention für den Kupferbergbau zu erlangen.

Unerfreuliche Diskussionen fanden wegen des Handels in *Victoria-Versicherungsaktien* statt. Nachdem die Notiz von der Verwaltung preisgegeben worden ist, hat die Gesellschaft ihren Aktionären bekanntlich versprochen, daß die Verwaltungsbank (die Danatbank) den Aktionären eine ständige Verwertungsmöglichkeit für die Aktien garantieren werde. Der letzte amtliche Kurs war 2900, aber die Danatbank hat den Aktionären nur 2100 geboten, so daß die Aktionäre den Eindruck gewinnen mußten, als benutze die Verwaltung die Notizeinstellung zu einer Übervorteilung der Aktionäre. Von der Verwaltung wird dagegen eingewandt, daß die opponierende Michael-Gruppe in den letzten Tagen vor der Kursstreichung den Kurs ungewöhnlich getrieben habe, und daß man von der Verwaltung nun nicht verlangen könne, daß sie dauernd übertriebene Kampfkurse bewillige. Diese Darstellung ist aber nicht richtig; denn die Kurssteigerung in den letzten Tagen der amtlichen Notierung beruhte auf der Nachricht, daß die Gesellschaft in Frankreich Werte zurückerhalten habe, die nicht weit hinter dem bisherigen Nominalkapital der Gesellschaft zurückbleiben. Der Verdacht einer Übervorteilung der Aktionäre bleibt also bestehen.

Frankfurter Börse

Mit Sorge beobachtet man in Frankfurt die weiteren Kapitalabwanderungen nach dem Ausland, die dem heimischen Effektenverkehr immer mehr den Boden zu entziehen drohen, zumal für die Abwanderung allzu häufig Tauschoperationen unter Abgabe deutscher Papiere vorgenommen werden. Dabei hat die Rückwanderung deutscher Effekten aus dem Ausland, das fast durchweg mit eigenen Sorgen und Liquiditätsbedürfnissen zu kämpfen hat, noch keineswegs aufgehört. Nur ganz vorübergehend brachten bessere Kursmeldungen aus New York eine leichte Erholung. Im ganzen blieb das Geschäft bei weichenden Kursen lustlos, am letzten Börsentage zeigte sich eine mäßige Erholung. Die *Farben-Aktie* hielt sich bei 161 %, die Umsätze sind auch in diesem Standardpapier sehr zurückgegangen. Eine bessere Haltung zeigte der *Kunstseidenmarkt*; AKU notierten unter Schwankungen 105 % nach 94 %, wobei gelegentlich durch Tiefersetzung der Kurse die Mitläufer der von Holland ausgehenden Aufwärtsbewegung aus ihren Positionen her-

ausgedrückt wurden; man nimmt an, daß mit der Anwesenheit Blüthgens in den Vereinigten Staaten organisatorische und bankmäßige Neuordnungen getroffen werden, die dem AKU-Konzern zugute kämen; man hofft auch, daß die Regelungsmöglichkeiten auf dem internationalen Markt günstiger beurteilt werden können. Die *Miag*-Kurse haben sich gebessert und zogen bis auf 94 % an, später fielen sie allerdings wieder wegen der Unklarheit über die Placierung der Greffenius-Aktien auf 90 %. *Aschaffenburger Zellstoff* zogen auf 110 nach 108½ % an. *Holzverkohlung-Aktien* konnten gleichfalls gewinnen. *Süddeutsche Zucker* fanden stärkere Nachfrage und stiegen bis 159 %. *Hypothekenbank-Aktien* lagen recht fest, besonders *Frankfurter Pfandbriefbank* (155 %) und *Frankfurter Hypothekenbank* (154 %) auf den flotten Absatz der neuen Pfandbrieftitel hin; die 7 %igen Pfandbriefe der *Frankfurter Hypothekenbank*, die ausverkauft sind, konnten rasch von 97½ auf 98½ % steigen. *Matt* lagen *Elektro-Nebenwerte*, die zeitweilig keine ausreichende Aufnahme fanden, später *Thüringer Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft* (95 nach 103½ %) und *Lechwerke* (92¼ nach 93 %, dann wieder 93¼ %); *Bank für Brauindustrie* (131 %) waren gesucht, die Nachfrage konnte nicht immer befriedigt werden. Ebenso waren ohne ausreichendes Material *Badische Bank* (später 150%), ohne ausreichende Aufnahme *Verein für Zellstoffindustrie* (später 81 nach 85 %). Recht schwach lagen *Pokorny & Wittekind*, über deren Ertragsaussichten Zweifel bestehen, 23½ nach 27 %.

Der *Einheitsmarkt* zeigte wieder schlechte Aufnahme für manche Papiere, so *Kasseler Faßindustrie* (Schätzung nur noch etwa 14 %), *Memeler Zellstoff* (Taxe 105 %), *Hilpert* (92 nach 95 %, dann wieder gestrichen), *Voltohm* (später 41 nach 45 %), *Vereinigte Kapselabriken Nackenheim* (Schätzung 41 nach 45 %), *Andraee-Noris-Zahn AG*, *Ettlinger Spinnerei*, *Metallwarenfabrik Dannhorn*, *Schneider & Hanau*, *Werger Brauerei*, *Schuhstoffabrik Fulda* (später 25 nach 30 %), *Hessen-Nassau Gas* (später 95 nach 99 ¼ b %). *Cementfabrik Karlstadt* fielen zunächst von 135 auf 125 % zurück, konnten sich aber später auf 131 % erhöhen. *Henningerbrauerei* nach *Briefberechnung* 154 gegen 159 %. *Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft* zogen auf die Mitteilung in der *Generalversammlung* auf 45 nach 40¼ % an. *Gesucht* ohne ausreichendes Material waren *Kawag* (84 gegen 79 % bei nur 20 % Zuteilung auf die Nachfrage am 16. Juli). *Frankfurter Rückversicherungs-Gesellschaft* kamen nach längerer Pause mit 20 RM nach 30 RM wieder zur Notierung, nachdem der *Überführungsplan* auf den *Nordstern-Konzern* bekannt geworden war.

	9. 7.	10. 7.	11. 7.	14. 7.	15. 7.	16. 7.
<i>Bl. Effekten- u. Wechselbank</i>	110	110	110	109	103½/2	108½/2
<i>Frankfurter Bank</i>	100	100	100	100	100	100
<i>Frankfurter Hypotheken-Bank</i>	161½/2	161½/2	152	153	154	154
<i>Cementwerk Heidelberg</i>	109	—	107¾/4	—	107¼/4	—
<i>Scheideanstalt</i>	142½/2	142½/2	—	—	143¼/4	143¼/4
<i>Frankfurter Hof</i>	56	56	56	56	56	56
<i>Hanfwe. Füssen-Immenstadt</i>	70	70	69¾/4	69¾/4	69¾/4	—
<i>Henninger Brauerei</i>	—	—	—	—	—	154
<i>Hochtief</i>	85	85	85	85	85	85
<i>Holzverkohlungs-Industrie</i>	94½/2	89,6	—	90½/2	90¼/4	90½/2
<i>Main-Kraftwerke</i>	80	80	81	—	81¾/4	—
<i>Metallgesellschaft</i>	112½/2	112¼/4	112½/2	—	—	113¾/4
<i>Maschinenfabrik Moenus</i>	25	25	25	25	25	25
<i>Ludwigshafener Walzmühle</i>	95	95	96	95	95¾/8	95¾/4
<i>Tellus. Bergbau u. Hüttenind.</i>	100	100	100	100	100	100
<i>Verein f. chem. Industrie</i>	72	68¾/4	68¾/4	—	—	66½/2

Hamburger Börse

Die allgemeine Geschäftsunlust wird durch die *Ferienstimmung* verstärkt, und die *Umsatzfähigkeit* ist auf den meisten Märkten weiterhin gesunken. Vorübergehend regte zwar die *Belebung* der *Elektro- und Kunstseidenwerte* die *Stimmung* etwas an, ohne die *Kulisse* aus ihrer *Reserve* herauszulocken. Dennoch kann man zuweilen beobachten, daß von *privater Kundschaftsseite* eine *größere Kauforder* an den Markt kommt. *Bezeichnenderweise* erstrecken sich *derartige Orders* fast *ausnahmslos* auf *Werte* mit *reinem Anlage-Charakter*, bei denen nach *menschlichem Ermessen* *Überraschungen* von *seiten der Verwaltungspolitik* nicht

erwartet werden können. Aus diesem Grunde profitierten von der neuen Nachfrage die *Werte der Hamburger Elektrizitäts-Werke*, die wieder ihre *vorjährige Dividende* (10 %) *ankündigen*, und die *Hamburger Hochbahn*. Auch *Lübeck-Büchener Eisenbahn-Anteile* blieben ohne *Angebot* zu 72 % *gesucht*, wobei als *Auftraggeber* eine der *Reichsbahn befreundete Seite* genannt wird. Außerdem erwartet man, daß die *neueste Tarifierhöhung* der *Reichsbahn* für die *Lübeck-Büchener Bahn* *genehmigt* werden wird. Die *Aktien der Bergedorf-Geesthachter* blieben zum *letzten Kurs* von *Interessentenseite* in *kleinen Beträgen* *gefragt*, obwohl oder *vielleicht* weil die *erwartete Verständigung* mit dem *hamburgischen Staat* noch nicht *zustande* gekommen ist.

Die *Stimmung für Schiffahrtswerte* war eher noch *unlustiger*, wenn auch *vorübergehend* im *Zusammenhang* mit dem *aufflackernden Geschäft* auf den *Ultimomärkten* *Deckungskäufe* der *Baissiers* in *Hapag* und *Lloyd* eine *Erholung* *anzukündigen* schienen. *Nebenwerte* dieses *Marktes* waren *unverändert* *angeboten* und *blieben*, wie z. B. die *Afrika-Linien*, *meist ohne Notiz*.

Auf dem Markt der *Hamburger Lokalwerte* ereignete sich *wenig Berichtenswertes*. Die *Notierungen* sind *überwiegend nominell*. Gegenüber der *stetigen Nachfrage* nach *Brauereiwerten* lag *keinerlei Angebot* vor, doch hat man nach *bisherigen Erfahrungen* den *Eindruck*, daß sich die *Käufer* bei *eingehenden größeren Angeboten* von ihrem *Kurs zurückziehen*. *Zementwerte* hatten *einiges Geschäft* bei *behaftetem Kurs*, *Alsen* waren zum *Schluß* etwas *höher* *angeboten*.

In *Kolonialwerten* waren *Jaluit- und Deutsche Handelsplantagen-Genußrechte* zu *Umtauschzwecken* *gefragt* und in *kleinen Beträgen* auch *etwas höher bezahlt*. Im *übrigen* *beschränkte* sich das *Geschäft* auf *einzelne Umsätze* in *Schantung* (79,50 %). Die *Erklärung* der *Phosphat-Verwaltung* über die *Verkaufsverhandlungen* blieb ohne *Eindruck*; *kleinere Beträge* sind *knapp* mit 5 % *unterzubringen*. Für *Ottensener Eisenwerk* (zuletzt 8 % *Dividende*) wurde *wieder ein Antrag* auf *Zulassung* zum *Hamburger Börsenhandel* *gestellt*.

	9. 7.	10. 7.	11. 7.	14. 7.	15. 7.	16. 7.
<i>Deutsch-Ostafrika-Linie</i>	—	—	—	—	—	63
<i>Wormann-Linie</i>	—	—	—	—	—	63
<i>Flensburger Dampfercomp.</i>	36	34	36	—	35	36
<i>Bavaria- u. St. Pauli-Brauerei</i>	169	169½/2	169	169	169	169
<i>Bil-Brauerei</i>	—	225	225	225	225	225
<i>R. Dolberg</i>	90	90	90	90	90	90
<i>Eisenwerk Nagel & Kaemp.</i>	108	108	108	108	108	108
<i>Flensburger Schiffsbau G.</i>	110	110	110	110	110	110
<i>Lederwerke Wiemann</i>	67	67	67	67	67	67
<i>Chem. Hall & Sthamer</i>	24½/2	27	27	27	27	27
<i>Chem. Fabr. Harburg-Stadtfurt</i>	82	82	82	82	82	82
<i>H. Schlick & Cie.</i>	62	62	62	62	62	62
<i>Transp.-AG. (vorm. Hevecke)</i>	118	113	118	118	118	118
<i>Malzfabrik Hamburg</i>	26	26	26	26	26	26
<i>Schwartzauer Werke</i>	60	60	60	60	60	60
<i>Jaluit-Gesellschaft</i>	45	45	47	49	45	45
<i>Deutsche Hand. u. Plant.Ges.</i>	85	85	85	85	85	85
<i>dto. Genußscheine</i>	55	55	55	60	55	55

Pariser Börse

Das *französische Nationalfest* hat die *Zahl der Arbeitstage* für die *Pariser Börse* in der *abgelaufenen Woche* auf *vier verringert*. Die *Schließung* der *Börse* vom *Freitag* bis zum *Dienstag* und der *Beginn* der *Ferien*, der die *ohnehin geringe Aktivität* weiter zu *reduzieren* droht, waren *wenig* dazu *angetan*, die *Geschäftstätigkeit* zu *beleben*. Die *Umsätze* hielten sich *deshalb* in den *engsten Grenzen*. Wenn *trotzdem* die *Börse* eine *überraschende Widerstandsfähigkeit* an den *Tag* *legte* und das *Kursniveau* der *Vorwoche* nicht *nur* zu *halten*, sondern *teilweise* sogar zu *verbessern* vermochte, so ist dies fast *ausschließlich* den *Deckungskäufen* *zuzuschreiben*, zu denen sich die *Baissespekulation* im *Hinblick* auf die *Medio-liquidation* *veranlaßt* sah.

Als *weiteres günstiges Element* kam *hinzu*, daß sich das *Angebot* *beträchtlich verringert* hat. Die *Spekulation*, die *durch* die *schweren Rückschläge* der *letzten Monate* *empfindliche Verluste* *erlitten* hatte, hat ihre *Positionen* im *wesentlichen bereinigt*, so daß mit *Zwangverkäufen* *größeren Umfangs* nicht *mehr* zu *rechnen* ist. Auch die

Kundschaft, die — von der allgemeinen Panik angesteckt — ihre Effekten in Massen auf den Markt geworfen hat, scheint inzwischen zur Besinnung gekommen zu sein. Wenn sie auch noch nicht wieder als Käufer auftritt, so hat sie doch wenigstens aufgehört zu verkaufen; der daraus resultierende Mangel an flottierendem Papier hat wesentlich zur Befestigung der Tendenz beigetragen.

Die *Medioliqidation* vollzog sich unter diesen Umständen in leidlich befriedigender Weise. Reportgeld war auch diesmal reichlich angeboten und bedang 1 % gegen 0,5 % Ende Juni. Dieser Satz liegt noch immer so tief unter dem normalen, daß es falsch wäre, aus der Erhöhung irgendwelche Schlüsse auf die Geldflüssigkeit auf dem Pariser Markt zu ziehen. Wenn auch die Kursveränderungen gegenüber dem Ultimo nicht beträchtlich waren, so waren sie doch fast durchweg zugunsten der *Haussespekulation*, die dadurch zum erstenmal seit längerer Zeit wieder einen Impuls erhalten hat.

Wie wenig im übrigen der *Pessimismus*, der die Pariser Börse seit Jahr und Tag zu völliger Stagnation verurteilt, in der wirtschaftlichen Situation des Landes begründet ist, zeigen die amtlichen Produktionszahlen. Sie erfassen allerdings nur die ersten fünf Monate des Jahres 1930; aber die inzwischen eingetretenen Verschiebungen sind so geringfügig, daß sie das günstige Bild der wirtschaftlichen Lage nicht zu trüben vermögen. Der Index für die *industrielle Produktion*, der für die Monate April und Mai mit 144 ausgewiesen wird, liegt um fünf Punkte über dem Jahresdurchschnitt 1929 und um 17 über dem des Jahres 1928. Von einigen Spezialindustrien abgesehen, ist Frankreichs Wirtschaft demnach von der schweren Krise, unter der alle übrigen Länder seufzen, unberührt geblieben. Für mehrere Produktionszweige hat der Aufschwung sogar noch im Monat Mai angehalten. So konnten die Maschinenfabriken ihren Beschäftigungsgrad mit 161 (gegen 157 im Durchschnitt des Vorjahrs) voll behaupten, die eisenverarbeitenden Industrien den ihren mit 152 (gegen 129 im April) sogar noch erhöhen. Besonders günstig war die Situation im Baugewerbe, dessen Index im Mai von 138 auf 151 gestiegen ist. Leicht rückläufig sind lediglich die Automobilindustrie mit 681 gegen 685, die Textilindustrie mit 86 gegen 87, die Kohle- und Erzförderung mit 121 gegen 126. Auch diese Industrien vermochten jedoch den Stand von 1929 zu behaupten.

Die Pariser Börse hätte allen Anlaß, ihrer Zukunft mit großem Vertrauen entgegenzusehen, zumal auch ihre *technische Position* ausgezeichnet ist. Was ihr fehlt, ist lediglich ein kräftiger Antrieb. Er müßte von den führenden Banken kommen, die bisher allerdings für diese Aufgabe, dem Effektenmarkt als Impuls und Regulator zu dienen, erstaunlich wenig Verständnis bekundet haben.

Die *Kursbewegungen* hielten sich in engsten Grenzen. *Französische Renten* schlossen ohne wesentliche Veränderungen. Der Markt der *ausländischen Fonds* war völlig vernachlässigt. *Heimische Banken* vermochten das Kursniveau der Vorwoche leicht zu bessern. *Eisenbahnen* zogen auf Grund der angekündigten Tarifierhöhung leicht an, dagegen blieben *Schiffahrtsaktien* weiterhin lustlos. *Elektrizitätsaktien* bröckelten nach vorübergehender Steigerung gegen das Wochenende wieder ab, *Metallaktien* und *Chemische Werte* hielten sich auf dem Niveau der Vorwoche. *Petroleum- und Kautschukwerte* konnten bei lebhafteren Umsätzen einige Gewinne verzeichnen.

	8. 7.	9. 7.	10. 7.	11. 7.	15. 7.	16. 7.
30% Staatsrente 1)	88,85	88,70	87,10	87,20	87,60	88,50
60% (1927) 1)	105,75	105,80	105,80	105,80	105,70	105,90
Banque de France 2)	22490	22500	22700	22600	22625	22400
Credit Lyonnais 3)	2785	3115	3120	3100	3125	3080
Banque de Paris et des Pays-Bas 3)	1572	1580	2320	2830	2850	2810
Paris-Lyon-Méditerranée 3)	1825	1840	1800	1810	1775	1755
Acieries de Longwy 3)	1950	1980	2015	2030	2015	2000
Schneider & Cie (Creusot) 4)	1175	1208	1205	1198	1189	1176
Mines de Lens 1)	3120	3175	3225	3220	3200	3140
Cie. Paris. de Distrib. d'Electr. 5) ..	855	871	882	874	875	875
Thomson-Houston 3)	990	990	998	1015	980	975
Etablissements Kuhlmann 5)	1760	1810	1820	1800	1791	1760
l'Air Liquide 1)	2990	2990	3050	3010	2960	2915
Pächiney 2)	745	760	784	780	780	747
Citroën 3)						

Nominalwert der Stücke: 1) Fr 100, 2) Fr 1000, 3) Fr 500 4) Fr 400, 5) Fr 250

Londoner Börse

In der Vorwoche hatte die Bank von England 640 000 £ Gold verloren. Inzwischen sind weitere Abzüge, fast durchweg nach Frankreich, in Höhe von rund 450 000 £ erfolgt. Ein Ausgleich ist dadurch geschaffen worden, daß die Bank einen größeren Posten bereits zurückgelegten Goldes wieder aufgenommen hat und daß ihr weitere Beträge aus dem Ausland zugeflossen sind. Die französische Goldnachfrage hält aber immer weiter an. Das Pfund hat dem Franken gegenüber seit Anfang 1927 noch nie so schlecht gestanden wie jetzt; es notiert 123,61, und bisher hat kein Goldabzug hier Wandel schaffen können. Der Tagesgeldmarkt ist von dieser Bewegung zeitweise beunruhigt gewesen, so daß Neuausleihungen und Verlängerungen bis zu 2 % kosteten. Zuletzt ist eine Erleichterung eingetreten, wobei der Satz auf 1½ % zurückging. Auch der Privatdiskont hat entsprechend reagiert und ist auf 2½ % gestiegen. Der Durchschnittssatz für die letzte Schatzwechselmission hat sich auf 2/7/0,75 £ erhöht.

Die österreichische Anleihe, deren Londoner Anteil 3 Mill. £ ausmachte, ist in der vergangenen Woche aufgelegt worden. Die Zeichnungslisten wurden am Tage der Auflegung schon um 11 Uhr geschlossen. In nächster Zeit steht eine größere australische Anleihe zur Konsolidierung der dortigen Schuldenwirtschaft bevor, im ganzen handelt es sich um 20 Mill. £; der Londoner Anteil wird einen ähnlichen Betrag wie bei der österreichischen Anleihe ausmachen.

Die Börse war bei etwas festerer Grundstimmung und kleinem Geschäft ruhig. Der Aktienindex hat sich wiederum etwas nach oben bewegt; auch die festverzinslichen Werte konnten überwiegend leicht gewinnen. Das gilt auch von britischen Staatsanleihen: die 4½ %igen Konversionsanleihen stiegen von 99⁹/₁₆ auf 99⁹/₁₆ %, die 4 %ige Fundierungsanleihe von 90% auf 91% %. Deutsche Anleihen notierten nahezu unverändert bis auf die Dawes-Anleihe, die leicht nachgab. Bei Kolonialanleihen hielt die Befestigung im allgemeinen an. Heimische Bahnwerte erlitten wieder Kursverluste, Great Western von 82¼ auf 80¼ %, London Midland von 46 auf 43¼ %. Nur Untergrundbahn-Anteile hielten sich besser und konnten sogar Kurssteigerungen verzeichnen. Brasilianische Bahnen konnten die vergangenen Verluste teilweise wieder einbringen. São Paulo stieg von 160 auf 162½ %. In internationalen Werten überwogen gleichfalls die Aufwärtsbewegungen: Baltimor & Ohio von 104 auf 109½ %, U. S. Steel von 160½ auf 168 %, International Nickel von 24% auf 25½ %, Hydro Electric von 38% auf 40½ %. Gebessert waren gleichfalls die Werte der Schweden-Gruppe. Unregelmäßig war das Geschäft in Minenwerten. Ölanteile waren kaum geändert, Gummiewerte im ganzen schwach, Teewerte gebessert. Auf dem Markt der Industriewerte hatten Elektro-Anteile die Führung: General Electric stiegen von 50/3 auf 51/-. Kunstseidenaktien entwickelten sich verschiedenartig: Courtaulds verloren von 44/4½ auf 42/6, Glanzstoff gewann von 1½ auf 1½, ebenso Snia Viscosa von 9/9 auf 10/7½, British Enka blieb unverändert. Cables & Wireless konnten sich von ihrem Tiefstand leicht erholen; die Kurse zogen von 23 auf 25 an.

	9. 7.	10. 7.	11. 7.	14. 7.	15. 7.	16. 7.
4% Funding Loan	90 ⁹ / ₁₆	91 ¹ / ₁₆	91 ¹ / ₁₆	91 ¹ / ₁₆	91 ³ / ₁₆	91 ⁵ / ₁₆
London Midl & Scot Ord.	46	46	46	45 ¹ / ₂	44 ³ / ₄	43 ¹ / ₂
Central Argentine Ord.	69	68 ¹ / ₂	68	68	69	70
De Beers Cons. Mines Def	71 ¹ / ₄	71 ¹ / ₄	71	7/8	71	7/8
Burmah Oil Co.	48 ¹ / ₁₆	48 ¹ / ₁₆	48 ¹ / ₁₆	48 ¹ / ₁₆	48 ¹ / ₁₆	48 ¹ / ₁₆
Anglo Dutch Plantation ..	271	271	269	263	269	269
Courtaulds	44 ⁴ / ₁	44 ⁴ / ₁	42/6	42/6	42/6	42/6
Imperial Chemical Industr.	21/8	22 ¹ / ₁₆	22	22	21 ¹⁰ / ₁₆	21 ¹⁰ / ₁₆
Vickers	81	71/0	77 ¹ / ₂	7/6	7/6	7/6
Rio Tinto Ord.	34 ⁵ / ₈	34 ⁵ / ₈	34 ⁵ / ₈	34 ⁵ / ₈	34 ⁵ / ₈	34 ¹ / ₂
Aktienindex 1928=100 ..	82,4	81,8	82,1	81,9	81,7	—
Abschlüsse total	5333	4925	4527	5644	4863	—
Staats- u. Kommunalanl.	1697	1295	1313	1680	1395	—
Verkehr u. PublicUtilities	908	912	783	1028	975	—
Handel u. Industrie	1600	1672	1538	1867	1511	—
Bank, Versicherung	432	437	386	403	410	—
Minenwerte	389	350	307	370	318	—
Öelwerte	145	156	112	157	128	—
Gummi, Tee, Kaffee	167	103	98	141	126	—

New Yorker Börse

Seit langer Zeit zum ersten Mal hat Wallstreet eine deutliche und anhaltende Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Die feste Stimmung kam am stärksten 10., 12. und 14. Juli zum Ausdruck, überwog aber auch an den anderen Tagen, mit Ausnahme des 11. Juli, an dem das Kursniveau etwas zurückging. Der Durchschnittskurs von 30 Industrieaktien zeigte am 12. Juli mit 229,2 eine Steigerung von 7 Punkten = 3 % gegenüber der Vorwoche. Die Kurse der Eisenbahnaktien konnten verhältnismäßig stärker anziehen; der Index stieg von 128,4 auf 132,4. Am stärksten waren die Gewinne bei den Public Utilities, deren Index von 80,9 auf 83,6, also um etwa 5 % anzog.

Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien
8. 7.	219,08	127,65	11. 7.	224,86	131,86
9. 7.	222,04	129,51	12. 7.	229,23	132,39
10. 7.	227,39	132,28	14. 7.	234,21	134,51

Diese Bewegung geht in der Hauptsache auf Anlagekäufe zurück; sie wurde durch das fast vollständige Aufhören der Tätigkeit der Baissepartei verstärkt. Obgleich die bekanntgewordenen Konjunkturdaten noch keine Erholung zeigen, hat eine optimistischere Stimmung wieder die Oberhand erhalten; sie ist auch durch die dauernde Schwäche der Warenmärkte nicht gestört worden. Unterstützend kam das Anhalten der Geldflüssigkeit hinzu, die namentlich auf dem Bondsmarkt deutlicher fühlbar zu werden beginnt. Die Börsenkredite nahmen nur noch um 16 Mill. \$ ab (3203 gegen 3219 Mill. \$); man nimmt an, daß die Konsolidierung damit ihren Abschluß erreicht hat. Tagesgeld ging schnell von dem um den Halbjahresultimo erreichten Satz von 3 % auf 2½ und schließlich auf 2 % herab; es blieb reichlich angeboten. Auch der Ausweis der Bundesreservenbanken vom 9. Juli zeigte die Entspannung nach dem Halbjahrestermin. Der Wechselbestand fiel um 33 auf 385 Mill. \$, der Goldbestand nahm wieder um 25 auf 5018 Mill. \$ zu. Der Notenumlauf fiel um 26 Mill., während sich die Depositionen um 16 Mill. erhöhten.

Kurserrhöhungen bildeten durchaus die Regel, doch beschränkten sich die starken Steigerungen auf einige Teilgebiete. Fast durchweg erheblich gebessert waren Eisenbahnwerte; die größten Gewinne erzielten Chicago-Milwaukee (15½ gegen 14%), Chesapeake (187 gegen 178), Missouri, Kansas, Texas (40 gegen 36), Missouri Pacific (69 gegen 60) und Union Pacific (219 gegen 207). Von den Public Utilities zogen besonders an American Power & Light (84 gegen 80), Consolidated Gas (112 gegen 106) und American Waterworks (92 gegen 83). Sehr fest lagen die großen Elektrizitätsgesellschaften. General Electric zogen von 66 auf 72 an, Westinghouse von 134 auf 140, Am. Telephone auf günstigen Einnahmeausweis von 205 auf 221; Radio schnellten sogar von 35 auf über 40. Erhebliche Gewinne waren auch bei Stahlwerten zu verzeichnen. United Steel stiegen von 156 auf 164, Bethlehem von 80 auf 84, Republic von 41½ auf 45. Auch Automobilwerte stiegen erheblich, z. B. General Motors von 40½ auf 43, Chrysler von 27½ auf 29, Auburn von 98 auf 111, Hudson von 30 auf 33, Studebaker von 28 auf 33, Kupferwerte, mit Ausnahme von Anaconda, etwas gewinnen, ebenso die Werte der Standard Oil Gruppe. Handelswerte lagen uneinheitlich, Tabakwerte im ganzen kaum verändert, Fleischpackeraktien schwach. An Erhöhungen von Spezialwerten traten hervor: I. C. Case (179 gegen 169), Columbian Carbon (153 gegen 115), Eastman Kodak (204 gegen 192), Gillette (70 gegen 64), Hershey Chocolate (99 gegen 89).

	9. 7.	10. 7.	11. 7.	12. 7.	14. 6.	15. 6.
U. S. Steel Corporat.	157½	159½	157½	160½	163¼	163¾
American Can Co...	118	121¼	119¾	123	126¼	126
Anaconda Copper...	49¾	50	48½	49¼	49½	49½
General Motors	41	42½	41½	42½	43	43½
Chrysler	27½	28½	27½	28½	29	29
General Electric	67½	68½	67¾	70	72	71½
Am. Tel. & Telegr...	206¾	210	207¾	210	212	220½
Radio Coporation	35¾	37¾	36¾	39½	41	40¼
Allied Chemical	248	258	255*	260	270	267
Standard Oil N. J.	60½	61	68½	70½	72½	72¾
Woolworth	55¼	57	56	56½	58	58¾
Fennys-Railr. Co.	74¾	75½	75¼	75½	76	75¾
Aktienumsatz (1000)	1355	2163	1522	905	2732	3085

Statistik

Der deutsche Außenhandel im Juni

(Mill. RM)	Gesamt 2)	Ausfuhr ¹⁾		Lebende Tiere 1)	Lebensmittel und Getränke ¹⁾	Rohstoffe und halbfertige Waren ¹⁾	Fertige Waren ¹⁾	
		Reiner Warenverkehr						
		Gesamt 2)	Reparations-sach-lieferungen					
1925 M.-D. ...	747,5	3,3	744,2	41,0	1,8	43,3	166,3	562,7
1926 " ..	830,5	3,0	827,5	52,6	2,0	42,0	227,7	590,2
1927 " ..	866,4	1,8	864,6	48,2	2,4	36,7	217,3	643,6
1928 " ..	984,8	2,6	982,2	55,2	1,6	51,9	229,1	740,4
1929 " ..	1204,7	81,1	1123,6	66,6	1,8	58,5	243,9	810,4
1928								
Juni	962,3	1,7	948,3	43,9	1,6	46,8	189,3	696,6
Juli	1000,2	2,6	985,6	57,3	1,7	41,6	232,7	704,0
August	1111,9	2,8	1095,7	54,2	1,7	39,5	255,1	783,2
September ..	1153,7	2,7	1136,9	62,3	1,9	60,1	232,1	826,0
Oktober	1040,1	2,7	1025,0	60,9	1,6	69,9	215,7	722,7
November ..	1001,8	4,3	997,5	58,5	1,4	65,2	215,7	715,2
Dezember ..	1031,2	4,6	1026,6	52,9	0,9	62,1	224,2	739,4
1929								
Januar	1104,4	3,0	1101,4	69,7	1,3	62,1	247,4	790,6
Februar	975,1	4,0	971,1	54,7	1,4	46,2	210,8	712,7
März	984,4	2,5	981,9	53,5	1,4	47,6	223,4	709,5
April	2163,5	936,6	1226,9	68,0	1,6	79,5	269,5	876,3
Mai	1175,8	3,3	1172,5	79,0	2,1	76,2	260,1	834,1
Juni	1079,8	2,6	1077,2	66,0	2,1	59,1	228,4	787,6
Juli	1103,0	4,0	1099,0	70,6	1,5	43,5	243,9	810,1
August	1192,3	3,7	1188,6	69,2	1,4	42,5	261,2	883,5
September ..	1203,7	4,0	1199,7	69,3	2,4	58,3	259,6	879,4
Oktober	1251,2	3,9	1247,3	93,1	1,8	73,2	249,2	923,1
November ..	1156,6	2,9	1153,7	63,0	2,2	61,3	239,5	850,7
Dezember ..	1066,7	3,2	1063,5	60,3	3,0	62,0	233,2	775,3
1930								
Januar	1095,1	2,7	1092,4	58,8	2,0	46,4	248,7	795,3
Februar	1030,1	3,8	1026,3	64,5	3,0	43,8	223,6	755,9
März	1107,5	3,6	1103,9	61,2	3,5	46,2	220,7	833,5
April	979,7	3,0	976,7	50,8	5,7	36,7	199,9	734,4
Mai	1093,5	3,0	1090,5	78,8	6,9	39,9	236,3	813,3
Jun	912,6	2,4	910,2	51,8	5,0	48,1	187,2	670,0

(Mill. RM)	Gesamt 2)	Einfuhr		Lebende Tiere	Lebensmittel und Getränke	Rohstoffe u. halbfertige Waren	Fertige Waren	Saldo des reinen Warenverkehrs
		Reiner Warenverkehr 2)						
		Gesamt 2)	Gold und Silber un- bearbeitet					
1925 M.-D. ...	1038,5	59,8	978,7	10,2	335,2	517,6	167,1	- 234,5
1926 " ..	859,7	51,3	808,4	10,0	297,6	412,3	113,6	+ 19,1
1927 " ..	1170,0	19,9	1150,1	14,2	390,5	599,3	211,6	- 285,5
1928 " ..	1217,5	80,5	1137,0	12,1	349,0	601,5	204,2	- 154,8
1929 " ..	1165,5	46,0	1119,5	12,5	318,1	600,4	188,5	+ 4,1
1928								
Juni	1123,6	48,5	1075,1	11,0	329,8	578,8	188,8	- 126,8
Juli	1267,2	119,1	1148,1	8,8	386,2	602,9	185,7	- 162,5
August	1114,8	61,9	1052,9	10,1	342,6	550,3	182,5	+ 42,8
September ..	1215,0	159,4	1055,6	12,9	337,0	561,9	186,4	+ 81,3
Oktober	1228,2	150,6	1077,6	12,2	372,4	611,5	215,9	- 150,6
November ..	1276,4	102,6	1173,8	16,2	352,7	609,4	195,5	- 176,3
Dezember ..	1218,7	116,1	1102,6	13,2	332,6	566,0	190,8	- 76,0
1929								
Januar	1329,6	12,8	1316,8	12,1	402,8	688,2	213,7	- 215,4
Februar	1021,9	7,2	1014,7	8,8	277,7	546,0	182,2	- 43,6
März	1032,9	9,5	1023,4	8,2	262,9	563,0	189,3	- 41,5
April	1266,8	11,6	1255,2	12,4	350,8	691,8	200,2	- 28,3
Mai	1143,8	11,8	1132,0	11,6	310,7	613,5	196,2	+ 40,5
Juni	1113,3	35,5	1077,8	11,3	279,1	585,2	202,2	- 0,6
Juli	1431,3	203,2	1228,1	12,6	407,0	613,6	194,9	- 129,1
August	1192,6	120,0	1072,6	12,0	305,5	575,7	179,4	+ 116,0
September ..	1082,1	43,9	1038,2	15,4	295,2	547,4	180,2	+ 161,5
Oktober	1129,7	23,0	1106,7	16,9	299,0	600,9	189,9	+ 140,6
November ..	1186,7	25,7	1161,0	16,3	315,6	652,2	176,9	- 7,3
Dezember ..	1067,7	47,4	1020,3	12,0	316,4	527,6	164,3	+ 43,2
1930								
Januar	1320,5	24,8	1304,7	15,4	480,8	634,3	174,2	- 212,3
Februar	1144,5	162,9	981,6	11,6	278,4	523,8	167,8	+ 44,7
März	949,2	65,8	883,4	9,1	213,6	493,2	167,5	+ 220,5
April	968,6	80,4	888,2	8,5	241,6	479,6	158,5	+ 88,5
Mai	862,1	81,9	830,2	8,2	209,2	453,5	159,3	+ 266,3
Juni	847,4	33,8	813,6	7,5	215,0	440,6	150,5	+ 96,6

1) Einschl. Reparations-sachlieferungen.

2) Wegen Änderung der Erfassungsmethode des Außenhandels im Oktober 1928 sind die Monatsdurchschnitte 1925 bis 1928 auf Grund der Zahlungsbilanz berichtigt worden. Für die Monate April bis einschl. Oktober 1928 sind wegen der besseren Vergleichbarkeit mit den übrigen Monaten von der Einfuhr 3% abgesetzt worden, während die Ausfuhr um 1,5% erhöht worden ist.

Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Übersicht werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

Table with columns for years 1929 and 1930, and sub-columns for months (June, July, May) and weeks. Rows are categorized into Production (Kohle, Petroleum), Arbeitslosigkeit, Umsätze und Geschäftsgang (Güterveranstellung, Einnahmen, Postcheckverkehr, Abrechnungsverkehr), Preise (Großhandelsindizes, Großhandelspreise), and other economic indicators.

Einhelt	1929						1930							
	Juni		Juli		Mai		Juni		Juli		27. 30. 6.	28. 7. 12.	29. 14. 19.	
	26. 24.-29.	27. 1.-6.	28. 8.-13.	29. 15.-20.	20. 12.-17.	21. 19.-24.	22. 26.-31.	23. 2.-7.	24. 9.-14.	25. 16.-21.				26. 23.-28.
Großhandelspreise¹⁾														
Kupfer, elektrolyt, New York ..	ets. je lb. ¹⁰⁾	18.00	18.00	18.00	18.00	18.00	18.00	18.00	18.00	11.75	12.00	12.00	11.75	11.50
standard, London	£ je tgr. ¹⁰⁾	74.13.9	73. 6.72	72. 3. 9	70. 1. 3	57.17.6	53.17.6	54. 5. 0	53. 5. 0	51. 5. 0	47. 2. 6	48.17.6	55.10.0	48. 7. 6
London, 3 Monate		74.10.0	73. 0.72	72. 3. 9	70.17.6	57.15.0	53.15.0	54. 2. 6	53.10.0	51.10.0	47. 5. 0	48.17.6	49. 8. 9	47.15.9
Zinn, standard, London		201. 5. 0	201.15.0	204.10.0	213.15.0	190. 2. 8	141.15.0	141.17.6	136.17.6	137.12.8	132.10.0	136.12.6	135.11.3	134. 8. 3
London, 3 Monate		204.12.6	205. 0.0	207.15.0	217. 7. 6	161.15.0	143.12.6	143.17.6	138.15.0	139.12.6	134.10.0	138.10.0	137. 6. 3	136. 2. 6
Zinn, New York	ets. je lb. ¹⁰⁾	6.65	6.75	6.75	6.75	4.60	4.65	4.65	4.65	4.65	4.62 1/2	4.30	4.10	4.15
London, greifb.	£ je ton ¹⁾	28. 3. 9	25. 8. 9	25.17.6	25. 0. 0	17. 2. 6	16. 7. 6	16.15.0	16. 8. 9	16.11.3	16. 6. 3	16. 5. 0	15.18.9	15.15.0
Blei, New York	ets. je lb. ¹⁰⁾	7.00	7.00	6.80	6.75	5.60	5.50	5.50	5.50	5.50	5.40	5.25	5.25	5.25
London	\$ je ton	23.18.9	23. 7. 6	23. 1. 3	22.13.9	18.10.0	17.13.9	18. 2. 6	17.18.9	18. 0. 0	17.17.6	18. 0. 0	18. 1. 3	18. 0. 0
Silber, New York	ets je oz. fine ²⁰⁾	53.00	51.88	52.00	52.83	41.13	40.25	39.25	55.00	36.63	34.13	33.38	33.75	33.50
Barren ²⁴⁾ , London	d	24 1/2	24 1/2	24 1/2	24 1/2	19 1/2	18 1/2	18 1/2	16 1/2	16 1/2	15 1/2	15 1/2	15 1/2	15 1/2
London, 2 Monate		24 1/2	24 1/2	24 1/2	24 1/2	19 1/2	18 1/2	18 1/2	16 1/2	16 1/2	15 1/2	15 1/2	15 1/2	15 1/2
Einzelhandelspreise (Berlin)²⁵⁾														
Roggenbrot, ortsbüchlich	RM je kg	0.40	0.40	0.41	0.41	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39
Schweinefleisch (Bauchfleisch)		2.20	2.30	2.40	2.50	2.10	2.08	2.08	2.05	2.03	2.01	1.99	2.00	1.98
Butter (Molkerei-)		3.80	3.80	3.90	3.90	3.20	3.22	3.19	3.13	3.12	3.14	3.26	3.34	3.37
Eier	RM je Stok.	0.13	0.13	0.13	0.13	0.11	0.11	0.11	0.11	0.11	0.11	0.11	0.11	0.12
Vollmilch, ab Laden	RM je l	0.28	0.28	0.29	0.28	0.25	0.25	0.25	0.24	0.24	0.26	0.30	0.30	0.31
Briketts, frei Keller	RM je Ztr.	1.65	1.65	1.65	1.65	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70
Steinkohle, frei Keller		2.50	2.50	2.50	2.50	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41
Geld- und Kapitalmarkt														
Tägliches Geld²⁶⁾														
Berlin	% d. a.	7.52	8.85	7.36	8.69	2.54	2.33	4.17	5.30	3.38	2.93	3.08	5.25	4.08
London		4.60	3.94	4.75	4.66	1.94	2.17	2.20	1.75	2.16	2.17	1.63	1.88	1.17
Amsterdam		4.63	5.52	5.50	4.93	1.63	1.09	1.35	1.38	1.00	0.73	0.75	1.63	1.68
New York		7.00	9.75	8.83	9.00	3.00	3.00	3.00	3.00	2.95	2.54	2.17	2.50	2.45
Langfristiges Geld²⁷⁾														
Berlin, Monatsgeld		9.63	9.65	9.25	9.20	5.13	4.73	4.85	5.13	4.93	4.83	4.56	4.50	4.50
London, 2 Mon. Bankaktz.		5.23	5.30	5.28	5.25	2.13	2.19	2.19	2.19	2.23	2.46	2.38	2.25	2.33
Amsterdam, Prolongationssatz ²⁷⁾		5.25	5.38	5.00	4.63	2.40	2.15	2.18	2.13	1.73	1.85	2.00	1.75	1.83
New York, 3 Mon. Warenwechs.		6.00	5.92	6.00	6.00	3.89	3.88	3.78	3.50	3.25	3.52	3.63	3.50	3.13
Privatdiskont²⁸⁾														
Berlin		7.50	7.45	7.38	7.38	3.88	3.75	3.75	3.75	3.63	3.50	3.50	3.50	3.40
London		5.34	5.38	5.34	5.34	2.10	2.18	2.17	2.13	2.32	2.47	2.31	2.25	2.40
Amsterdam		5.25	5.31	5.25	5.13	2.14	2.09	2.09	1.88	1.78	1.74	1.87	1.83	1.77
Zürich		3.25	3.19	3.19	3.13	2.44	2.38	2.38	2.25	2.25	2.32	2.00	2.25	2.18
Paris		3.50	3.50	3.50	3.50	2.38	2.25	2.17	2.13	2.15	2.06	1.94	2.00	2.04
New York		5.56	5.34	5.19	5.19	2.57	2.45	2.44	2.32	2.32	2.15	1.95	1.94	1.99
Rendite														
Frankreich, 3 1/2% Staatsrente ²⁹⁾		4.00	4.02	4.02	3.99	3.46	3.40	3.41	3.43	3.42	3.45	3.43	3.44	3.46
Deutschland ³⁰⁾														
5 1/2%		6.47	6.46	6.46	6.46	6.32	6.30	6.26	6.25	6.27				
6%		7.60	7.62	7.61	7.62	7.77	7.20	7.18	7.19	7.21				
7%		8.25	8.30	8.30	8.29	7.86	7.30	7.30	7.31	7.32				
8%		8.77	8.75	8.74	8.74	8.41	8.38	8.36	8.37	8.37				
10%		9.80	9.78	9.78	9.78	9.87	9.87	9.86	9.36	9.86				
Devisenkurse³¹⁾														
in:														
Berlin	RM	4.192	4.198	4.198	4.197	4.191	4.191	4.190	4.192	4.191	4.192	4.195	4.195	4.192
London	£ in \$	4.848	4.848	4.849	4.851	4.860	4.869	4.859	4.858	4.858	4.860	4.860	4.860	4.865
Amsterdam	Fl	2.491	2.491	2.491	2.492	2.487	2.487	2.486	2.488	2.487	2.489	2.489	2.489	2.487
Zürich	Fr	5.198	5.199	5.200	5.200	5.170	5.168	5.168	5.166	5.163	5.163	5.160	5.148	5.145
Paris	Fr	25.574	25.570	25.548	25.538	25.490	25.510	25.505	25.498	25.483	25.478	25.448	25.441	25.408
Mailand	L	19.10	19.10	19.10	19.10	19.07	19.08	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09
in:														
Berlin	RM	20.325	20.357	20.369	20.356	20.365	20.367	20.361	20.361	20.363	20.366	20.388	20.385	20.391
Paris	\$	123.97	123.97	123.91	123.87	123.85	123.94	123.94	123.89	123.81	123.78	123.72	123.67	123.61
New York	\$	4.849	4.849	4.852	4.851	4.880	4.860	4.860	4.858	4.859	4.858	4.860	4.861	4.866
Frans. Fr in Berlin	RM für 100 Fr	16.40	16.42	16.42	16.44	16.44	16.43	16.43	16.43	16.45	16.45	16.48	16.48	16.49
Goldbewegung³²⁾														
Deutschland	1000 RM	- 55	+ 83076	+ 41781		+ 12248	+ 8194	+ 5276	+ 27846	+ 6	+ 134	- 47	- 66	-
Großbritannien		- 14521	- 91995	+ 118	- 952	- 23586	- 100192	- 6677	- 25284	+ 6	+ 156	+ 5797	- 11140	- 12923
Niederlande		- 105	+ 115	+ 13157		- 7	- 5	- 7	- 40	- 8	- 7	- 5	-	- 29
Schweden		- 154	- 50	- 52	- 25	- 95	- 74	- 97	- 131	- 61	- 110	- 20	- 65	-
Schweiz		- 61	+ 63	+ 750	+ 5	+ 16	+ 13	+ 2	+ 28	+ 15	+ 10	+ 10	-	-
Frankreich	Mil. RM	+ 1.1	+ 4.2	+ 1.7	+ 20.6	+ 39.4	+ 101.2	+ 1.1	+ 1.4	+ 18.7	+ 181.7	+ 7.8	+ 19.4	-
Ver. Staaten von Amerika ⁴⁰⁾		+ 19.6	+ 122.5	+ 148.9	+ 116.5	+ 24.8	+ 10.0	- 80.4	+ 13.7	+ 79.4	- 51.6	- 33.7	- 276.1	+ 61.8
Effektenkurse														
Deutschland:														
Börse, index d. Frkf. Ztg. ⁴¹⁾														
Aktienindex, Gesamt	1929 = 100	126.08	125.14	124.85	123.68	110.94	111.88	111.16	109.47	107.90	105.38	104.46	103.33	102.81
Kassawerte		124.58	123.15	123.02	122.13	110.65	111.44	111.16	109.70	108.81	106.48	106.06	105.14	103.91
Terminwerte		128.80	128.81	128.22	126.53	111.45	112.68	111.15	109.07	106.60	103.35	101.51	99.96	100.31
Inländische Anleihen														
Gesamt		95.98	95.67	95.91	95.81	100.64	102.31	102.36	102.23	102.11	102.13	101.96	102.57	103.30
7 1/2%		89.34	89.50	89.89	89.91	97.53	98.37	98.14	97.84	97.95	97.39	97.16	98.04	99.92
8%		97.67	98.06	98.10	97.81	102.69	103.24	103.17	103.10	102.70	102.68	102.73	103.52	104.75
Deutsche Anleihen i. Auslande		101.48	101.54	101.15	101.34	102.10	102.33	102.37	102.91	102.50	101.69	101.20	101.20	101.52
Ver. Staaten v. Amerika ⁴²⁾		183.9	186.7	192.3	195.7	153.5	151.5	153.3	152.6	142.3	131.3	124.9	127.9	128.1
Maklerdarlehen														
Ver. Staaten v. Amerika ⁴³⁾	1000 \$	5 420	5 769	5 755	5 813	4 007	4 013	4 022	4 101	3 998	3 787	3 416	4 274	-

1) Arbeitstäglich.
2) Tägliche Durchschnittsproduktion.
3) 1 barrel (42 gallons) = 1,5898 hl.
4) Stichtagnotierungen vom 1. u. 15. des Monats.
5) 1929 einschl. Sonderfürsorge für berufliche Arbeitslosigkeit.
6) Ohne Nordirland, Wochenanfang.
7) Einnahmen der 4 größten Eisenbahngesellschaft.
8) Angaben aus den Wochenberichten des Instituts für Konjunkturforschung Berlin.
9) London town, metropolitan, county, Woche von Donnerstag bis Mittwoch.
10) Bank clearings; Woche von Freitag bis Donnerstag.
11) Woche von Freitag bis Donnerstag.
12) Stichtag Mittwoch.
13) Financial Times.
14) Bulletin de la statistique générale de la France.
15) Irving Fisher.
16) Notierung vom Dienstag der jeweil. Woche; falls kein Termin angegeben, greifbar.
17) 1 bushel Weizen = 37.23 kg.
18) 1 bushel Mais = 25.40 kg.
19) 1 lb = 0,4536 kg.
20) 1 cw = 50.8 kg.
21) Einschießl. 5.25 RM Verbrauchsabgabe und 0.50 RM für Säcke.
22) Superior Santos, Terminnotierung von 14 Uhr.
23) Fair fermented mid-crop.
24) Good ferm.
25) Calcutta.
26) 1 long ton = 1016, 048 kg.
27) Singapore: f. m. s., cif. Rotterdam.
28) Fully good fair Sakellaridis.
29) Maschine-ginned; Broach = wichtigste ostindische Sorte.
30) Preise aus den statistischen Berichten der Vereinigung des Wollhandels.
31) A/A vollschüßig; deutsche Woll-, fabrik

Berliner Börsenkurse vom 10. bis 16. Juli 1930

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

Main table containing various financial data including 'Heimische Anleihen', 'Ausländische Anleihen', 'Bank-Werte', 'Bahnen-Werte', 'Schiffahrts-Werte', 'Automobil-Werte', 'Chemische Werte', 'Elektrizitäts-Werte', 'Kali-Werte', 'Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien', 'Maschinen- und Metallw.-Fabrik-Aktien', 'Montan-Werte', 'Textil-Werte', and 'Sonstige Werte'. Each section lists company names and their corresponding prices for different dates from July 10 to July 16, 1930.

1) RM 1e Stükk = 200 Schilling. — 2) Ferner 2% Bonus. — 3) Ferner 0,8% Bonus. — 4) Ferner 10% Bonus. — 5) Netto in Gold. — 6) Ferner 1,2% Bonus.

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Wirtt. Noten-B.
7. Juli 1930				
<i>Aktiva</i>				
Gold	28,559	21,032	8,124	8,176
Deckungsfähige Devisen ..	7,823	10,401	2,277	6,982
Sonstige Wechsel u. Schecks	43,381	46,060	20,503	20,275
Deutsche Scheidemünzen ..	0,036	0,071	0,013	0,018
Noten anderer Banken	1,351	6,563	0,469	1,485
Lombardforderungen	2,220	2,732	0,677	3,460
Wertpapiere	5,264	5,705	11,338	4,594
Sonstige Aktiva	8,098	11,176	23,415	42,794
<i>Passiva</i>				
Notenumlauf	68,259	65,486	21,455	26,446
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	0,817	9,772	11,354	10,201
Verbindlichkeiten mit Kündigungsrückstellungen	0,124	5,565	20,458	35,097
Sonstige Passiva	3,440	2,416	1,949	5,769
Weitergegebene Wechsel ..	2,910	0,000	0,948	1,437

Schluß des redaktionellen Teils

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Block, Bln.-Wilmsdorf. — *Für die Inserate:* i. V. E. Schepke. — *Verlag:* Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131. Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — *Druck:* Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Str. 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — *Bezugspreis:* Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck: Berlin 149 296.

Geschäftliche Mitteilungen

Diesem Heft liegt ein Prospekt der „Moskauer Rundschau“ der „Kniaga“ Buch- und Lehrmittelgesellschaft mbH, Berlin W 35, Kurfürstenstraße Nr. 33, bei.

Finanzanzeigen in diesem Heft:

Aktien-Gesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen: Bilanz.

Continental Linoleum-Union: Bilanz.

„Deutscher Herold“ Volks- und Lebensversicherungs-AG: Bilanz.

Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation: Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.

Leonhard Tietz Aktiengesellschaft: Bilanz und Dividende.

Unpünktliche Lieferung

des „Magazins der Wirtschaft“ bitten wir zunächst dem zuständigen Postamt zu melden, weil dadurch jede Unregelmäßigkeit am schnellsten aufgeklärt wird. Erst wenn die Beschwerde bei der Postanstalt ohne Erfolg geblieben ist, bitten wir, den Verlag, Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131, zu verständigen.

Deutscher Herold

Volks- und Lebensversicherungs-A.-G.

Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahrs 1929.

A. Aktiva.	RM
I. Forderungen an die Aktionäre für noch nicht eingezahltes Aktienkapital	1 500 000,—
II. Grundbesitz	8 804 828,05
III. Hypotheken und Grundschuldforderungen	13 707 857,41
IV. Schuldscheinforderungen gegen öffentliche Körperschaften	7 911 598,58
V. Wertpapiere	7 327 575,33
VI. Darlehen auf Wertpapiere	164 583,25
VII. Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	256 484,20
VIII. Beteiligungen an anderen Unternehmungen	18 000,—
IX. Kurzfristige verbrieftete Forderungen im Sinne des § 59 Ziffer 5 VAG.....	145 813,06
X. Guthaben	
1. bei Bankhäusern, Sparkassen usw. RM 1 440 175,84	
2. bei anderen Versicherungsunternehmungen aus dem laufenden Rückversicherungsverkehr	1 778 175,84
XI. Gestundete Prämien	2 688 772,25
XII. Rückständige Zinsen und Mieten	211 295,99
XIII. Außenstände bei Generalagenten und Agenten	2 960 410,17
XIV. Kassenbestand einschließlich Postscheckguthaben	195 415,93
XV. Inventar und Drucksachen	698 565,—
XVI. Sonstige Aktiva	267 622,03
Gesamtbetrag RM 48 636 997,09	

B. Passiva	RM
I. Aktienkapital	2 000 000,—
II. Reservefonds (§ 262 HGB., § 37 VAG.)	200 000,—
III. Prämienreserven	26 603 074,33
IV. Prämienüberträge	2 515 078,22
V. Reserven für schwebende Versicherungsfälle	266 168,71
VI. Gewinnreserven der mit Gewinnanteil Versicherten	3 412 395,34
VII. Rücklage für Verwaltungskosten	555 380,39
VIII. Sonstige Reserven und Rücklagen....	621 255,36
IX. Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen aus dem laufenden Rückversicherungsverkehr	302 385,24
X. Barkautionen	62 584,34
XI. Sonstige Passiva, und zwar	
1. Gutgeschriebene Gewinnanteile der Versicherten.. RM 5 214 986,09	
2. Vorausbezahlte Zinsen .. RM 367 839,03	
3. Prämiendepot	2 357,29
4. Nicht abgehobene Aktionärdividenden	5 152,50
5. Hypotheken auf eigenen Grundstücken	85 000,—
6. Verschiedene Gläubiger.. RM 3 186 068,93	
XII. Gewinn	3 239 271,32
Gesamtbetrag RM 48 636 997,09	

Verwendung des Überschusses.

I. An die Aktionäre	RM 35 000,—
II. Tantieme an den Aufsichtsrat.....	RM 64 385,43
III. An die Gewinnreserve der Versicherten	RM 3 089 885,89
IV. An den Beamtenfonds	RM 50 000,—
RM 3 239 271,32	

Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation Köln

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Montag, dem 4. August 1930, vormittags 11 Uhr, in unserem Geschäftshause in Köln, Kaiser-Friedrich-Ufer 55, stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts, der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1929/30.
Beschlüßfassung über die Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Beschlüßfassung über Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Beschlüßfassung über die Gewinnverteilung.
4. Änderung der Satzungen:
§ 36: Ort der Generalversammlung.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche spätestens am fünften Tage vor der Generalversammlung, das ist am 30. Juli 1930, während der üblichen Geschäftsstunden bei der Kasse der Gesellschaft oder bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin und deren Filialen in Köln, Dortmund, Düsseldorf, Wuppertal-Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg,

bei der Berliner Handelsgesellschaft, Berlin, bei der Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin und deren Filialen in Köln, Dortmund, Düsseldorf, Wuppertal-Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg,

bei dem Bankhause Delbrück Schickler & Co., Berlin, bei dem Bankhause Jacquier & Securius, Berlin, bei dem Bankhause A. E. Wassermann, Berlin, bei dem Bankhause Deichmann & Co., Köln,

bei der Dresdner Bank, Köln, bei dem Bankhause A. Levy, Köln, bei dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, bei der Deutschen Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M.,

bei dem Bankhause Jacob S. H. Stern, Frankfurt a. M., bei dem Bankhause M. M. Warburg & Co., Hamburg, ihre Aktien hinterlegen.

Im Falle der Hinterlegung der Aktien bei einem Notar ist die Bescheinigung des Notars über die erfolgte Hinterlegung in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift spätestens einen Tag nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen.

Die dem Effektengiroverkehr angeschlossenen Bankfirmen können Hinterlegungen auch bei ihrer Effektengirobank vornehmen.

Köln, den 11. Juli 1930.

Der Aufsichtsrat.

Der Vorstand.

Aktien-Gesellschaft für Bergbau, Blei- u. Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen in Aachen

Bilanz am 31. Dezember 1929

Vermögen		RM.
Grundstücke	1 757 527,01	9 807 536,75
Immobilien .. Gruben	2 298 475,92	
Hütten	5 751 533,82	
Mobilien		1,—
Wertpapiere		45 160,—
Beteiligungen		4 953 665,62
Materialien		821 717,67
Erze und Metalle		1 565 081,75
Patente		1,—
Kasse		75 952,17
Schuldner		6 320 392,59
		23 589 508,55
Verbindlichkeiten		RM.
Aktien-Kapital		
Stamm-Aktien	RM 13 500 800,—	14 300 800,—
Vorzugs-Aktien	RM 800 000,—	
Gulden-Anleihe		4 975 900,—
Rücklage I		1 430 100,—
Gläubiger		2 876 886,96
Gewinn		5 821,59
		23 589 508,55

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1929

Soll	RM.
Generalunkosten einschl. Zinsen	938 911,49
Steuern	918 375,93
Soziallasten	908 258,64
Abschreibungen	936 412,—
Gewinn	5 821,59
	3 707 779,65
Haben	RM.
Gewinn-Vortrag aus 1928	12 723,26
Einnahmen	3 695 056,39
	3 707 779,65

Herr Generaldirektor Dr. Dr. e. h. Max Heinhold, Eisleben, ist aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Die Generalversammlung hat beschlossen:

1. die Herren Generalkonsul Friedrich Herbst, Köln, Generaldirektor Dr. e. h. Karl Grosse, Köln, Bergassessor a. D. Dr. Paul Heimann, Berlin, Dr. h. c. Curt Sobernheim, Berlin auf die satzungsmäßige Dauer als Mitglieder des Aufsichtsrats wiederzuwählen;
2. Herrn Generaldirektor Rudolf Stahl, Eisleben, auf die satzungsmäßige Dauer als Mitglied des Aufsichtsrats neu zu bestellen.

Aachen, den 3. Juli 1930.

Der Vorstand

Leonhard Tietz Aktiengesellschaft, Köln

Bilanz per 31. Januar 1930

Aktiva:		RM.	RM.	Passiva:		RM.	RM.
Grundstücke		22 019 785,17		Aktienkapital:			
Abgang		38 347,20		Stammaktien	37 000 000,—		
		<u>21 981 437,97</u>		7% Vorzugsaktien Lit. A.	200 000,—	37 200 000,—	
Zugang		6 073 749,59	28 055 187,56	Reservefonds		4 540 000,—	
Gebäude		25 900 000,—		Spezial-Reservefonds		950 000,—	
Abgang		86 523,30		Langfristige Verbindlichkeiten:			
		<u>25 813 476,70</u>		Hypotheken- und Grund-			
Zugang		11 461 675,40		schulden	11 408 009,62		
		<u>37 275 152,10</u>		Dollar-Obligationsanl. ...	10 122 225,—		
Abschreibung		1 125 152,10	36 150 000,—	Dollar - Amortisations -			
Maschinen und Geschäfts-				Darlehn I	14 450 008,38		
inventar		6 500 000,—		Dollar - Amortisations -			
Zugang		5 154 132,93		Darlehn II	4 818 500,—		
		<u>11 654 132,93</u>		Restkaufgelder	7 949 745,50		
Abschreibung		1 254 132,93	10 400 000,—	Sonstige Schulden	8 460 137,19	57 208 625,69	
Effekten und Beteiligungen			8 450 000,—	Kurzfristige Verbindlichkeiten:			
Warenbestände			33 825 733,42	Warenschulden	10 114 363,84		
Kassen- und Bankguthaben			10 291 047,01	Bankschulden	23 929 464,34		
Außenstände			14 956 749,15	Rückständige Steuern	939 578,60		
Bauzuschüsse und Mietvorauszahlungen			2 542 817,79	Sonstige Schulden	4 256 137,72	39 239 544,50	
Aufwertungsausgleich			647 202,50	Pensionskasse		1 050 000,—	
Avale RM. 8 491 999,66				Nicht eingelöste Dividendenscheine		116 584,20	
				Rückstellung für Grunderwerbssteuer		200 000,—	
				Gewinn- und Verlustkonto:			
				Vortrag	246 993,34		
				Reingewinn	4 566 989,70	4 813 983,04	
				Avale RM. 8 491 999,66			
			<u>145 318 737,43</u>			<u>145 318 737,43</u>	

Gewinn- und Verlust-Konto

Soll:		RM	Haben:		RM
An Unkosten		47 053 626,93	Per Warenkonto		60 148 242,98
An Steuern und soziale Lasten		6 148 341,32			
An Abschreibungen:					
auf Immobilien	1 125 152,10				
auf Maschinen und Ge-					
schäftsinventar	1 254 132,93	2 379 285,03			
An Reingewinn		4 566 989,70			
		<u>60 148 242,98</u>			<u>60 148 242,98</u>

Die in der heutigen Generalversammlung festgesetzte Dividende von

7% auf die Vorzugsaktien Lit. A
10% auf die Stammaktien

gelangt außer bei der Gesellschaftskasse in Köln bei nachstehenden Banken zur Auszahlung:

Barmer Bank-Verein, Hinsberg, Fischer & Co. in Düsseldorf und dessen Zweigniederlassungen in Köln usw.,

Commerz- und Privatbank A.G. in Berlin und deren Zweigniederlassungen in Köln usw.,

Darmstädter und Nationalbank in Berlin und deren Zweigniederlassungen in Köln usw.,

Dresdner Bank in Dresden und deren Zweigniederlassungen in Köln usw.,

Hardy & Co. G. m. b. H. in Berlin,

Hardy & Co. in München,

Lazard Speyer-Ellissen K. a. A. in Berlin und Frankfurt a. M.,

Amsterdamsche Bank in Amsterdam,

N. V. Transandine Handel Mij. in Amsterdam.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Dividende auf die Stammaktien im Nennwert von 1000,— RM gegen den Dividendenschein Nr. 3 und auf die Stammaktien im Nennwert von 100,— RM gegen den Dividendenschein 1929 ausgezahlt wird.

Die turnusgemäß ausscheidenden Aufsichtsrats-Mitglieder Max Baumann und Louis Schloß wurden wiedergewählt. Die Herren Kommerzienrat Dr. Theodor Frank (Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft) und Geh. Justizrat Dr. Karl Beheim-Schwarzbach (Darmstädter und Nationalbank) wurden neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Köln, den 9. Juli 1930.

Der Vorstand:

Alfred Leonhard Tietz.
Max Grünbaum. Julius Schloß.
Franz Levy. Siegmund Lazarus.
Gerhard Tietz. Ernst Baumann.
Franz Baumann.

Continentale Linoleum-Union, Zürich.

Bilanz per 31. Dezember 1929.

Aktiva.	Fr.	Passiva.	Fr.
Beteiligungen:		Aktienkapital	46 000 000.—
RM. 20 000 000.— Aktien Deutsche Linoleum-Werke		(davon im Umlauf und dividendenberechtigt	
à 110 %		Fr. 83 834 744.62)	
Kr. 4 000 000.— Aktien Forshaga à 110 %		Reserve	4 600 000.—
Fr. 1 980 000.— Aktien Giubiasco à 110 %		Banken	2 482 464.05
hfl. 3 750 000.— Aktien Krommenie à 110 %		Kreditoren ¹⁾	1 069 073.13
ffr. 80 000 000.— Aktien Sarlino (25 % einbez.)		Verrechnung mit den Poolgesellschaften	10 393 581.02
à 110 %	46 626 750.—	Gewinn	4 258 336.69
Banken	290 868.30		
Darlehen an Sarlino	8 285 780.60		
Sonstige Debitoren	172 800.—		
Verrechnung mit den Poolgesellschaften	13 427 255.99		
	68 803 454.89		68 803 454.89

¹⁾ Darunter Verwaltungsrats-Tantiemen Fr. 144 000.—

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1929.

Soll.	Fr.	Haben.	Fr.
Unkosten	803 673.33	Brutto-Gewinn einschließlich Vortrag	4 562 016.02
Reingewinn	4 258 336.69		
	4 562 016.02		4 562 016.02

Die Direktion.

Zürich, den 13. Juni 1930.

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Hamburg-Berlin

Kapital 75 Millionen RM

Reserven 40 Millionen RM

250 Niederlassungen

125 Depositenkassen

Telegramm-Adresse:

HANSEATIC



NORDSTERN

Versicherungs-Aktiengesellschaften

BERLIN

Nordsternplatz

Stephan 3990

Versicherungen aller Art

Vertreter an allen Plätzen

Deutsche Effecten- & Wechsel-Bank

vorm. L. A. HAHN

gegründet 1821

A.-G. seit 1872

Frankfurt a.M.

Kaiserstraße 30

Berlin

W 8, Kronenstraße 73/74

Telegramm-Adresse: Effectbank